

STANDARD EUROBAROMETER 100

# Reaktion der EU auf den Krieg in der Ukraine

Eurobarometer-Bericht

Oktober – November 2023

Diese Umfrage wurde von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation, beantragt und koordiniert.

Dieses Dokument stellt nicht den Standpunkt der Europäischen Kommission dar. Die darin enthaltenen Interpretationen und Meinungen sind ausschließlich die der Autoren.

Projekttitel	Standard Eurobarometer 100 – Herbst 2023 Die Reaktion der EU auf den Krieg in der Ukraine
Sprachfassung	EN
Medien/Volumen	PD F/Volume_OI
Katalognummer	NA-AO-23-O46-DE-N
ISBN	978-92-68-09992-6
ISSN	1977-3927
DOI	10.2775/45437 I

© Europäische Union, 2024

<https://www.europa.eu/eurobarometer>

Bildnachweis: Getty Bilder



*Eŭropo  
Demokratio  
Esperanto*

Dokument von Pierre Dieumegard für [Europa-Demokratie-Esperanto](#)

Ziel dieses „vorläufigen“ Dokuments ist es, mehr Menschen in der Europäischen Union auf Dokumente aufmerksam zu machen, die von der Europäischen Union (und durch ihre Steuern finanziert) erstellt wurden. **Beithout-Übersetzungen sind die Menschen von der Debatte ausgeschlossen.**

Dieses Dokument „Eurobarometer“ war [nur in französischer, deutscher und englischer Sprache](#), in einer pdf-Datei. Aus dieser ursprünglichen Datei haben wir eine odt-Datei erstellt, die von Libre Office Software erstellt wurde, für die maschinelle Übersetzung in andere Sprachen. Die Ergebnisse sind nun [in allen Amtssprachen verfügbar](#).

**Es ist wünschenswert, dass die EU-Verwaltung die Übersetzung wichtiger Dokumente übernimmt. „Wichtige Dokumente“ sind nicht nur Gesetze und Vorschriften, sondern auch die wichtigen Informationen, die erforderlich sind, um gemeinsam fundierte Entscheidungen zu treffen.**

Um unsere gemeinsame Zukunft gemeinsam zu diskutieren und zuverlässige Übersetzungen zu ermöglichen, wäre die internationale Sprache Esperanto aufgrund ihrer Einfachheit, Regelmäßigkeit und Genauigkeit sehr nützlich.

Kontaktieren Sie uns:

[Kontakto \(europokune.eu\)](mailto:europokune.eu)

<https://e-d-e.org/-Kontakti-EDE>

# Inhaltsverzeichnis

Einführung.....	4
I. Die Reaktion der EU auf den Krieg in der Ukraine.....	8
II. Maßnahmen als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine.....	15
III. Die Folgen des Krieges in der Ukraine.....	34
IV. Europäische Sicherheit in Gefahr.....	41
V. Zukunftsaktion der EU im Gefolge des Krieges.....	46
1. Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich in der EU.....	47
2. Energiesicherheit in der EU.....	55
Schlußfolgerung.....	66
Kommentare.....	69



## Einführung

Die Standard Eurobarometer 100 (EB100) Umfrage vom Oktober bis November 2023 wurde vom 23. Oktober bis 17. November in 37 Ländern oder Gebieten durchgeführt: die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), sieben Kandidatenländer (Albanien, Montenegro, Nordmazedonien, Moldau, Serbien, Turkiye und Bosnien und Herzegowina), die türkisch-zyprische Gemeinschaft in dem nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Teil des Landes sowie im Kosovo<sup>1</sup> und im Vereinigten Königreich.

Der vollständige Bericht der Standard Eurobarometer 100 Umfrage besteht aus mehreren Bänden. Der erste Band stellt die Ergebnisse allgemeiner Fragen zum Stand der öffentlichen Meinung in der Europäischen Union vor. Vier weitere Bände präsentieren die Meinungen der Europäer zu folgenden Themen: die Prioritäten der Europäischen Union, die europäische Staatsbürgerschaft, die Mediennutzung und die Meinungen zur russischen Invasion der Ukraine.

Russlands Aggressionskrieg in der Ukraine dauert mehr als 18 Monate nach seiner Invasion am 24. Februar 2022. Die EU setzt sich weiterhin für die Unterstützung der Ukraine ein, indem sie humanitäre, politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung leistet und elf Pakete (Stand Juni 2023) mit erheblichen Sanktionen gegen russische Personen, Organisationen und die russische Regierung verhängt. Erst am 27. Oktober 2023 verurteilten die Staats- und Regierungschefs der EU erneut den Angriffskrieg Russlands.<sup>2</sup>

Seit Beginn des Krieges haben die EU und ihre Mitgliedstaaten der Ukraine mehr als 82 Mrd. EUR an wirtschaftlicher, humanitärer und militärischer Unterstützung bereitgestellt.<sup>3</sup> Angesichts des Beginns des Winters stellt die Europäische Kommission bereits gefährdete Gemeinschaften in der Ukraine vor zusätzliche Herausforderungen. Im November 2023 stellte die Europäische Kommission 110 Mio. EUR für humanitäre Hilfe bereit, wodurch die von der EU seit Beginn des Krieges insgesamt geleistete humanitäre Hilfe 843 Mio. EUR betrug.<sup>4</sup> Darüber hinaus beheimatet die EU nun 4,2 Millionen Ukrainer, die vor der Invasion geflohen sind und von dem vorübergehenden Schutzmechanismus profitieren, der im März 2022 eingeführt und kürzlich bis März 2025 verlängert wurde.<sup>5</sup>

Am 8. November 2023 empfahl die Europäische Kommission dem Europäischen Rat offene EU-Zugangsverhandlungen mit der Ukraine im Rahmen des Erweiterungspakets 2023.<sup>6</sup>

Dieser Band der Standard-Eurobarometer-Umfrage Oktober-November 2023 analysiert die Meinungen der europäischen Bürger über den Krieg in der Ukraine und seine Folgen. Dieser Bericht folgt früheren Erhebungen zum gleichen Thema im Mai-Juni 2023 (EB99), Januar-Februar 2023 (EB98), Juni-Juli 2022 (EB97) und Oktober-November 2022 (Sonder-Eurobarometer zur Ukraine, 98,1) und enthält Vergleiche mit der vorherigen Erhebung (Standard Eurobarometer 99 Frühjahr 2023). Die Umfrage deckt fünf von der Europäischen Kommission ermittelte Themenbereiche ab:

- Zufriedenheit mit der Reaktion der EU und der nationalen Regierungen auf die Invasion der Ukraine;
- Stärke der Billigung der wirtschaftlichen und humanitären Maßnahmen, die als Reaktion auf die Invasion ergriffen wurden, und für die Gewährung des Kandidatenstatus an die Ukraine;
- Ob die Europäer der Ansicht sind, dass der Krieg in der Ukraine schwerwiegende finanzielle Folgen für sie persönlich oder schwerwiegende wirtschaftliche Folgen für ihr Land gehabt hat;
- Ob die Europäer der Ansicht sind, dass die Invasion der Ukraine eine Bedrohung für die Sicherheit der EU oder ihres Landes darstellt;
- Unterstützung künftiger Maßnahmen der EU nach dem Krieg, einschließlich der Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich, und Maßnahmen zur Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit.

---

1 Diese Benennung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244/99 des VN-Sicherheitsrates und der Stellungnahme des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo.

2 <https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/european-council/2023/10/26-27/>

3 <https://www.consilium.europa.eu/en/policies/eu-response-ukraine-invasion/timeline-eu-response-ukraine-invasion/>

4 [https://civil-protection-humanitarian-aid.ec.europa.eu/news-stories/news/eu-providing-additional-eu-110-million-humanitarian-aid-support-ukrainians-affected-war-2023-11-14\\_en](https://civil-protection-humanitarian-aid.ec.europa.eu/news-stories/news/eu-providing-additional-eu-110-million-humanitarian-aid-support-ukrainians-affected-war-2023-11-14_en)

5 <https://www.consilium.europa.eu/en/infographics/ukraine-refugees-eu/>

6 [https://eu-solidarity-ukraine.ec.europa.eu/index\\_en](https://eu-solidarity-ukraine.ec.europa.eu/index_en)

## Methodik

Die verwendete Methode ist die der Standard-Eurobarometer-Erhebungen der Generaldirektion Kommunikation (Referat Medienüberwachung und Eurobarometer)<sup>7</sup>. Ein technischer Hinweis zu den von Instituten des Kantar-Netzwerks durchgeführten Interviews ist diesem Bericht als Anhang beigefügt. Es gibt auch Konfidenzintervalle an.

Im Anschluss an die EU-Datenschutz-Grundverordnung<sup>9</sup> (DSGVO) wurden die Befragten gefragt, ob sie zustimmen würden, Fragen zu Themen gestellt zu werden, die als „sensibel“ angesehen werden könnten.

Anmerkung: In diesem Bericht werden die EU-Länder durch ihre offizielle Abkürzung bezeichnet. Die in diesem Bericht verwendeten Abkürzungen entsprechen:

Belgien	SEIN	Litauen	LT
Bulgarien	BG	Luxemburg	LU
Tschechien	CZ	Ungarn	HU
Dänemark	DK	Malta	MT
Deutschland	DE	Niederlande	NL
Estland	EE	Österreich	BEI
Irland	IE	Polen	PL
Griechenland	EL	Portugal	PT
Spanien	ES	Rumänien	RO
Frankreich	FR	Slowenien	SI
Kroatien	PERSONALAB TEILUNG	Slowakei	SK
Italien	IT	Finnland	FI
Republik Zypern	CY*	Schweden	SE
Lettland	LV	Nordmazedonien	MK
Türkisch-zyprische Gemeinschaft	CY (tcc)	Serbien	RS
Albanien	AL	Türkei	TR
Bosnien und Herzegowina	BA	Das Vereinigte Königreich	GROSSBRITA NNIEN
Moldau	MD		
Montenegro	ICH		
Das Kosovo <sup>10</sup>	XK		

Europäische Union – gewichteter Durchschnitt  
für die 27 Mitgliederstaaten der Europäischen  
Union EU-27

BE, FR, IT, LU, DE, AT, ES, PT, IE, NL, FI, EL,  
EE, SI, CY, MT, SK, LV, LT, HR

Euro-  
Währungsgebiet

BG, CZ, DK, HU, PL, RO, SE

Außerhalb des  
Euro-  
Währungsgebietes

Zypern ist einer der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Der Besitzstand wurde jedoch in dem Teil des Landes ausgesetzt, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird. Aus praktischen Gründen werden nur die Interviews in dem von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Teil des Landes in die Kategorie „CY“ und im Durchschnitt der EU27 aufgenommen.

Wir möchten uns bei den Menschen in ganz Europa bedanken, die sich Zeit für die Teilnahme an dieser Umfrage gegeben haben.

7 <https://www.europa.eu/eurobarometer>

8 Die Ergebnistabellen sind beigefügt. Es sei darauf hingewiesen, dass die in den Tabellen in diesem Bericht angegebenen Prozentsätze 100 % überschreiten können, wenn der Antragsgegner mehrere Antworten auf dieselbe Frage auswählen konnte.

9 2016/6791

10 Diese Benennung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244/99 des VN-Sicherheitsrates und der Stellungnahme des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo.

Ohne ihre aktive Teilnahme wäre diese Studie nicht möglich gewesen.



## **I. Die Reaktion der EU auf den Krieg in der Ukraine**

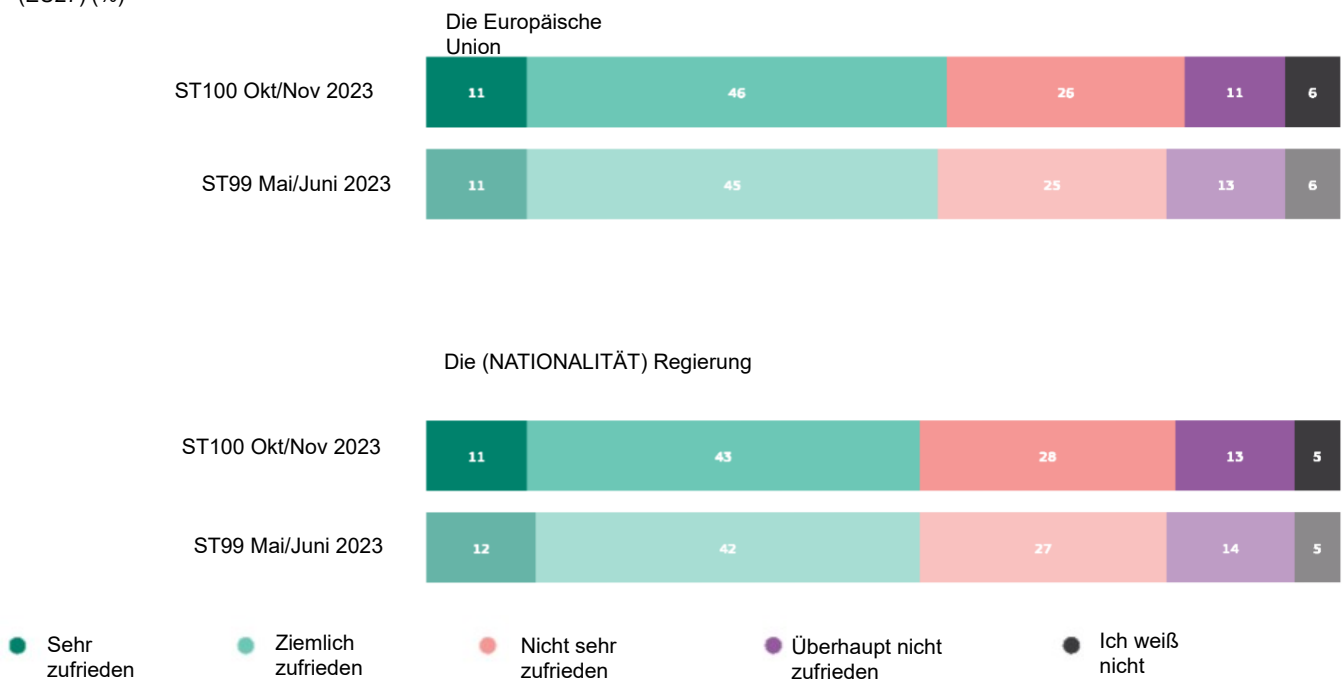


**Die Mehrheit der EU-Bürger ist mit der Reaktion der EU und der nationalen Regierungen auf die russische Invasion der Ukraine zufrieden.**

Fast sechs von zehn sind zufrieden mit der Reaktion der EU auf die russische Invasion der Ukraine (57 %, + 1 Prozentpunkte seit Mai-Juni 2023), wobei 11 % (keine Änderung) sagen, dass sie „sehr zufrieden“ sind.<sup>11</sup> Fast vier von zehn Befragten (37 %, -1 Prozentpunkte) sind unzufrieden, darunter 11 % (-2 Prozentpunkte), die „nicht zufrieden“ sind. Etwas mehr als eins von zwanzig (6 %, keine Änderung) sagen, dass sie es nicht wissen.

Die Zufriedenheit mit der Antwort der nationalen Regierung ist etwas niedriger, wobei 54 % (keine Änderung) sagen, dass sie zufrieden sind, darunter 11 % (-1 pp), die sagen, dass sie „sehr zufrieden“ sind. Etwas mehr als vier von zehn sind unzufrieden (41 %, keine Veränderung), wobei 15 % (-1 pp) sagen, dass sie „nicht zufrieden“ sind. Einer von zwanzig (5 %, keine Veränderung) sagt, dass sie es nicht wissen.

QD1. Im Allgemeinen, wie zufrieden sind Sie mit der Reaktion auf die russische Invasion der Ukraine durch...? (EU27) (%)



11 QD1. Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen mit der Reaktion auf die Invasion Russlands in die Ukraine durch...? 1.1 Die (NATIONALITÄT) Regierung; 1.2 Die Europäische Union

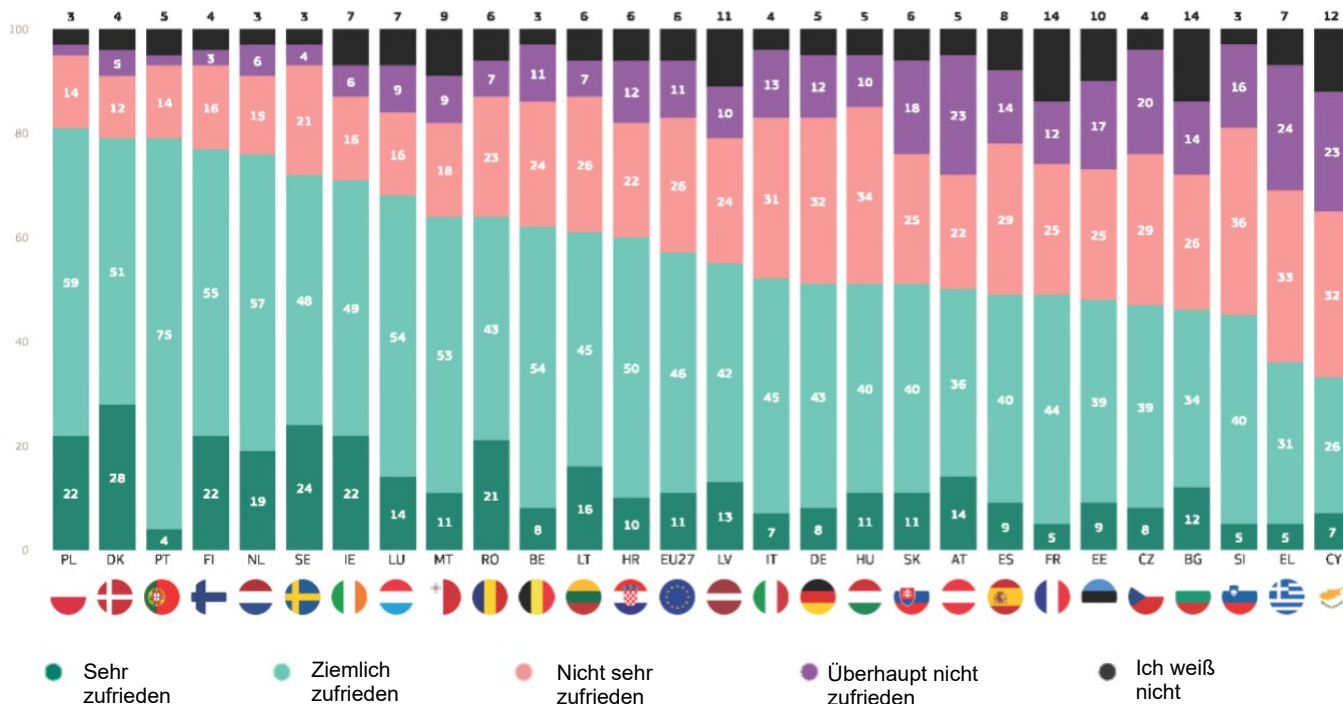
**In 23 EU-Mitgliedstaaten ist die Mehrheit zufrieden mit der Art und Weise, wie die EU auf die Invasion Russlands in die Ukraine reagiert hat, und in 13 Ländern sind mindestens sechs von zehn zufrieden.**

Die höchste Zufriedenheit zeigt sich bei den Befragten in Polen (81 %), Dänemark und Portugal (je 79 %), obwohl eine Mehrheit in Bulgarien (46 % gegenüber 40 % nicht zufrieden), Estland (48 % vs 42 %), Frankreich (49 % vs. 37 %) und Spanien (49 % vs. 43 %) ebenfalls mit der Antwort der EU zufrieden sind.

Es gibt vier Länder, in denen nur eine Minderheit zufrieden ist: Zypern (33 % vs 55 % nicht erfüllt), Griechenland (36 % vs 57 %), Slowenien (45 % vs 52 %) und Tschechien (47 % vs. 49 %).

In sechs Ländern gibt mindestens jedes Fünfte an, dass sie mit der Reaktion der EU „sehr zufrieden“ sind: Dänemark (28 %), Schweden (24 %), Irland, Polen und Finnland (22 %) und Rumänien (21 %).

QD1.2. Im Allgemeinen, wie zufrieden sind Sie mit der Reaktion auf die Invasion Russlands in die Ukraine durch...? Die Europäische Union (%)



Seit Mai bis Juni 2023 ist die Zufriedenheit der EU auf die russische Invasion der Ukraine in 13 EU-Mitgliedstaaten gestiegen, wobei der größte Anstieg in Rumänien (64 %, + 9 Prozentpunkte) und Österreich (50 %, + 7 Prozentpunkte) zu verzeichnen ist. Dagegen ist die Zufriedenheit in 12 Ländern zurückgegangen, insbesondere in Lettland (55 %, -8 Prozentpunkte) und in Irland (71 %, -6 Prozentpunkte), Tschechien (47 %, -6 Prozentpunkte) und Griechenland (36 %, -6 Prozentpunkte). In Zypern, den Niederlanden oder Finnland hat sich nichts geändert.

Im Vergleich zum Frühjahr 2023 ist die Zufriedenheit in Estland, Ungarn und Österreich nun die Mehrheitsmeinung, aber die Minderheitsmeinung in Tschechien.

(\* Diese Tabelle stammt aus dem Anhang)

QD1.2 Im Allgemeinen, wie zufrieden sind Sie mit der Reaktion auf die russische Invasion der Ukraine durch... Europäische Union (%)

		EURO	NICHT EURO	SEI N	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	PE RS ON AL AB TEI LU NG	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BE I	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
	Mai/Juni 2023	-2	-1	4	1	2	0	-3	2	2	0	-1	-5	1	1	-3	3	1	0	-2	0	0	-7	-2	-1	-4	1	-4	-2	-2
Ich weiß nicht	Okt/Nov 2023	7	5	3	14	4	4	5	10	7	7	8	14	6	4	12	11	6	7	5	9	3	5	3	5	6	3	6	4	3
	Mai/Juni 2023	1	1	1	3	0	-1	0	2	2	1	0	2	2	-1	3	4	1	2	2	1	1	1	0	0	1	-3	-1	0	0
Insgesamt „Satisfied“	Okt/Nov 2023	54	68	62	46	47	79	51	48	71	36	49	49	60	52	33	55	61	68	51	64	76	50	81	79	64	45	51	77	72
	Mai/Juni 2023	0	1	1	-2	-6	2	1	3	-6	-6	-2	2	-4	-2	0	-8	-2	1	3	3	0	7	3	-2	9	-1	4	0	-2
Insgesamt "Nicht zufrieden"	Okt/Nov 2023	39	27	35	40	49	17	44	42	22	57	43	37	34	44	55	34	33	25	44	27	21	45	16	16	30	52	43	19	25
	Mai/Juni 2023	-1	-2	-2	-1	6	-1	-1	-5	4	5	2	-4	2	3	-3	4	1	-3	-5	-4	-4	-1	-8	-3	2	-10	4	-3	0

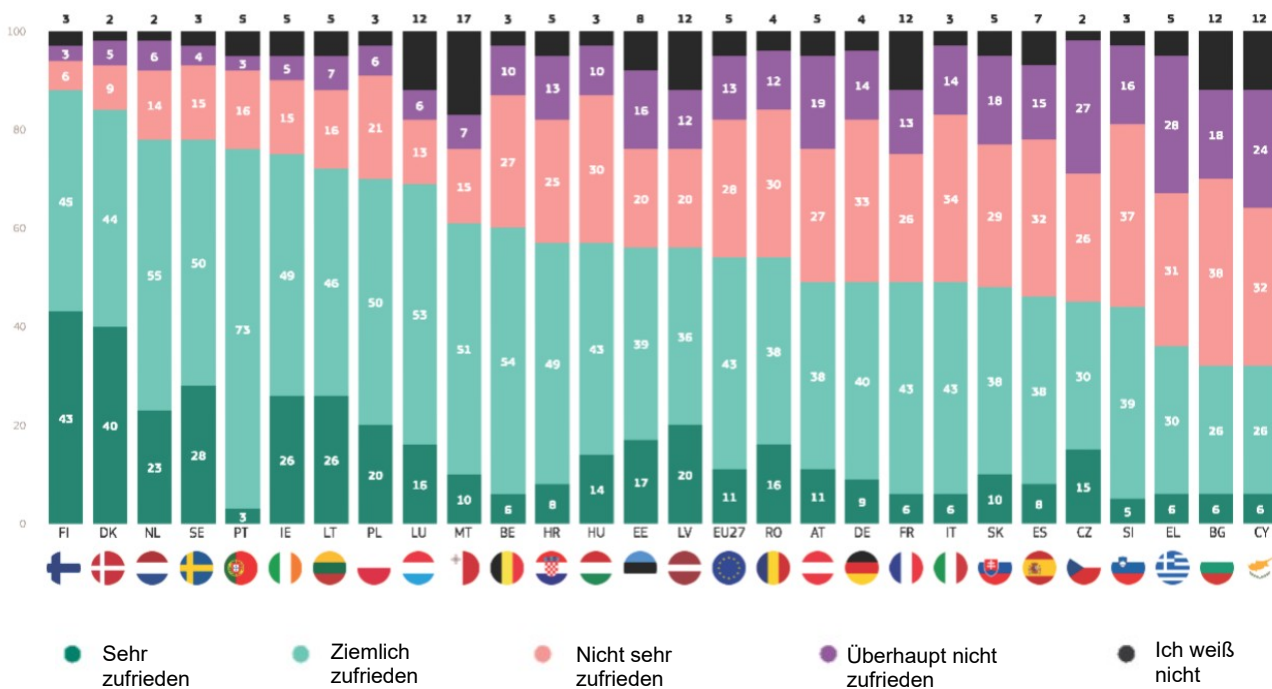


Die Zufriedenheit mit der Reaktion der nationalen Regierung auf die russische Invasion der Ukraine variiert dramatisch: von 88 % der Befragten in Finnland, 84 % in Dänemark und 78 % in den Niederlanden und Schweden bis 49 % in Italien (vs 48 % nicht zufrieden), 49 % in Frankreich (vs 39 %) und 49 % in Deutschland (vs 47 %).

Zufriedenheit ist die Mehrheitsmeinung in 19 EU-Mitgliedstaaten, während in den übrigen acht Ländern die Mehrheit mit der Reaktion ihrer nationalen Regierung unzufrieden ist. Am niedrigsten ist die Zufriedenheit in Zypern, Bulgarien (je 32 %) und Griechenland (36 %).

Es gibt acht Länder, in denen mindestens jedes Fünfte mit der Reaktion ihrer nationalen Regierung „sehr zufrieden“ ist, wobei besonders hohe Werte in Finnland (43 %) und Dänemark (40 %) zu beobachten sind.

QD1.1. Wie zufrieden sind Sie mit der Reaktion auf die Invasion Russlands in die Ukraine durch...? —Die (NATIONALITÄT) Regierung (%)



In 17 EU-Mitgliedstaaten ist die Zufriedenheit der nationalen Regierung auf die russische Invasion der Ukraine seit Mai bis Juni 2023 zurückgegangen, wobei der größte Rückgang in Lettland (56 %, -10 Prozentpunkte) und Litauen (72 %, -5 Prozentpunkte) zu verzeichnen war. Satspction ist in acht Ländern gestiegen, darunter die Slowakei (48 %, + 8 Prozentpunkte), Rumänien (54 %, + 7 Prozentpunkte) und Österreich (49 %, + 7 PP) und blieb unverändert in Dänemark und Ungarn.

Im Vergleich zur vorherigen Umfrage im Frühjahr 2023 ist die Zufriedenheit nun in Österreich, Deutschland, Rumänien und der Slowakei die Mehrheitsmeinung, aber die Minderheitsmeinung in Tschechien und Spanien.

QD1.1 Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen mit der Reaktion auf die russische Invasion der Ukraine durch...? Die (NATIONALITÄT) Regierung (%)

		EU-27	EURO	NICHT EURO	SEI N	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	PERSONAL ABTEILUNG	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BEI	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Insgesamt	Okt/Nov 2023	54	52	63	60	32	45	84	49	56	75	36	46	49	57	49	32	56	72	69	57	61	78	49	70	76	54	44	48	88	78
„Satisfied“	Mai/Juni 2023	0	0	-2	-2	-3	-4	0	1	1	-3	-3	-1	1	-3	-3	-4	-10	-5	-1	0	6	2	7	-4	-3	7	-2	8	-2	-1
Insgesamt	Okt/Nov 2023	41	42	33	37	56	53	14	47	36	20	59	47	39	38	48	56	32	23	19	40	22	20	46	27	19	42	53	47	9	19
„Nicht zufrieden“	Mai/Juni 2023	0	-1	1	1	0	5	1	-1	-2	2	2	0	-4	2	4	2	4	4	-2	0	-6	-2	-8	3	2	-7	5	-7	1	-1
Ich weiß nicht	Okt/Nov 2023	5	6	4	3	12	2	2	4	8	5	5	7	12	5	3	12	12	5	12	3	17	2	5	3	5	4	3	5	3	3
Ich weiß nicht	Mai/Juni 2023	0	1	1	1	3	-1	-1	0	1	1	1	1	3	1	-1	2	6	1	3	0	0	0	1	1	1	0	-3	-1	1	2

Die sociodemografische Analyse zeigt, dass eine Mehrheit in fast allen Gruppen mit der Reaktion der EU und ihrer nationalen Regierung auf die Invasion Russlands in die Ukraine zufrieden ist.

Die Zufriedenheit mit der Reaktion der nationalen Regierung auf die Invasion ist am höchsten bei denjenigen, die eine Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter abgeschlossen haben (60 %), Manager (62 %), diejenigen, die nie oder fast nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen (59 %) und diejenigen, die sich als Teil der oberen Mitte (69 %) oder der oberen Klasse (68 %) betrachten.

Unzufriedenheit hingegen ist die Mehrheitsmeinung unter Arbeitslosen (53 %) und denjenigen, die die meiste Zeit Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen (55 %). Die Meinung ist unter den Hausbewohnern aufgeteilt (46 % zufrieden gegenüber 46 % unzufrieden).

QD1.1 Im Allgemeinen, wie zufrieden sind Sie mit der Reaktion auf die Invasion Russlands in die Ukraine durch...? Die (NATIONALITÄT) Regierung (% – EU)

	Insgesamt „Satisfied“	Insgesamt „nicht zufrieden“	Ich weiß nicht
EU-27	54	41	5
<b>Geschlecht</b>			
Mann	56	40	4
Frau	53	41	6
<b>Alter</b>			
15-24	56	36	8
25-39	54	41	5
40-54	56	40	4
55	53	42	5
<b>Bildung (Ende)</b>			
-15	46	45	9
16-19	51	44	5
20	60	36	4
Studieren noch	59	35	6
<b>Sozio-professionelle Kategorie</b>			
Selbstständige	58	39	3
Führungskräfte	62	34	4
Andere weiße Kragen	54	41	5
Handwerkliche Mitarbeiter	51	44	5
Hauspersonen	46	46	8
Arbeitslose	39	53	8
Rentner	54	40	6
Studenten	59	35	6
<b>Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen</b>			
Die meiste Zeit	40	55	5
Von Zeit zu Zeit	48	46	6
Fast nie/nie	59	36	5
<b>Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu</b>			
Die Arbeiterklasse	46	45	9
Die untere Mittelschicht	50	45	5
Die Mittelschicht	57	39	4
Die obere Mittelschicht	69	29	2
Die Oberschicht	68	29	3
<b>Bild der EU</b>			
Positiv	69	27	4
Neutral	49	43	8
Negativ	30	66	4

Es gibt ein ähnliches Muster für die Zufriedenheit mit der Reaktion der EU auf die Invasion. Die höchste Zufriedenheit zeigt sich bei den 15-24-Jährigen (61 %), denjenigen, die eine Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter abgeschlossen haben (62 %), Manager (64 %), Studenten (63 %) und andere Angestellte (60 %), diejenigen, die nie oder fast nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen (61 %) und diejenigen, die sich der Oberschicht (75 %) oder der oberen Mittelschicht (71 %) angehörten.

Im Gegensatz dazu sind die meisten Personen, die eine Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger abgeschlossen haben (45 % vs 44 % zufrieden), die Arbeitslosen (47 % vs 42 % zufrieden) und diejenigen, die die meiste Zeit Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen (51 %), mit der Reaktion der EU nicht zufrieden.

QD1.2 Im Allgemeinen, wie zufrieden sind Sie mit der Reaktion auf die Invasion Russlands in die Ukraine durch...? Die Europäische Union (% – EU)

	Insgesamt „Satisfied“	Insgesamt „nicht zufrieden“	Ich weiß nicht
EU-27	57	37	6
<b>Geschlecht</b>			
Mann	57	38	5
Frau	56	36	8
<b>Alter</b>			
15-24	61	30	9
25-39	57	36	7
40-54	58	37	5
55	54	39	7
<b>Bildung (Ende)</b>			
-15	44	45	11
16-19	55	39	6
20	62	33	5
Studieren noch	63	29	8
<b>Sozio-professionelle Kategorie</b>			
Selbstständige	59	37	4
Führungskräfte	64	32	4
Andere weiße Kragen	60	34	6
Handwerkliche Mitarbeiter	55	40	5
Hauspersonen	46	43	11
Arbeitslose	42	47	11
Rentner	53	39	8
Studenten	63	29	8
<b>Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen</b>			
Die meiste Zeit	41	51	8
Von Zeit zu Zeit	52	41	7
Fast nie/nie	61	33	6
<b>Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu</b>			
Die Arbeiterklasse	46	43	11
Die untere Mittelschicht	52	41	7
Die Mittelschicht	60	35	5
Die obere Mittelschicht	71	26	3
Die Oberschicht	75	23	2
<b>Bild der EU</b>			
Positiv	77	19	4
Neutral	49	42	9
Negativ	24	70	6



**LL. Maßnahmen als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine**

**Die Unterstützung für eine Reihe von Maßnahmen, die als Reaktion auf die Invasion Russlands in die Ukraine ergriffen wurden, ist nach wie vor sehr hoch, obwohl die Genehmigung für finanzielle Unterstützung, Finanzierung und Lieferung von militärischer Ausrüstung und die Gewährung des Kandidatenstatus an die Ukraine seit Mai bis Juni 2023 zurückgegangen ist.**

Fast neun von zehn (89 %, + 1 Prozentpunkt seit Mai bis Juni 2023) stimmen der humanitären Unterstützung für die vom Krieg betroffenen Menschen zu, und die Mehrheit (54 %, keine Änderung) stimmt dieser Aktion völlig zu. Weniger als jeder Zehnte (8 %, -1 PP) stimmt nicht zu. <sup>12</sup>Mehr als acht von zehn (84 %, -2 Prozentpunkte) stimmen darin überein, in der EU Menschen willkommen zu heißen, die vor dem Krieg fliehen, wobei 45 % (-3 Prozentpunkte) sagen, dass sie „total zustimmen“. Etwas mehr als jeder zehnte (13 %, + 2 pp) sagt, dass sie mit dieser Aktion nicht einverstanden sind.

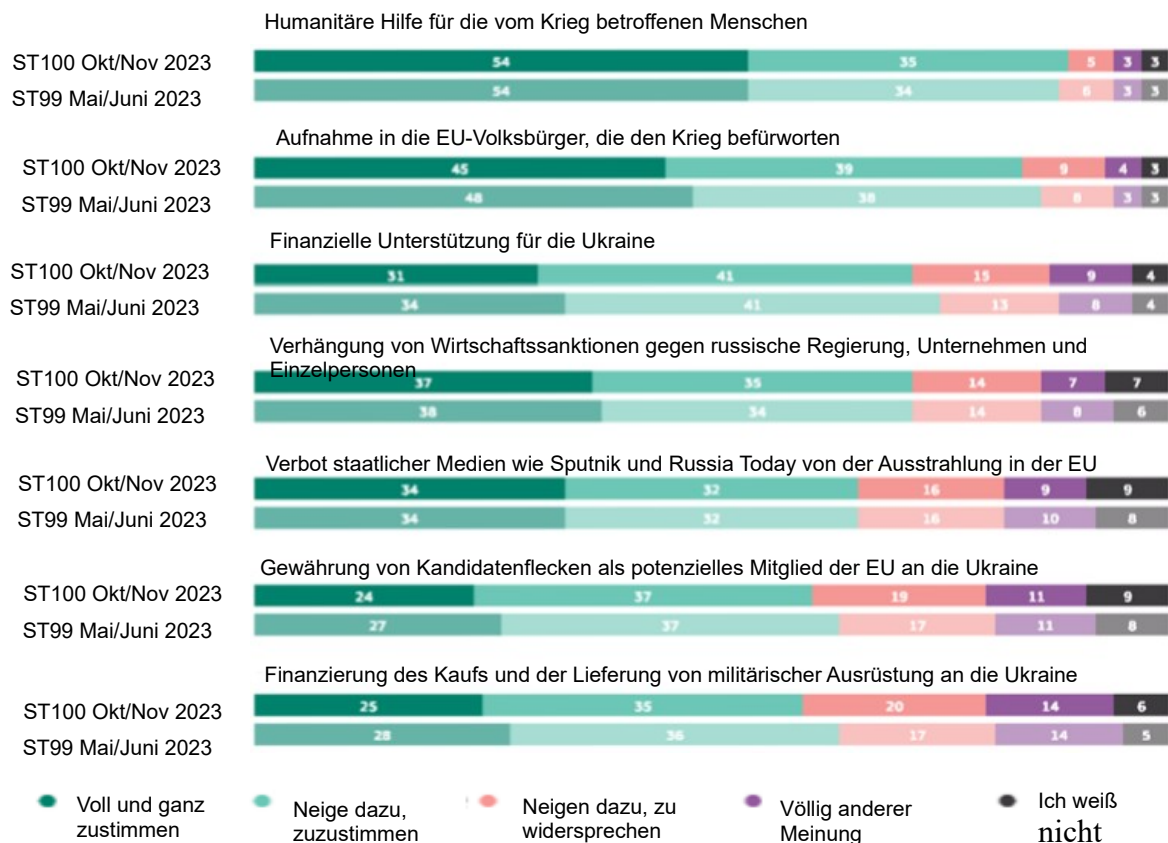
Mehr als sieben von zehn Befragten stimmen der finanziellen Unterstützung für die Ukraine zu (72 %, -3 Prozentpunkte), 31 % (-3 Prozentpunkte) stimmen völlig zu. Im Gegensatz dazu gibt fast ein Viertel (24 %, + 3 pp) an, dass sie nicht einverstanden sind. Mehr als sieben von zehn (72 %, keine Änderung) stimmen auch mit der Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen russische Regierung, Unternehmen und Einzelpersonen überein, wobei 37 % (-1 pp) völlig einverstanden sind. Etwas mehr als jeder Fünfte (21 %, -1 pp) stimmt dieser Aktion nicht zu.

Zwei Drittel (66 %, keine Änderung) stimmen dem Verbot staatlicher Medien wie Sputnik und Russia Today zu, mit 34 % (keine Änderung) in der EU. Ein Viertel (25 %, -1 PP) stimmt nicht zu.

Etwas mehr als sechs von zehn (61 %, -3 pp) stimmen darin überein, der Ukraine den Kandidatenstatus als potenzielles Mitglied der EU zuzuerkennen, darunter 24 % (-3 Prozentpunkte), die „total zustimmen“. Drei von zehn Befragten sind nicht einverstanden (30 %, + 2 S.).

Schließlich stimmen sechs von zehn (60 %, -4 PP) mit der Finanzierung des Kaufs und der Lieferung von militärischer Ausrüstung an die Ukraine überein, darunter 25 % (-3 PP), die „total zustimmen“. Mehr als ein Drittel (34 %, + 3 Prozentpunkte) stimmt dieser Aktion nicht zu.

QD2 Die EU hat eine Reihe von Maßnahmen als Reaktion auf die Invasion Russlands in die Ukraine ergriffen. In welchem Maße Sie mit jeder dieser Maßnahmen einverstanden oder nicht einverstanden sind. (EU27) (%)



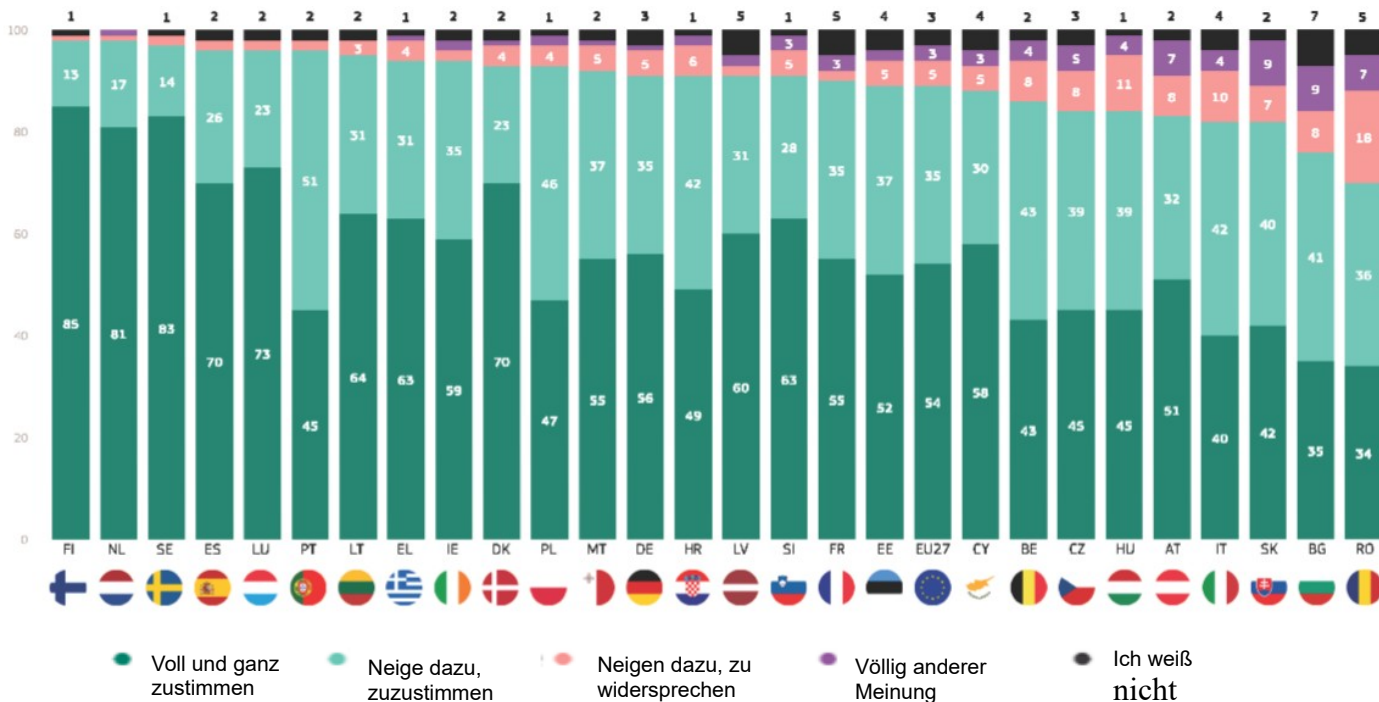
12 QD2. Die EU hat eine Reihe von Maßnahmen als Reaktion auf die Invasion Russlands in die Ukraine ergriffen. In welchem Maße Sie mit jeder dieser Maßnahmen einverstanden oder nicht einverstanden sind. 2.1 Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen russische Regierung, Unternehmen und Einzelpersonen; 2.2 Verbot staatlicher Medien wie Sputnik und Russia Today von der Ausstrahlung in der EU; 2.3 Finanzierung des Kaufs und der Lieferung von militärischer Ausrüstung an die Ukraine; 2.4 Bereitstellung humanitärer Hilfe für die von dem Krieg betroffenen Menschen, 2.5 Begrüßung der Menschen in der EU, die den Krieg begünstigen; 2.6 Bereitstellung finanzieller Unterstützung für die Ukraine; 2.7 Zuerkennung des Kandidatenstatus als potenzielles Mitglied der EU an die Ukraine.



Mindestens sieben von zehn Bürgern in jedem EU-Mitgliedstaat sind sich darauf einig, den vom Krieg betroffenen Menschen humanitäre Hilfe zukommen zu lassen, und in 19 Ländern stimmen mindestens neun von zehn überein. In den Niederlanden und Finnland (jeweils 98 %) und Schweden (97 %) gibt es fast universelle Unterstützung, während 70 % der Befragten in Rumänien, 76 % in Bulgarien und 82 % in Italien und der Slowakei zustimmen.

Rumänien (25 %) ist das einzige Land, in dem mindestens jeder Fünfte nicht einverstanden ist.

QD2.4. Die EU hat eine Reihe von Maßnahmen als Reaktion auf die Invasion Russlands in die Ukraine ergriffen. In welchem Maße Sie mit jeder dieser Maßnahmen einverstanden oder nicht einverstanden sind. Bereitstellung humanitärer Hilfe für die vom Krieg betroffenen Menschen (%)



In 17 EU-Mitgliedstaaten stimmen mindestens die Hälfte aller Befragten der humanitären Unterstützung der vom Krieg betroffenen Menschen zu, und mehr als acht von zehn Befragten in Finnland (85 %), Schweden (83 %) und den Niederlanden (81 %) denken so. 34 % in Rumänien, 35 % in Bulgarien und 40 % in Italien stimmen ebenfalls zu.

Meinungsveränderungen seit Mai bis Juni 2023 sind im Allgemeinen gering. Das Abkommen ist in elf Ländern einschließlich Griechenlands gestiegen (94 %, +6 Prozentpunkte), aber es ist in acht Ländern einschließlich Malta zurückgegangen (92 %, -5 Prozentpunkte). In Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Irland, Kroatien, Litauen, den Niederlanden und Rumänien hat sich nichts geändert.

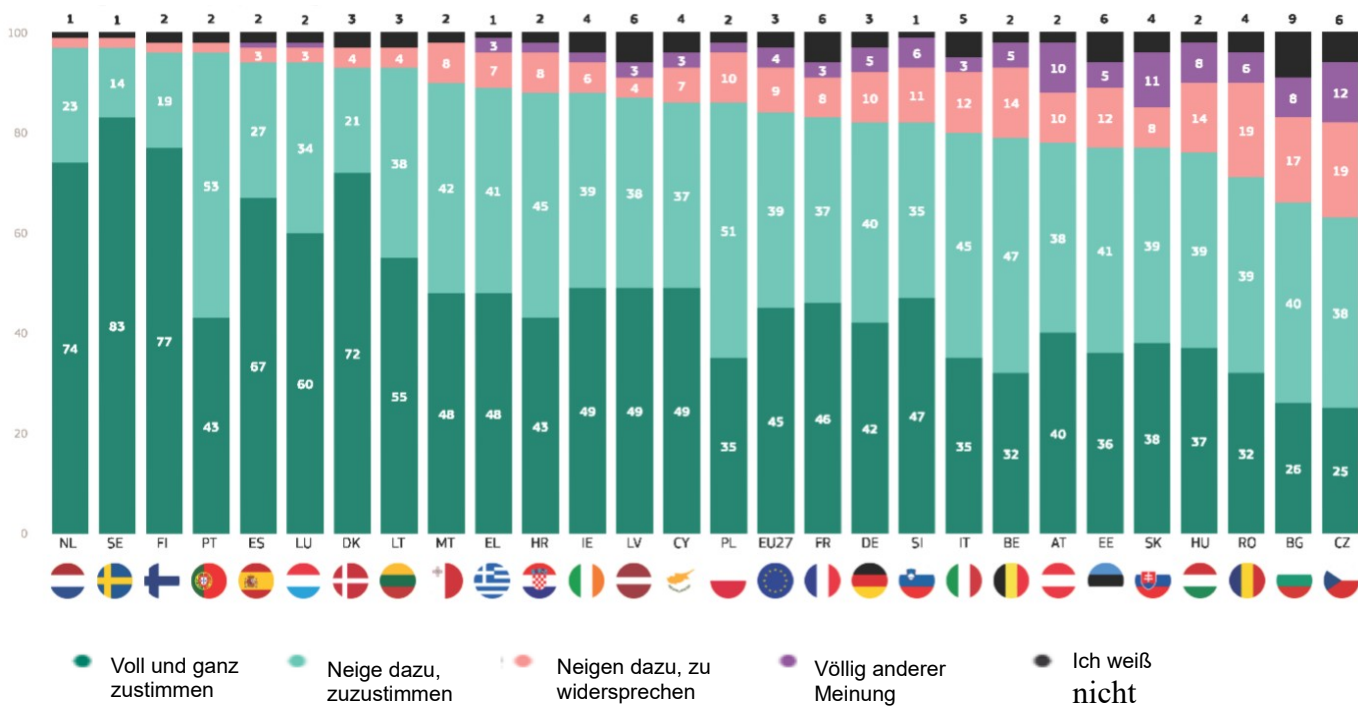
QD2.4 Die EU hat eine Reihe von Maßnahmen als Reaktion auf die Invasion Russlands in die Ukraine ergriffen. Inwieweit Sie mit jeder dieser Maßnahmen einverstanden sind oder nicht einverstanden sind, um den vom Krieg betroffenen Menschen humanitäre Hilfe zu gewähren (%)

		EU-27	SEIN	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	PE RS ON ALA BTE ILU NG	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BEI	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Gesamt „Zustimmung“	Okt/Nov 2023	89	86	76	84	93	91	89	94	94	96	90	91	82	88	91	95	96	84	92	98	83	93	96	70	91	82	98	97
	Mai/Juni 2023	1	-2	0	-3	0	0	3	0	6	3	1	0	-3	-1	1	0	-2	-2	-5	0	1	4	-1	0	4	1	1	1
Insgesamt „nicht einverstanden“	Okt/Nov 2023	8	12	17	13	5	6	7	4	5	2	5	8	14	8	4	3	2	15	6	2	15	6	2	25	8	16	1	2
	Mai/Juni 2023	-1	2	-1	2	0	-1	-3	1	-6	-1	-1	0	2	1	-2	-1	1	1	4	0	-1	-4	1	-3	-3	-1	0	-1
Ich weiß nicht	Okt/Nov 2023	3	2	7	3	2	3	4	2	1	2	5	1	4	4	5	2	2	1	2	0	2	1	2	5	1	2	1	1
	Mai/Juni 2023	0	0	1	1	0	1	0	-1	0	-2	0	0	1	0	1	1	1	1	1	1	0	0	0	3	-1	0	-1	0

Mehr als sechs von zehn Befragten in jedem EU-Mitgliedstaat stimmen der Aufnahme von Menschen in der EU zu, die vor dem Krieg fliehen. Die Vereinbarungen reichen von 97 % der Befragten in den Niederlanden und Schweden und 96 % in Portugal und Finnland bis 63 % in Tschechien, 66 % in Bulgarien und 71 % in Rumänien. Es gibt fünf Länder, in denen mindestens eines von fünf nicht einverstanden ist: Tschechien (31 %), Rumänien und Bulgarien (je 25 %), Ungarn (22 %) und Österreich (20 %).

Die Befragten, die „völlig einverstanden“ sind, werden am ehesten in Schweden (83 %), Finnland (77 %) und den Niederlanden (74 %) und am wenigsten häufig in Tschechien (25 %), Bulgarien (26 %) und Rumänien und Belgien (je 32 %) gefunden.

QD2.5. Die EU hat eine Reihe von Maßnahmen als Reaktion auf die Invasion Russlands in die Ukraine ergriffen. In welchem Maße Sie mit jeder dieser Maßnahmen einverstanden oder nicht einverstanden sind. 2-Willkommen in die EU-Volksbürger im Krieg (%)



In 15 Ländern sind die Befragten heute weniger wahrscheinlich als im Mai-Juni 2023, um der Aufnahme in die EU zuzustimmen, die vor dem Krieg geflohen ist, und dies ist insbesondere in Tschechien (63 %, -10 Prozentpunkte) und Ungarn (76 %, -5 Prozentpunkte) der Fall.

Im Gegensatz dazu hat sich die Vereinbarung in sieben Ländern einschließlich Österreich (78 %, + 5 Prozentpunkte) erhöht und ist in Litauen, Luxemburg, den Niederlanden, Finnland und Schweden stabil geblieben.

QD2.5 Die EU hat eine Reihe von Maßnahmen als Reaktion auf die Invasion Russlands in die Ukraine ergriffen. In welchem Maße Sie mit jeder dieser Maßnahmen einverstanden oder nicht einverstanden sind. Aufnahme in die EU Menschen, die vor dem Krieg fliehen (%)

		EU-27	SEI N	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	ALA BTE ILU NG	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BEI	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Gesamt „Zustimmung“	Okt/Nov 2023	84	79	66	63	93	82	77	88	89	94	83	88	80	86	87	93	94	76	90	97	78	86	96	71	82	77	96	97
	Mai/Juni 2023	-2	-4	2	-10	-2	-3	-1	-4	1	1	-2	-3	-3	1	1	0	0	-5	-2	0	5	-1	-1	4	-2	-1	0	0
Insgesamt „nicht einverstanden“	Okt/Nov 2023	13	19	25	31	4	15	17	8	10	4	11	10	15	10	7	4	4	22	8	2	20	12	2	25	17	19	2	2
	Mai/Juni 2023	2	4	0	8	0	2	1	4	-1	0	2	2	1	0	-2	-2	0	4	2	0	-4	1	1	-5	3	1	0	0
Ich weiß nicht	Okt/Nov 2023	3	2	9	6	3	3	6	4	1	2	6	2	5	4	6	3	2	2	2	1	2	2	2	4	1	4	2	1
	Mai/Juni 2023	0	0	-2	2	2	1	0	0	0	-1	0	1	2	-1	1	2	0	1	0	0	-1	0	0	1	-1	0	0	0



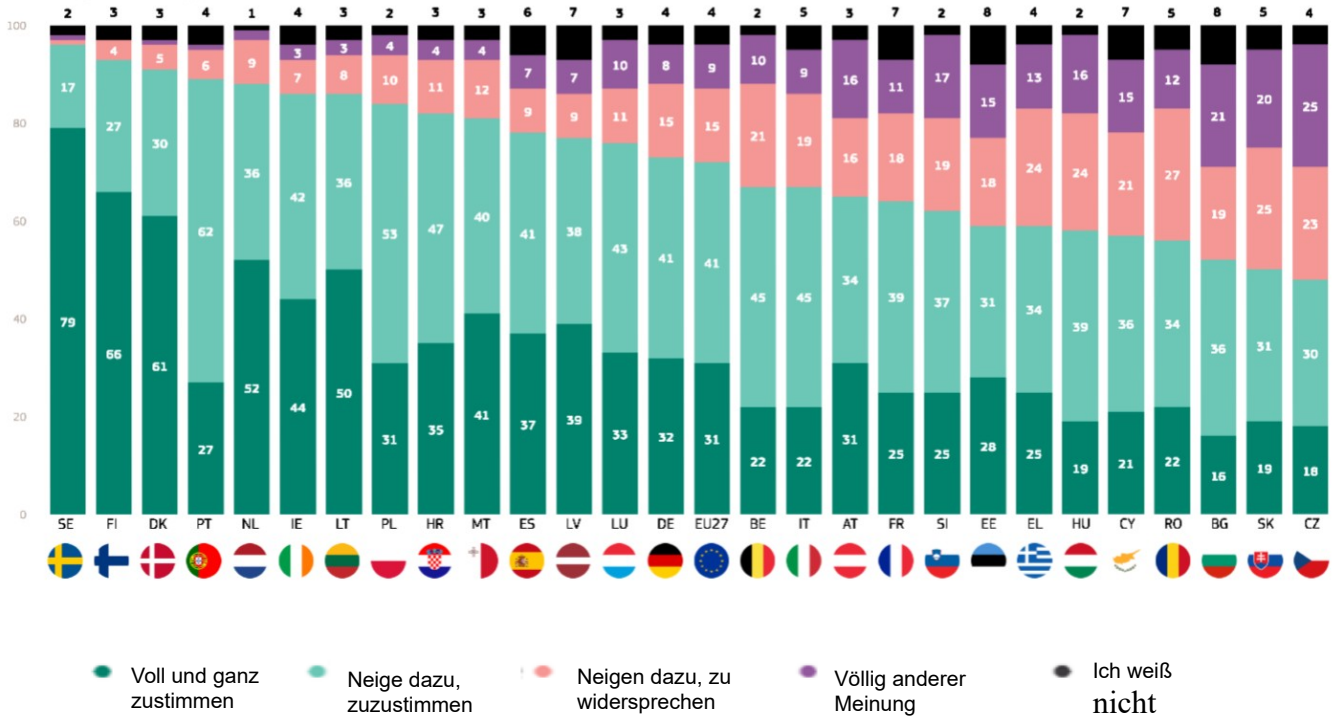
Die Mehrheit der Befragten in 26 EU-Mitgliedstaaten stimmt der finanziellen Unterstützung der Ukraine zu. Die stärkste Unterstützung findet sich bei den Befragten in Schweden (96 %), Finnland (93 %) und Dänemark (91 %), obwohl eine Mehrheit in der Slowakei (50 %), Bulgarien (52 %) und Rumänien (56 %) ebenfalls zustimmt.

Die Meinung ist in Tschechien geteilt (48 % „einwilligt“ vs 48 % „unzustimmen“).

In 11 Ländern sind mindestens drei von zehn nicht einverstanden, was insbesondere in Tschechien (48 %), der Slowakei (45 %) und Bulgarien und Ungarn (je 40 %) der Fall ist.

Im Gegensatz dazu gibt es fünf Länder, in denen mindestens die Hälfte aller Befragten „völlig einverstanden“ ist, die Ukraine finanziell zu unterstützen: Schweden (79 %), Finnland (66 %), Dänemark (61 %), die Niederlande (52 %) und Litauen (50 %)

QD2.6. Die EU hat eine Reihe von Maßnahmen als Reaktion auf die Invasion Russlands in die Ukraine ergriffen. In welchem Maße Sie mit jeder dieser Maßnahmen einverstanden oder nicht einverstanden sind.  
rPovldng finanzielle Unterstützung für die Ukraine (%)



Das Abkommen über die Gewährung finanzieller Unterstützung für die Ukraine ist in 21 EU-Mitgliedstaaten seit Mai bis Juni 2023 zurückgegangen, wobei der Rückgang in Tschechien (48 %, -12 Prozentpunkte) deutlich höher ist als in anderen Ländern, gefolgt von Griechenland (59 %, -7 Prozentpunkte) und Luxemburg (76 %, -6 Prozentpunkte).

Das Abkommen hat in vier Ländern, darunter Österreich (65 %, + 7 PP), zugenommen und ist in Spanien und Kroatien unverändert geblieben.

QD2.6 Die EU hat als Reaktion auf die Invasion Russlands in die Ukraine eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. In welchem Maße Sie mit jeder dieser Maßnahmen einverstanden oder nicht einverstanden sind. Finanzielle Unterstützung für die Ukraine (%)

		EU-27	SE	FI	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BEI	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Gesamt „Zustimmung“	Okt/Nov 2023	72	67	52	48	91	73	59	86	59	78	64	82	67	57	77	86	76	58	81	88	65	84	89	56	62	50	93	96
	Mai/Juni 2023	-3	-6	-2	-12	-3	-2	1	-5	-7	0	-4	0	-5	-5	-3	-3	-6	-2	-4	-3	7	-2	-5	-2	-4	-4	2	1
Insgesamt „nicht einverstanden“	Okt/Nov 2023	24	31	40	48	6	23	33	10	37	16	29	15	28	36	16	11	21	40	16	11	32	14	7	39	36	45	4	2
	Mai/Juni 2023	3	6	3	11	2	1	-1	4	6	0	5	-1	5	5	1	2	5	2	4	3	-7	2	4	1	5	4	-2	-1
Ich weiß nicht	Okt/Nov 2023	4	2	8	4	3	4	8	4	4	6	7	3	5	7	7	3	3	2	3	1	3	2	4	5	2	5	3	2
	Mai/Juni 2023	0	0	-1	1	1	1	0	1	1	0	-1	1	0	0	2	1	1	0	0	0	0	0	1	1	-1	0	0	0

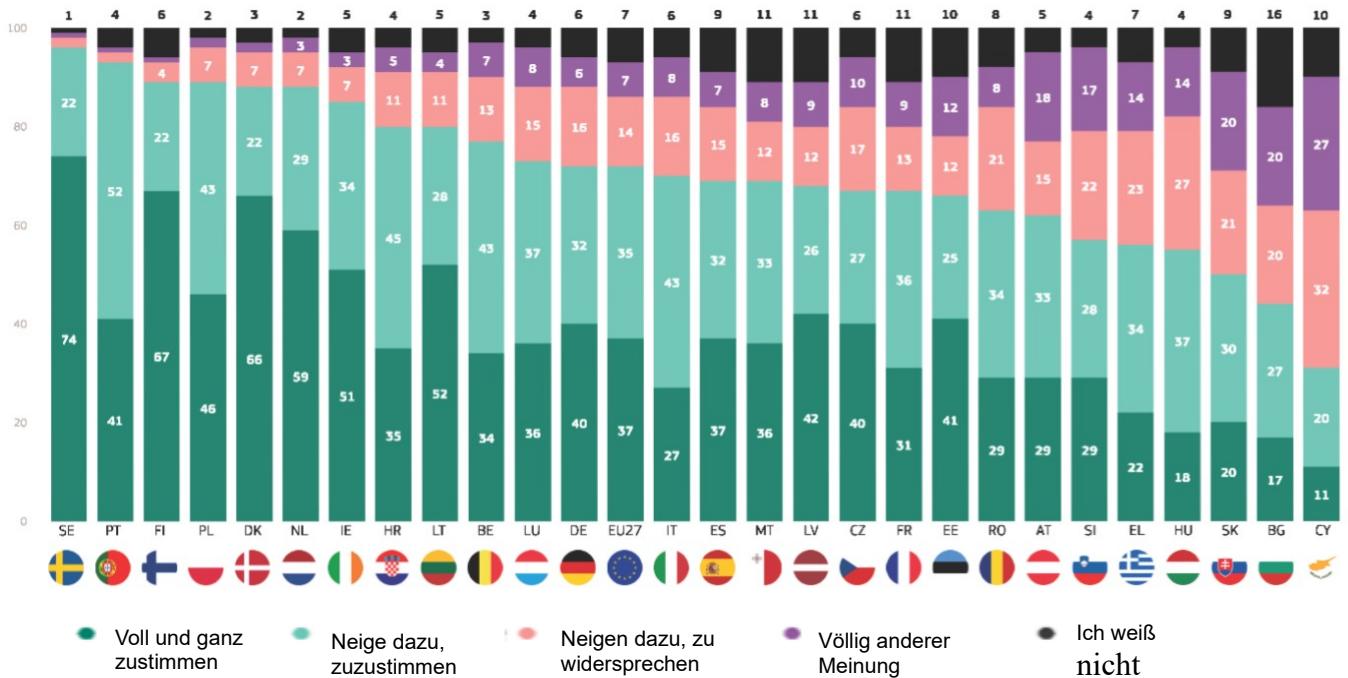


Es gibt erhebliche nationale Unterschiede in Übereinstimmung mit der Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen russische Regierung, Unternehmen und Einzelpersonen, obwohl eine Mehrheit in 26 Ländern für Sanktionen ist. Am stärksten unterstützten die Befragten Schweden (96 %), Portugal (93 %) und Polen und Finnland (jeweils 89 %). Am niedrigsten sind die Abkommen in Zypern (31 % gegenüber 59 % „unzustimmen“), Bulgarien (44 % gegenüber 40 %) und der Slowakei (50 %).

Es gibt sechs Länder, in denen mindestens die Hälfte sagt, dass sie „vollständig zustimmen“: Schweden (74 %), Finnland (67 %), Dänemark (66 %), die Niederlande (59 %), Litauen (52 %) und Irland (51 %).

Es ist erwähnenswert, dass mindestens jeder Fünfte in Zypern (27 %) und in Bulgarien und der Slowakei (20 %) „völlig“ mit der Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen russische Regierung, Unternehmen und Einzelpersonen übereinstimmt.

QD2.1. Die EU hat eine Reihe von Maßnahmen als Reaktion auf die Invasion Russlands in die Ukraine ergriffen. In welchem Maße Sie mit jeder dieser Maßnahmen einverstanden oder nicht einverstanden sind. —| Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen russische Regierung, Unternehmen und Einzelpersonen (%)



Im Vergleich zum Mai-Juni 2023 stimmen die Befragten in 18 EU-Mitgliedstaaten nun weniger wahrscheinlich mit der Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen russische Regierung, Unternehmen und Einzelpersonen überein, wobei die größten Rückgänge in Malta (69 %, -7 Prozentpunkte) und Tschechien (67 %, -7 Prozentpunkte) zu verzeichnen sind.

Dagegen ist das Niveau der Einigung in sieben Ländern einschließlich Österreich gestiegen (62 %, +7 Prozentpunkte). In Italien und Polen gab es keine Veränderung.

QD2.1 Die EU hat eine Reihe von Maßnahmen als Reaktion auf die Invasion Russlands in die Ukraine ergriffen. In welchem Maße Sie mit jeder dieser Maßnahmen einverstanden oder nicht einverstanden sind. Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen russische Regierung, Unternehmen und Einzelpersonen (%)

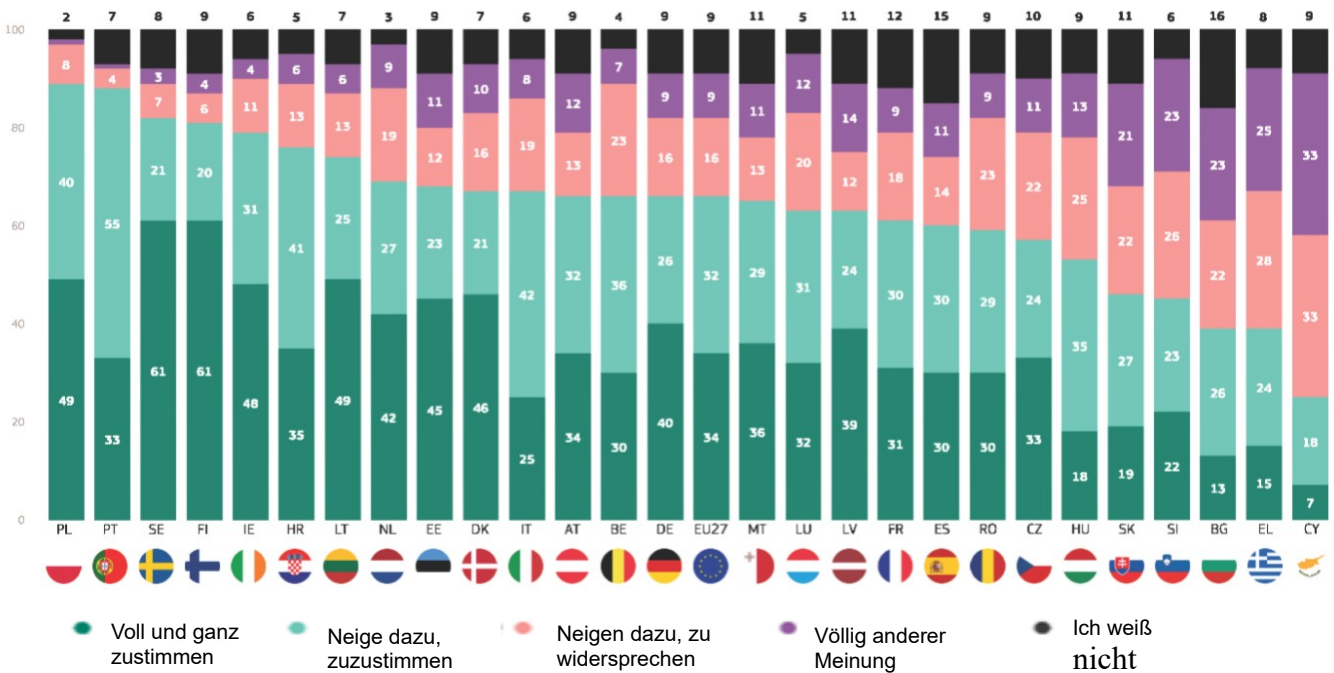
		EU-27	SEI N	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	PE RS ON ALA BTE ILU NG	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BEI	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Gesamt „Zustimmung“	Okt/Nov 2023	72	77	44	67	88	72	66	85	56	69	67	80	70	31	68	80	73	55	69	88	62	89	93	63	57	50	89	96
	Mai/Juni 2023	0	1	-2	-7	-1	-2	4	-4	-2	-3	4	-1	0	-4	-3	-4	-2	-4	-7	2	7	0	-1	-2	-2	-1	3	2
Insgesamt „nicht einverstanden“	Okt/Nov 2023	21	20	40	27	9	22	24	10	37	22	22	16	24	59	21	15	23	41	20	10	33	9	3	29	39	41	5	3
	Mai/Juni 2023	-1	-1	0	6	1	0	-2	3	2	3	-4	-1	0	3	1	3	2	4	5	-2	-6	0	1	-1	3	0	-4	-2
Ich weiß	Okt/Nov	7	3	16	6	3	6	10	5	7	9	11	4	6	10	11	5	4	4	11	2	5	2	4	8	4	9	6	1

nicht	2023 Mai/Juni 2023	1	0	2	1	0	2	-2	1	0	0	0	2	0	1	2	1	0	0	2	0	-1	0	0	3	-1	1	1	0
-------	--------------------------	---	---	---	---	---	---	----	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	---	---	---	----	---	---	---

Eine Mehrheit der Befragten in 23 EU-Mitgliedstaaten stimmt dem Verbot staatlicher Medien wie Sputnik und Russia Today in der EU zu, wobei die höchsten Werte in Polen (89 %), Portugal (88 %), Schweden (82 %) und Finnland (81 %) zu verzeichnen sind. Dagegen stimmt nur eine Minderheit in Zypern (25 % vs 66 %), Griechenland (39 % vs 53 %), Bulgarien (39 % vs 45 %) und Slowenien (45 % vs. 49 %) zu.

Finnland und Schweden (je 61 %) sind die einzigen Länder, in denen mindestens die Hälfte „total einverstanden“ ist, im Vergleich zu 7 % in Zypern, die dasselbe sagen. Im Gegensatz dazu gibt es fünf Länder, in denen mindestens eines von fünf „völlig nicht einverstanden“ ist, diese Medien zu verbieten: Zypern (33 %), Griechenland (25 %), Bulgarien und Slowenien (je 23 %) und die Slowakei (21 %).

QD2.2. Die EU hat eine Reihe von Maßnahmen als Reaktion auf die Invasion Russlands in die Ukraine ergriffen, inwieweit Sie mit jeder dieser Maßnahmen einverstanden oder nicht einverstanden sind. Verbot staatlicher Medien wie Sputnik und Russia Today von der Ausstrahlung in der EU (%)



Das Abkommen mit dem Verbot staatlicher Medien wie Sputnik und Russia Today in der EU ist seit Mai bis Juni 2023 in 16 Ländern zurückgegangen. Der Rückgang ist in Griechenland größer (39 %, -11 Prozentpunkte) als in jedem anderen Land, wobei der nächstgrößte in Litauen zu verzeichnen ist (74 %, -6 Prozentpunkte). Das Abkommen hat in zehn Ländern mit den größten in Schweden (82 %, + 4 Prozentpunkte) und Estland (68 %, + 4 Prozentpunkte) zugenommen. Das Abkommen bleibt in Italien stabil.

Im Vergleich zum Frühjahr 2023 (ST99) ist die Einigung in Griechenland und Slowenien nun die Minderheitsansicht.

QD2.2 Die EU hat eine Reihe von Maßnahmen als Reaktion auf die Invasion Russlands in die Ukraine ergriffen. In welchem Maße Sie mit jeder dieser Maßnahmen einverstanden oder nicht einverstanden sind. Verbot staatlicher Medien wie Sputnik und Russia Today vom Rundfunk in der EU (%)

		EU-27	SEI N	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	PE RS ON ALA BTE ILU NG	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BEI	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Gesamt „Zustimmung“	Okt/Nov 2023	66	66	39	57	67	66	68	79	39	60	61	76	67	25	63	74	63	53	65	69	66	89	88	59	45	46	81	82
	Mai/Juni 2023	0	-2	2	-4	-4	1	4	-2	-11	-2	1	-4	0	-3	-4	-4	-3	2	1	3	1	-1	2	-3	-1	-2	4	
Insgesamt „nicht einverstanden“	Okt/Nov 2023	25	30	45	33	26	25	23	15	53	25	27	19	27	66	26	19	32	38	24	28	25	9	5	32	49	43	10	10
	Mai/Juni 2023	-1	3	2	3	3	-3	-3	2	12	0	0	1	0	3	3	4	2	3	4	-1	-4	-1	2	-2	4	4	1	-1
Ich weiß nicht	Okt/Nov 2023	9	4	16	10	7	9	9	6	8	15	12	5	6	9	11	7	5	9	11	3	9	2	7	9	6	11	9	8
	Mai/Juni 2023	1	-1	-4	1	1	2	-1	0	-1	2	-1	3	0	0	1	2	2	0	-6	0	1	0	-1	0	-1	-3	1	-3



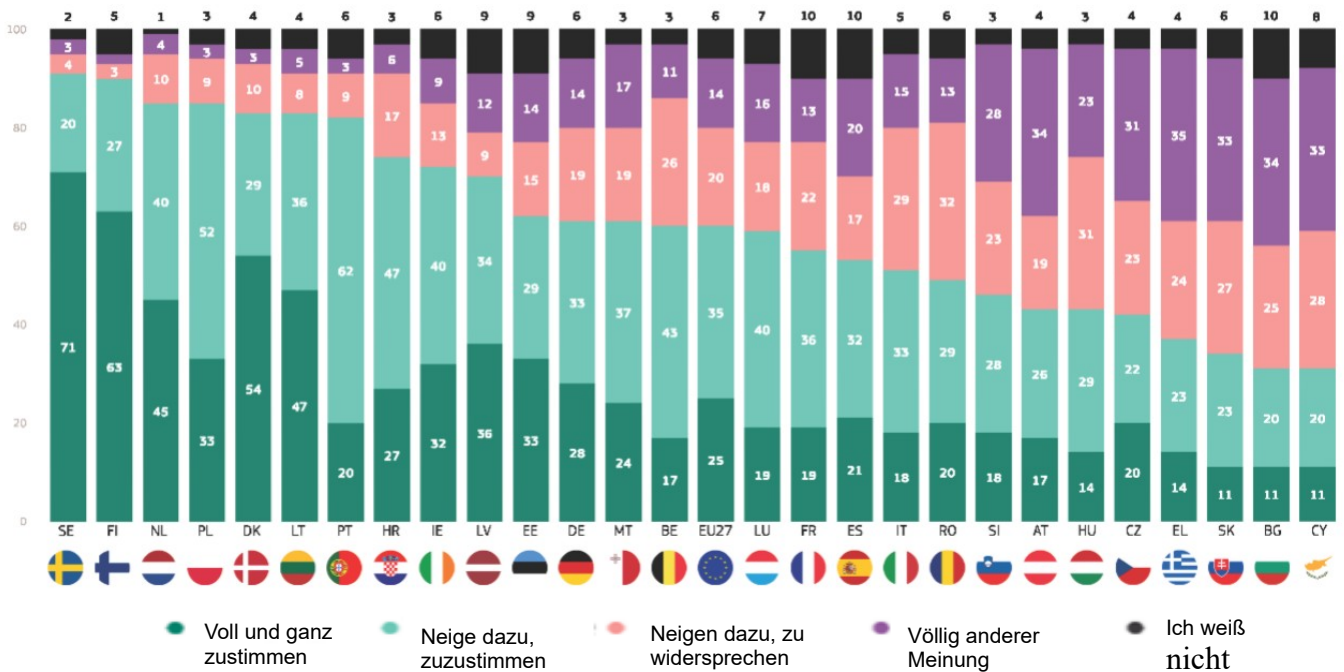


Obwohl eine Mehrheit in 19 EU-Mitgliedstaaten der Finanzierung des Kaufs und der Lieferung von militärischer Ausrüstung an die Ukraine zustimmt, schwankt das Niveau in den einzelnen Ländern erheblich. In Schweden (91 %), Finnland (90 %), den Niederlanden und Polen (je 85 %) wird am stärksten unterstützt, aber auch eine Mehrheit in Rumänien (49 % vs 45 % sind nicht einverstanden) unterstützt diese Maßnahme.

In den übrigen acht Ländern stimmt nur eine Minderheit zu, wobei die niedrigsten Werte in Zypern (31 % vs 61 %), Bulgarien (31 % vs 59 %) und der Slowakei (34 % vs. 60 %) beobachtet wurden.

Mehr als die Hälfte aller Befragten in Schweden (71 %), Finnland (63 %) und Dänemark (54 %) „zustimmen“ mit der Finanzierung des Kaufs und der Lieferung von militärischer Ausrüstung an die Ukraine. Am anderen Ende der Skala sagen 11 % in der Slowakei, Zypern und Bulgarien dasselbe.

QD2.3. Die EU hat eine Reihe von Maßnahmen als Reaktion auf die Invasion Russlands in die Ukraine ergriffen. In welchem Maße Sie mit jeder dieser Maßnahmen einverstanden oder nicht einverstanden sind. —Finanzierung des Kaufs und der Lieferung militärischer Ausrüstung an die Ukraine (%) Verbot staatlicher Medien wie Sputnik und Russia Today aus dem Rundfunk in der EU (%)



In 22 EU-Mitgliedstaaten stimmen die Befragten nun weniger wahrscheinlich mit der Finanzierung des Kaufs und der Lieferung von militärischer Ausrüstung an die Ukraine überein als im Mai Juni 2023. In Tschechien (42 %, -12 Prozentpunkte) und Luxemburg (59 %, -11 Prozentpunkte) beträgt der Rückgang mehr als zehn Prozentpunkte, gefolgt von Italien (51 %, -9 Prozentpunkte). Das Abkommen hat in vier Ländern, aber nicht mehr als drei Prozentpunkten zugenommen und bleibt in den Niederlanden unverändert.

Meinungsverschiedenheiten sind jetzt die Mehrheitsmeinung in Tschechien und Slowenien.

QD2.3 Die EU hat eine Reihe von Maßnahmen als Reaktion auf die Invasion Russlands in die Ukraine ergriffen. In welchem Maße Sie mit jeder dieser Maßnahmen einverstanden oder nicht einverstanden sind. Finanzierung des Kaufs und der Lieferung von militärischer Ausrüstung an die Ukraine (%)

		EU-27	SEI N	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	PE RS ON ALA BTE ILU NG	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BEI	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Gesamt „Zustimmung“	Okt/Nov 2023	60	60	31	42	83	61	62	72	37	53	55	74	51	31	70	83	59	43	61	85	43	85	82	49	46	34	90	91
	Mai/Juni 2023	-4	-9	1	-12	-6	-1	-2	-7	-6	-7	-3	2	-9	-5	-4	-1	-11	-1	-3	0	3	-1	-8	-6	-3	-3	1	-2
Insgesamt „nicht einverstanden“	Okt/Nov 2023	34	37	59	54	13	33	29	22	59	37	35	23	44	61	21	13	34	54	36	14	53	12	12	45	51	60	5	7
	Mai/Juni 2023	3	9	1	12	5	-1	1	7	6	6	2	-3	9	3	4	0	8	0	3	1	-3	0	6	5	5	3	-3	2
Ich weiß nicht	Okt/Nov 2023	6	3	10	4	4	6	9	6	4	10	10	3	5	8	9	4	7	3	3	1	4	3	6	6	3	6	5	2
	Mai/Juni	1	0	-2	0	1	2	1	0	0	1	1	1	0	2	0	1	3	1	0	-1	0	1	2	1	-2	0	2	0

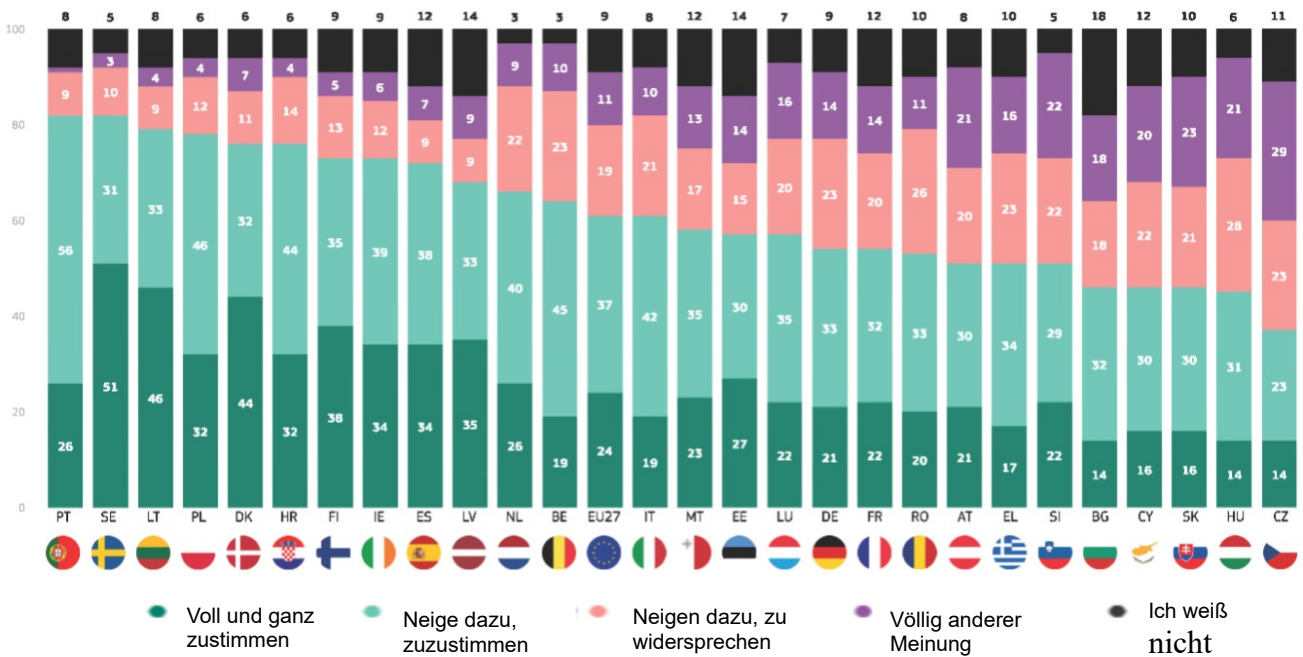


Eine Mehrheit der Befragten in 25 Mitgliedstaaten stimmt der EU zu, die der Ukraine den Kandidatenstatus gewährt, mit der stärksten Unterstützung in Portugal und Schweden (jeweils 82 %) und Litauen (79 %). Eine relative Mehrheit in der Slowakei (46 % stimmen zu, 44 % sind nicht einverstanden), Zypern (46 % vs 42 %) und Bulgarien (46 % vs 36 %) stimmen ebenfalls zu.

Im Gegensatz dazu stimmen nur eine Minderheit in Tschechien zu (37 % stimmen zu, 52 % sind nicht einverstanden) und Ungarn (45 % vs 49 %) stimmen der EU zu, die der Ukraine den Kandidatenstatus gewährt.

Die Befragten, die in Schweden (51 %), Litauen (46 %) und Dänemark (44 %) leben, sagen am ehesten, dass sie „total zustimmen“, während die Befragten in Ungarn, Tschechien und Bulgarien (14 %) dies am wenigsten wahrscheinlich tun.

QD2.7. Die EU hat eine Reihe von Maßnahmen als Reaktion auf die Invasion Russlands in die Ukraine ergriffen. Inwieweit Sie mit jeder dieser Maßnahmen einverstanden oder nicht einverstanden sind: – Gewährung des Kandidatenstatus als potenzielles Mitglied der EU in der Ukraine (%)



Das Abkommen über die Gewährung des Kandidatenstatus als potenzielles Mitglied der EU für die Ukraine ist in 23 Ländern zurückgegangen, insbesondere in Malta (58 %, -12 Prozentpunkte), Luxemburg (57 %, -9 Prozentpunkte) und Portugal (82 %, -8 Prozentpunkte). Das Niveau der Einigung ist in den übrigen vier Ländern mit den größten in Österreich (51 %, +4 Prozentpunkte) und Bulgarien (46 %, +4 Prozentpunkte) gestiegen.

Die Einigung ist jetzt die Mehrheitsmeinung in der Slowakei, aber die Minderheitsansicht in Ungarn.

QD2.7 Die EU hat als Reaktion auf die Invasion Russlands in die Ukraine eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. In welchem Maße Sie mit jeder dieser Maßnahmen einverstanden oder nicht einverstanden sind. Zuerkennung des Kandidatenstatus als potenzielles EU-Mitglied der Ukraine (%)

		EU-27	SEI N	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	PE RS ON ALA BTE ILU NG	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BEI	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Gesamt „Zustimmung“	Okt/Nov 2023	61	64	46	37	76	54	57	73	51	72	54	76	61	46	68	79	57	45	58	66	51	78	82	53	51	46	73	82
	Mai/Juni 2023	-3	-2	4	-6	-3	-7	-5	-6	-5	3	-3	-7	-5	-1	-4	-5	-9	-4	-12	-4	4	-3	-8	-3	-1	1	-2	-3
Insgesamt „nicht einverstanden“	Okt/Nov 2023	30	33	36	52	18	37	29	18	39	16	34	18	31	42	18	13	36	49	30	31	41	16	10	37	44	44	18	13
	Mai/Juni 2023	2	4	-1	6	1	4	2	5	4	0	2	4	4	3	1	3	8	4	6	5	-5	1	7	1	3	-1	2	5
Ich weiß nicht	Okt/Nov 2023	9	3	18	11	6	9	14	9	10	12	12	6	8	12	14	8	7	6	12	3	8	6	8	10	5	10	9	5
	Mai/Juni 2023	1	-2	-3	0	2	3	3	1	1	-3	1	3	1	-2	3	2	1	0	6	-1	1	2	1	2	-2	0	0	-2

Die soziodemografische Analyse zeigt, dass eine Mehrheit in fast allen Gruppen jede der Maßnahmen der EU als Reaktion auf die Invasion Russlands in die Ukraine unterstützt, aber es gibt einige bemerkenswerte Unterschiede.

Männer (62 %) sind eher als Frauen (57 %) mit der Finanzierung des Kaufs und der Lieferung von militärischer Ausrüstung an die Ukraine einverstanden.

Die Unterstützung für jede Maßnahme ist in jeder Altersgruppe stark, obwohl diejenigen im Alter von 15 bis 24 Jahren häufiger als ältere Altersgruppen die Bereitstellung finanzieller Unterstützung für die Ukraine (76 %) und die Gewährung des Kandidatenstatus als potenzielles Mitglied der EU für die Ukraine (66 %), insbesondere im Vergleich zu denjenigen im Alter von 55 Jahren und älter, unterstützen.

Je länger ein Befragter in der Ausbildung blieb, desto wahrscheinlicher ist es, dass er mit jeder Aktion einverstanden ist, mit den größten Unterschieden zwischen denjenigen, die eine Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter abgeschlossen haben, und denjenigen, die im Alter von 19 Jahren oder jünger abgeschlossen haben. Zum Beispiel stimmen 66 % derjenigen, die eine Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter abgeschlossen haben, mit der Finanzierung des Kaufs und der Lieferung von militärischer Ausrüstung an die Ukraine überein, verglichen mit 48 %, die im Alter von 15 Jahren oder jünger abgeschlossen sind.

Manager gehören konsequent zu den wahrscheinlichsten, die mit jeder Maßnahme einverstanden sind, während Arbeitslose und Hausangestellte konsequent zu den am wenigsten wahrscheinlichen Personen gehören. Zum Beispiel stimmen 68 % der Führungskräfte darin überein, der Ukraine den Kandidatenstatus als potenzielles Mitglied der EU zuzuerkennen, verglichen mit 50 % der Hausangestellten und 51 % der Arbeitslosen.

Auch die finanzielle Situation ist einflussreich: je weniger Schwierigkeiten ein Befragter Rechnungen bezahlt, desto wahrscheinlicher ist es, dass er mit jeder Aktion übereinstimmt. Zum Beispiel stimmen 88 % der Befragten, die nie oder fast nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, mit der Aufnahme in die EU überein, die vor dem Krieg fliehen, verglichen mit 74 % derjenigen, die die meiste Zeit Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen.

Die Befragten, die sich als Zugehörigkeit zur oberen Mittel- oder Oberschicht betrachten, sind am ehesten mit jeder Aktion einverstanden, insbesondere im Vergleich zu denen, die sich der Arbeiterklasse oder der unteren Mittelschicht angehörten. Zum Beispiel stimmen 85 % derjenigen, die sich der Oberschicht angehörten, und 81 %, die sich der Mittelschicht angehörten, mit der Bereitstellung finanzieller Unterstützung für die Ukraine überein, verglichen mit 65 % der Befragten, die sich selbst der Arbeiterklasse angehörten, und 67 %, die sich der unteren Mittelschicht angehörten.

Schließlich unterstützen die Befragten, die ein positives Bild von der EU haben, jede dieser Maßnahmen viel eher als diejenigen mit negativer Sicht. Zum Beispiel stimmen 95 % der Menschen mit einer positiven Einschätzung der EU darin überein, die vom Krieg betroffenen Menschen humanitäre Hilfe zu leisten, verglichen mit 79 % derjenigen mit negativer Einschätzung.

Tatsächlich sind die Befragten, die ein negatives Bild von der EU haben, die einzige Gruppe, in der eine Mehrheit mit allen Maßnahmen nicht einverstanden ist: 60 % sind nicht mit der Finanzierung des Kaufs und der Lieferung von militärischer Ausrüstung an die Ukraine einverstanden, 58 % sind nicht damit einverstanden, der Ukraine den Kandidatenstatus als potenzielles Mitglied der EU zu gewähren, und 50 % sind nicht damit einverstanden, der Ukraine finanzielle Unterstützung zu gewähren.

QD2 Die EU hat eine Reihe von Maßnahmen als Reaktion auf die Invasion Russlands in die Ukraine ergriffen. In welchem Maße Sie mit jeder dieser Maßnahmen einverstanden oder nicht einverstanden sind. „Zustimmung“ insgesamt (% – EU)

	Humanitäre Hilfe für die vom Krieg betroffenen Menschen	Willkommen in der EU Menschen, die vor dem Krieg fliehen	Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen russische Regierung, Unternehmen und Einzelpersonen	Finanzielle Unterstützung für die Ukraine	Verbot staatlicher Medien wie Sputnik und Russia Today von der Ausstrahlung in der EU	Zuerkennung des Kandidatenstatus als potenzielles EU-Mitglied der Ukraine	Finanzierung des Kaufs und der Lieferung von militärischer Ausrüstung an die Ukraine
EU-27	89	84	72	72	66	61	60
<b>Geschlecht</b>							
Mann	90	85	73	72	67	62	62
Frau	89	83	71	71	65	61	57
<b>Alter</b>							
15-24	90	86	71	76	63	66	62
25-39	91	85	73	72	67	63	59
40-54	89	84	73	72	67	62	62
55	89	83	71	70	65	59	58
<b>Bildung (Ende)</b>							
-15	85	79	65	64	60	53	48
16-19	88	81	70	68	66	58	57
20	94	89	77	77	68	66	66
Studieren noch	91	88	74	80	65	68	65
<b>Sozio-professionelle Kategorie</b>							
Selbstständige	94	88	74	74	68	64	61
Führungskräfte	94	91	80	81	71	68	70
Anderer weißer Kragen	89	83	75	72	68	62	59
Handwerkliche Mitarbeiter	88	82	71	69	65	59	58
Hauspersonen	82	74	65	60	61	50	49
Arbeitslose	86	78	64	61	59	51	47
Rentner	88	83	71	69	65	58	58
Studenten	91	88	74	80	65	68	65
<b>Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen</b>							
Die meiste Zeit	84	74	63	54	57	48	43
Von Zeit zu Zeit	86	80	68	67	63	59	55
Fast nie/nie	91	88	76	76	69	64	64
<b>Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu</b>							
Die Arbeiterklasse	88	80	66	65	61	57	54
Die untere Mittelschicht	88	82	71	67	64	58	54
Die Mittelschicht	90	85	74	74	68	64	62
Die obere Mittelschicht	93	90	79	81	71	68	75
Die Oberschicht	92	88	86	85	71	68	78
<b>Bild der EU</b>							
Positiv	95	93	84	85	78	77	75
Neutral	88	81	68	68	62	56	54
Negativ	79	67	52	45	47	34	34

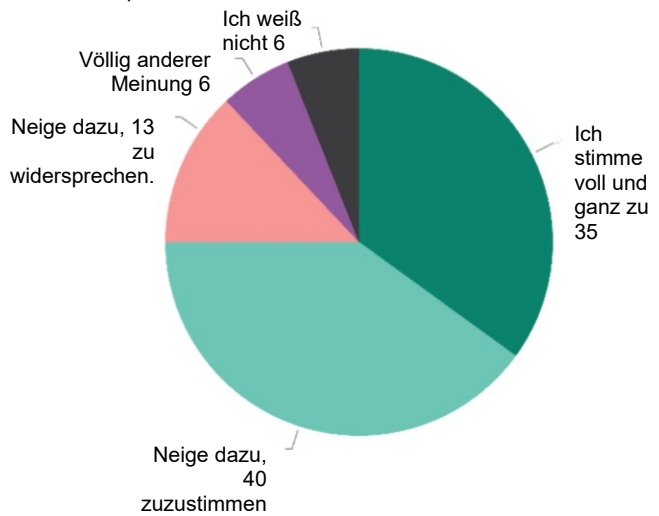
**Eine große Mehrheit stimmt zu, dass die EU, indem sie sich gegen die Invasion Russlands in die Ukraine einsetzt, die europäischen Werte verteidigt.**

Drei Viertel der Befragten (75 %, keine Veränderung seit Mai bis Juni 2023) stimmen zu, dass die EU, indem sie sich gegen die Invasion Russlands in die Ukraine stellt, mit 35 % (-2 PP) die europäischen Werte verteidigt und erklärt, dass sie „total zustimmen“.<sup>13</sup> Fast jeder Fünfte (19 %, + 1 pp) sagt, dass sie nicht einverstanden sind, wobei 6 % (keine Änderung) völlig anderer Meinung sind.

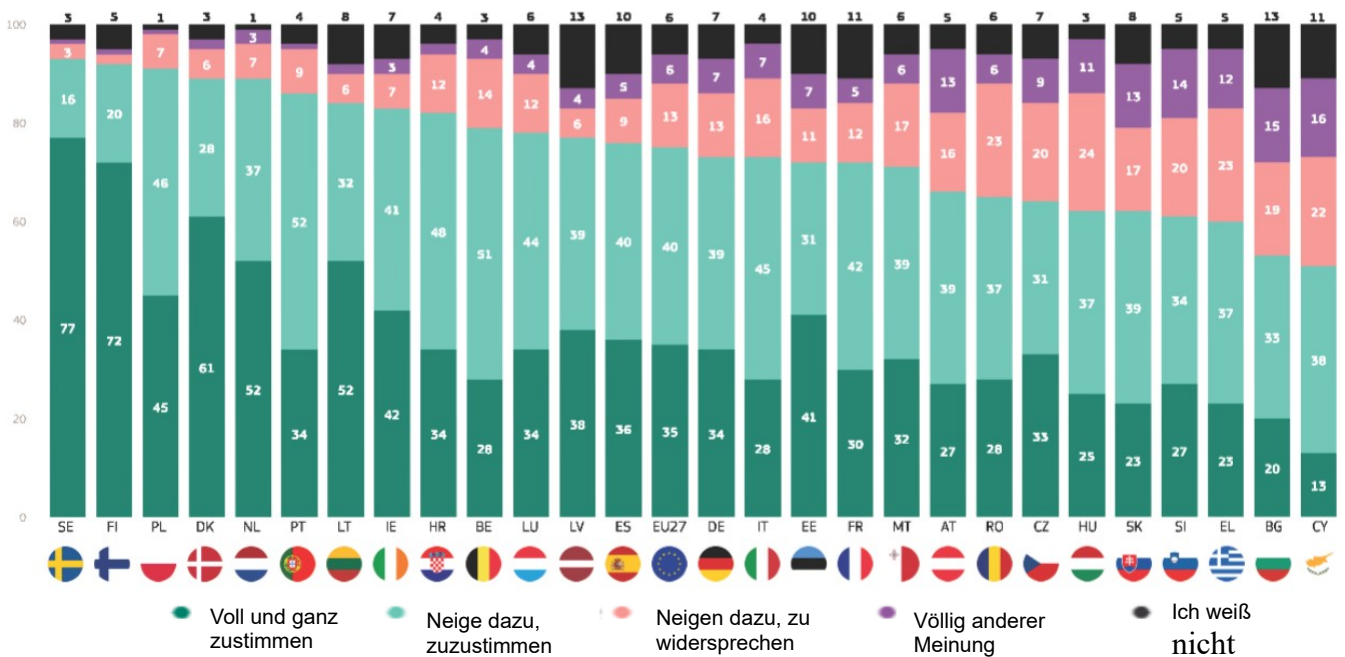
Mehr als die Hälfte aller Befragten in jedem EU-Mitgliedstaat sind sich einig, dass die EU, indem sie sich gegen die Invasion Russlands in die Ukraine stellt, die europäischen Werte verteidigt, obwohl die Anteile von 93 % in Schweden, 92 % in Finnland und 91 % in Polen bis 51 % in Zypern, 53 % in Bulgarien und 60 % in Griechenland reichen.

Es gibt fünf Länder, in denen mindestens die Hälfte „total einverstanden“ ist: Schweden (77 %), Finnland (72 %), Dänemark (61 %) sowie die Niederlande und Litauen (je 52 %). Dies entspricht 13 % in Zypern, die dasselbe sagen.

QD3.3. Bitte teilen Sie mit, in welchem Umfang Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden sind oder nicht. Indem sie sich gegen Russlands Invasion in die Ukraine einsetzt, verteidigt die EU die europäischen Werte



QD3.3. Bitte teilen Sie mit, in welchem Umfang Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden sind oder nicht. Indem sie sich gegen Russlands Invasion in die Ukraine einsetzt, verteidigt die EU die europäischen Werte



13 QD3.3. Bitte teilen Sie mit, in welchem Umfang Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden sind oder nicht. Indem sie sich gegen Russlands Invasion in die Ukraine einsetzt, verteidigt die EU die europäischen Werte

Im Vergleich zu Mai bis Juni 2023 stimmen die Befragten in 15 EU-Mitgliedstaaten weniger zu, dass die EU, indem sie sich gegen die Invasion Russlands in die Ukraine stellt, die europäischen Werte verteidigt, wobei Griechenland (60 %, -8 Prozentpunkte) und Portugal (86 %, -6 Prozentpunkte) und Tschechien (64 %, -6 Prozentpunkte) am stärksten zurückgehen.

Dagegen ist das Niveau der Einigung in neun Ländern gestiegen, darunter Österreich (66 %, + 7 Prozentpunkte) und die Slowakei (62 %, + 6 Prozentpunkte), und es hat sich in Estland, Spanien oder Finnland nichts geändert.

QD3.3 Bitte teilen Sie mit, inwieweit Sie mit den folgenden Aussagen einverstanden oder nicht einverstanden sind. Indem sie sich gegen Russlands Invasion in die Ukraine einsetzt, verteidigt die EU die europäischen Werte (%)

		EU-27	SEI N	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	PE RS ON ALA BTE ILU NG	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BEI	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Ich weiß nicht	Okt/Nov 2023	6	3	13	7	3	7	10	7	5	10	11	4	4	11	13	8	6	3	6	1	5	1	4	6	5	8	5	3
	Mai/Juni 2023	-1	1	0	0	0	2	-1	2	0	-1	-2	2	-1	-2	2	2	-1	0	3	-1	-1	-1	-2	1	-2	-5	0	0
Gesamt „Zustimmung“	Okt/Nov 2023	75	79	53	64	89	73	72	83	60	76	72	82	73	51	77	84	78	62	71	89	66	91	86	65	61	62	92	93
	Mai/Juni 2023	0	-1	-2	-6	-1	1	0	-5	-8	0	2	-5	1	-2	-2	-3	-5	-5	-5	1	7	3	-6	3	-2	6	0	1
Insgesamt „nicht einverstanden“	Okt/Nov 2023	19	18	34	29	8	20	18	10	35	14	17	14	23	38	10	8	16	35	23	10	29	8	10	29	34	30	3	4
	Mai/Juni 2023	1	0	2	6	1	-3	1	3	8	1	0	3	0	4	0	1	6	5	2	0	-6	-2	8	-4	4	-1	0	-1



Die soziodemografische Analyse zeigt, dass eine Mehrheit in jeder Gruppe darin übereinstimmt, dass die EU, indem sie sich gegen die Invasion Russlands in die Ukraine stellt, europäische Werte verteidigt. Es zeigt keine Unterschiede basierend auf Alter oder Geschlecht, aber die Analyse zeigt, dass je länger ein Befragter in der Ausbildung blieb, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie zustimmen. Zum Beispiel stimmen 81 % derjenigen, die im Alter von 20 Jahren oder älter geblieben sind, überein, verglichen mit 65 % derjenigen, die sie im Alter von 15 Jahren oder jünger abgeschlossen haben.

Die Analyse zeigt auch, dass Manager (81 %) und Studenten (79 %) eher zustimmen als die Befragten in anderen soziodemografischen Gruppen, insbesondere Arbeitslose (63 %) und Hausangestellte (64 %). Es wird auch hervorgehoben, dass je weniger Schwierigkeiten ein Antragsgegner hat, Rechnungen zu bezahlen, desto wahrscheinlicher ist es, dass er sich einig ist: 78 % der Befragten, die diese Schwierigkeiten nie oder fast nie haben, stimmen überein, verglichen mit 63 %, die Schwierigkeiten haben, Rechnungen die meiste Zeit zu bezahlen.

Je höher die Klasse ist, der ein Befragter angehört, desto wahrscheinlicher sind sie sich zuzustimmen. Zum Beispiel stimmen 88 % derjenigen überein, die sich der Oberschicht anschließen, verglichen mit 69 %, die sich selbst als zur Arbeiterklasse gehörend betrachten.

Schließlich ist auch das Bild der EU einflussreich, wobei die Befragten, die ein positives Bild von der EU (88 %) haben, viel wahrscheinlicher zustimmen als diejenigen mit negativem Image (51 %).

QD3.3. Bitte teilen Sie mit, in welchem Umfang Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden sind oder nicht. Indem sie sich gegen Russlands Invasion in die Ukraine einsetzt, verteidigt die EU die europäischen Werte

	Gesamt „Zustimmung“	Insgesamt „nicht einverstanden“	Ich weiß nicht
EU-27	75	19	6
<b>Geschlecht</b>			
Mann	76	19	5
Frau	74	18	8
<b>Alter</b>			
15-24	75	18	7
25-39	76	18	6
40-54	76	19	5
55	74	18	8
<b>Bildung (Ende)</b>			
-15	65	21	14
16-19	73	21	6
20	81	15	4
Studieren noch	79	16	5
<b>Sozio-professionelle Kategorie</b>			
Selbstständige	78	18	4
Führungskräfte	81	16	3
Andere weiße Kragen	76	18	6
Handwerkliche Mitarbeiter	74	20	6
Hauspersonen	64	23	13
Arbeitslose	63	26	11
Rentner	74	18	8
Studenten	79	16	5
<b>Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen</b>			
Die meiste Zeit	63	26	11
Von Zeit zu Zeit	71	22	7
Fast nie/nie	78	16	6
<b>Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu</b>			
Die Arbeiterklasse	69	19	12
Die untere Mittelschicht	73	22	5
Die Mittelschicht	77	18	5
Die obere Mittelschicht	83	15	2
Die Oberschicht	88	10	2
<b>Bild der EU</b>			
Positiv	88	9	3
Neutral	71	20	9
Negativ	51	41	8



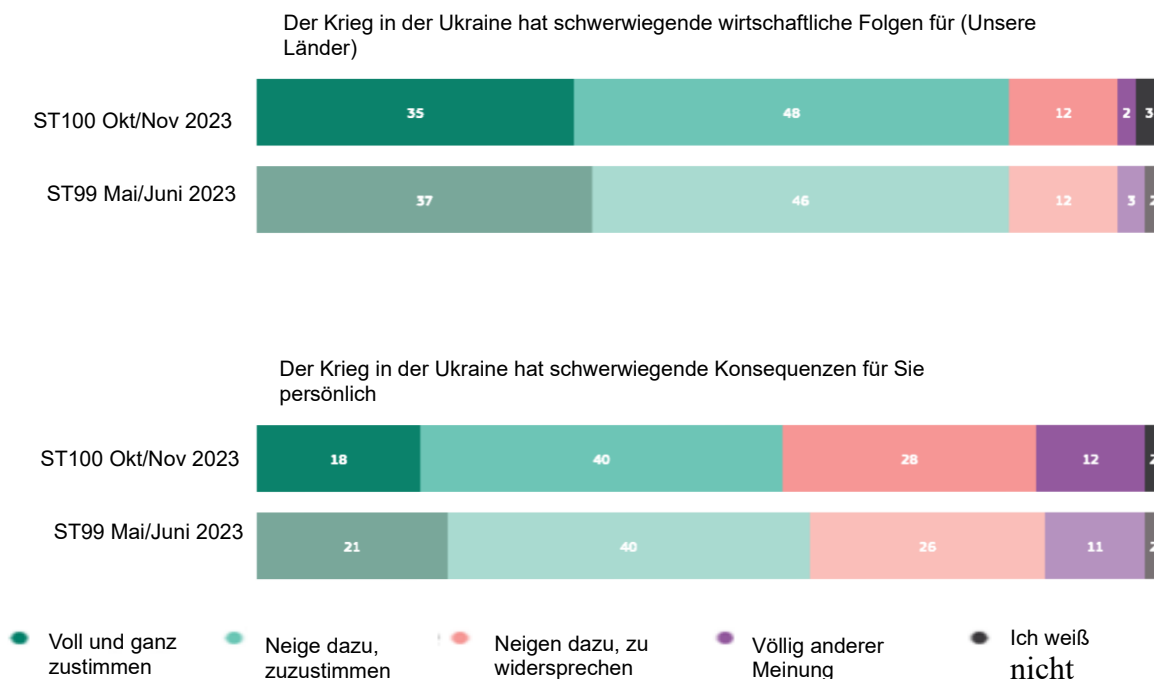
### **III. Die Folgen des Krieges in der Ukraine**

Die Mehrheit der Europäer ist der Meinung, dass der Krieg schwerwiegende wirtschaftliche Folgen für ihr Land und schwerwiegende finanzielle Folgen für sie persönlich hat.

Mehr als acht von zehn Befragten (83 %, keine Veränderung seit Mai-Juni 2023) sind sich einig, dass der Krieg in der Ukraine schwerwiegende wirtschaftliche Folgen für ihr Land hat, darunter 35 % (-2 Prozentpunkte), die „total zustimmen“. Mehr als jeder zehnte (14 %, -1 pp) stimmt nicht zu, während 3 % (+ 1 pp) sagen, dass sie es nicht wissen.<sup>14</sup>

Fast sechs von zehn (58 %, -3 PP) sind sich einig, dass der Krieg in der Ukraine ernste finanzielle Folgen für sie persönlich hat, wobei 18 % (-3 PP) sagen, dass sie „total zustimmen“. Dies ist der zweite Rückgang der Einigung seit Januar bis Februar 2023 in Folge. Vier von zehn (40 %, + 3 PP) sind nicht einverstanden, darunter 12 % (+ 1 S.), die „völlig nicht einverstanden“ sind. Nur 2 % (keine Änderung) sagen, dass sie es nicht wissen.

QD4. Wenn Sie über die Folgen des Krieges in der Ukraine nachdenken, sagen Sie bitte, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen. (EU27) (%)

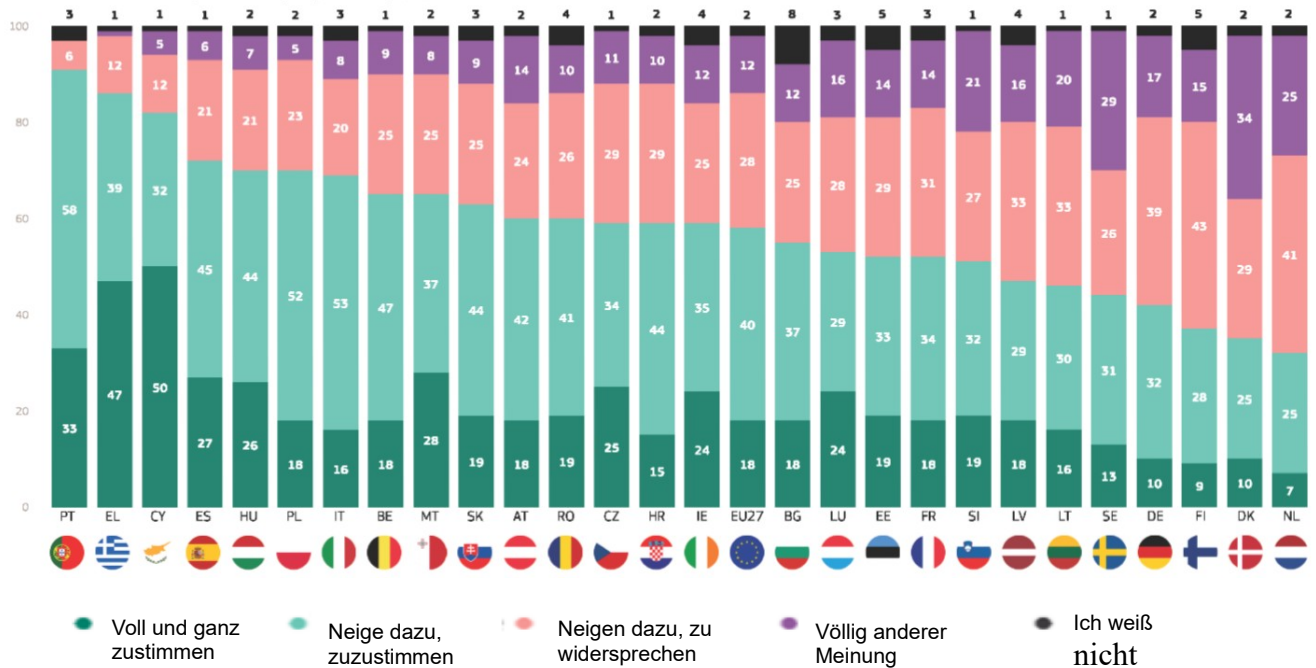


<sup>14</sup> QD4. Wenn Sie über die Folgen des Krieges in der Ukraine nachdenken, sagen Sie bitte, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen? 4.1 Der Krieg in der Ukraine hat schwerwiegende Konsequenzen für Sie persönlich; 4.2 Der Krieg in der Ukraine hat schwerwiegende wirtschaftliche Folgen für unser Land.

In 20 EU-Mitgliedstaaten stimmt die Mehrheit der Befragten darin überein, dass der Krieg in der Ukraine schwerwiegende finanzielle Folgen für sie persönlich hat, obwohl das Niveau von 91 % in Portugal, 86 % in Griechenland und 82 % in Zypern bis 51 % in Slowenien und 52 % in Frankreich und Estland reicht. In den übrigen sieben Ländern stimmt nur eine Minderheit zu, wobei die niedrigsten Werte in den Niederlanden (32 % gegenüber 66 %), Dänemark (35 % vs 63 %) und Finnland (37 % vs. 58 %) zu verzeichnen sind.

Es gibt drei Länder, in denen mindestens ein Drittel „total einverstanden“ sagt: Zypern (50 %), Griechenland (47 %) und Portugal (33 %). Im Gegensatz dazu geben mehr als ein Drittel der Befragten in Dänemark (34 %) an, dass sie „völlig nicht einverstanden“ sind.

QD4.1. Wenn Sie über die Folgen des Krieges in der Ukraine nachdenken, teilen Sie bitte mit, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht einverstanden sind. Der Krieg in der Ukraine hat schwerwiegende finanzielle Konsequenzen für Sie persönlich (%)



Die Einigung, dass der Krieg in der Ukraine schwerwiegende finanzielle Folgen für sie persönlich hat, ist bei den Befragten in 19 Ländern gesunken, und in drei Ländern beträgt der Rückgang mindestens 10 Prozentpunkte: Dänemark (35 %, - 13 Prozentpunkte), die Slowakei (63 %, -10 Prozentpunkte) und Kroatien (59 %, -10 Prozentpunkte). Im Gegensatz dazu ist das Niveau der Einigung in sechs Ländern gestiegen, darunter Österreich (60 %, + 7 Prozentpunkte) und Portugal (91 %, + 5 Prozentpunkte). Das Abkommen ist in Belgien und Finnland stabil geblieben.

Im Vergleich zum Frühjahr 2023 ist die Meinungsverschiedenheit in Lettland, Litauen und Schweden nun die Mehrheitsmeinung.

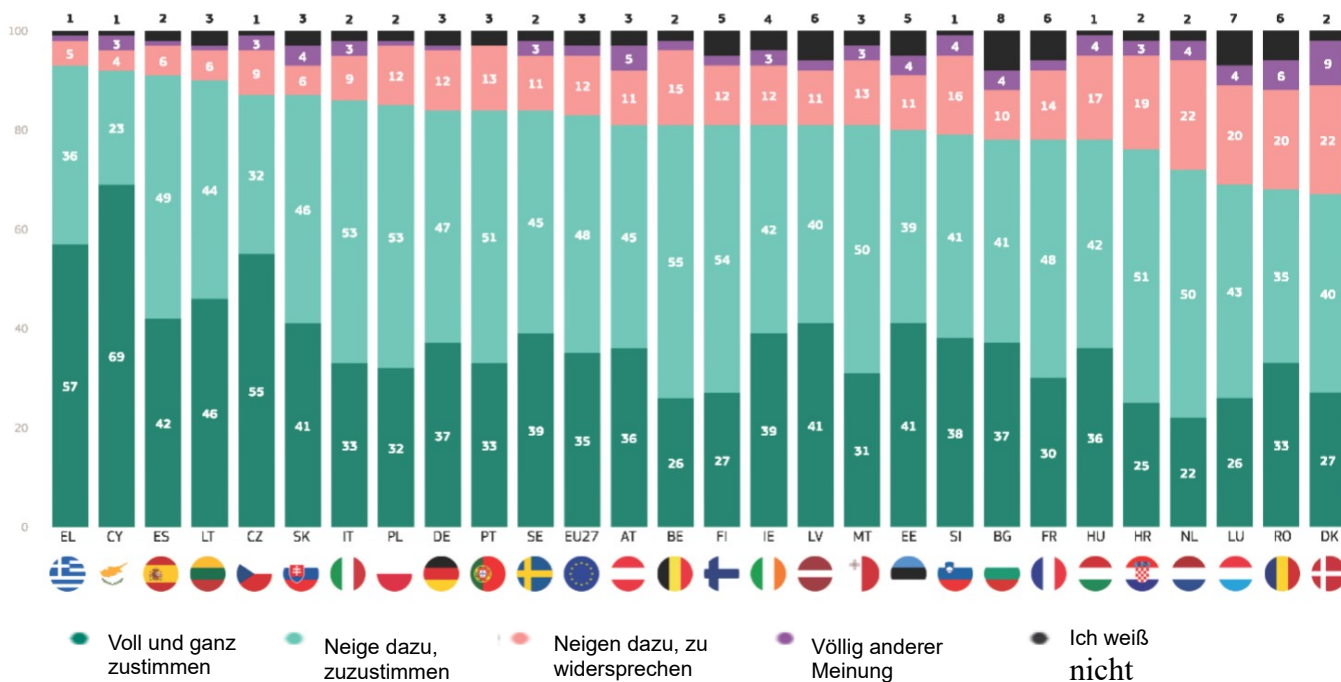
QD4.1 Wenn Sie über die Folgen des Krieges in der Ukraine nachdenken, teilen Sie bitte mit, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht einverstanden sind. Der Krieg in der Ukraine hat schwerwiegende finanzielle Folgen für Sie persönlich (%)

		EU-27	SEI N	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	PE RS ON ALA BTE ILU NG	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BEI	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Gesamt „Zustimmung“	Okt/Nov 2023	58	65	55	59	35	42	52	59	86	72	52	59	69	82	47	46	53	70	65	32	60	70	91	60	51	63	37	44
	Mai/Juni 2023	-3	0	-2	1	-13	-5	-2	-7	1	-3	-1	-10	1	-1	-5	-9	-5	-8	-5	-5	7	-4	5	1	-4	-10	0	-7
Insgesamt „nicht einverstanden“	Okt/Nov 2023	40	34	37	40	63	56	43	37	13	27	45	39	28	17	49	53	44	28	33	66	38	28	6	36	48	34	58	55
	Mai/Juni 2023	3	1	1	0	12	4	2	7	-2	4	0	9	-1	1	4	10	3	8	5	4	-7	5	-6	-2	5	10	0	6
Ich weiß nicht	Okt/Nov 2023	2	1	8	1	2	2	5	4	1	1	3	2	3	1	4	1	3	2	2	2	2	2	3	4	1	3	5	1
	Mai/Juni 2023	0	-1	1	-1	1	1	0	0	1	-1	1	1	0	0	1	-1	2	0	0	1	0	-1	1	1	-1	0	0	1

Mehr als zwei Drittel der Befragten in jedem EU-Mitgliedstaat sind sich einig, dass der Krieg in der Ukraine schwerwiegende wirtschaftliche Folgen für ihr Land hat, wobei die höchsten Werte in Griechenland (93 %), Zypern (92 %), Spanien (91 %) und Litauen (90 %) zu verzeichnen sind. Die Mehrheit in Dänemark (67 %), Rumänien (68 %) und Luxemburg (69 %) stimmt ebenfalls zu.

In jedem Mitgliedstaat stimmt mehr als jeder Fünfte dieser Erklärung vollkommen zu, und dies gilt insbesondere in Zypern (69 %), Griechenland (57 %) und Tschechien (55 %).

QD4.2. Wenn Sie über die Folgen des Krieges in der Ukraine nachdenken, sagen Sie bitte, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen. Der Krieg in der Ukraine hat schwerwiegende wirtschaftliche Folgen für (Unsere Länder) (%)



In 13 EU-Mitgliedstaaten stimmen die Befragten nun weniger zu, dass der Krieg in der Ukraine schwerwiegende wirtschaftliche Folgen für ihr Land hat als im Mai-Juni 2023, wobei die größten Rückgänge bei den Befragten in Dänemark (67 %, -9 Prozentpunkte) und in Portugal (84 %, -8 Prozentpunkte) und Kroatien (76 %, -8 Prozentpunkte) zu verzeichnen sind.

Das Abkommen hat in zehn Ländern zugenommen, aber Österreich (81 %, + 8 Prozentpunkte) ist das einzige Land, in dem der Anstieg um mehr als drei Prozentpunkte liegt. Die Stellungnahme ist in Bulgarien, Zypern, Litauen und Finnland unverändert.

QD4.2 Wenn Sie über die Folgen des Krieges in der Ukraine nachdenken, teilen Sie bitte mit, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht einverstanden sind Der Krieg in der Ukraine hat schwerwiegende wirtschaftliche Folgen für (Unsere Länder) (%)

		EU-27	SEI N	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	PE RS ON ALA BTE ILU NG	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BEI	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Gesamt „Zustimmung“	Okt/Nov 2023	83	81	78	87	67	84	80	81	93	91	78	76	86	92	81	90	69	78	81	72	81	85	84	68	79	87	81	84
	Mai/Juni 2023	0	2	0	3	-9	1	-1	-5	1	3	-1	-8	1	0	1	0	-6	-3	-7	-5	8	-1	-8	1	1	-1	0	-3
Insgesamt „nicht einverstanden“	Okt/Nov 2023	14	17	14	12	31	13	15	15	6	7	16	22	12	7	13	7	24	21	16	26	16	13	13	26	20	10	14	14
	Mai/Juni 2023	-1	-2	-2	-3	9	-2	0	5	-1	-3	-1	7	-1	1	-2	-1	5	4	6	5	-8	2	6	-3	1	0	-1	2
Ich weiß nicht	Okt/Nov 2023	3	2	8	1	2	3	5	4	1	2	6	2	2	1	6	3	7	1	3	2	3	2	3	6	1	3	5	2
	Mai/Juni 2023	1	0	2	0	0	1	1	0	0	0	2	1	0	-1	1	1	1	-1	1	0	0	-1	2	2	-2	1	1	1



Die soziodemografische Analyse verdeutlicht ein hohes Maß an Konsens zwischen den Gruppen, dass der Krieg in der Ukraine schwerwiegende wirtschaftliche Folgen für ihr Land hat: in jeder Gruppe sind sich mindestens drei Viertel einig.

Es gibt größere Unterschiede in der Übereinstimmung, dass der Krieg in

Die Ukraine hat schwerwiegende persönliche Konsequenzen, obwohl eine Mehrheit in fast allen Fraktionen der Meinung ist. Die Befragten stimmen am ehesten überein, die 25-54 Jahre alt sind, diejenigen, die eine Ausbildung im Alter von 19 Jahren oder jünger abgeschlossen haben, Arbeitslose (68 %), Arbeiter (66 %), diejenigen, die die meiste Zeit Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen (81 %) und diejenigen, die sich als zur Arbeiterklasse gehörend betrachten (68 %).

QD4.1 Denken Sie an die Folgen des Krieges in der Ukraine. bitte sagen Sie, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht einverstanden sind: Der Krieg in der Ukraine hat schwerwiegende finanzielle Folgen für Sie persönlich (% – EU)

	Gesamt „Zustimmung“	Insgesamt „nicht einverstanden“	Ich weiß nicht
EU-27	58	40	2
<b>Geschlecht</b>			
Mann	58	40	2
Frau	58	39	3
<b>Alter</b>			
15-24	52	44	4
25-39	61	37	2
40-54	62	36	2
55	56	41	3
<b>Bildung (Ende)</b>			
-15	64	32	4
16-19	63	35	2
20	51	47	2
Studieren noch	50	47	3
<b>Sozio-professionelle Kategorie</b>			
Selbstständige	61	37	2
Führungskräfte	49	50	1
Andere weiße Kragen	60	37	3
Handwerkliche Mitarbeiter	66	32	2
Hauspersonen	62	33	5
Arbeitslose	68	28	4
Rentner	54	43	3
Studenten	50	47	3
<b>Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen</b>			
Die meiste Zeit	81	17	2
Von Zeit zu Zeit	70	27	3
Fast nie/nie	50	43	2
<b>Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu</b>			
Die Arbeiterklasse	68	23	4
Die untere Mittelschicht	61	37	2
Die Mittelschicht	55	43	2
Die obere Mittelschicht	42	57	1
Die Oberschicht	39	55	6
<b>Bild der EU</b>			
Positiv	55	43	2
Neutral	59	33	3
Negativ	64	1	34

Im Gegensatz dazu hat nur eine Minderheit von Managern (49 % vs 50 % nicht einverstanden) und diejenigen, die sich der oberen Mitte (42 % vs 57 %) oder der oberen Klasse (39 % vs 55 %) angehörten, stimmten zu, dass der Krieg schwerwiegende persönliche finanzielle Folgen hatte.

Die Analyse zeigt auch, dass die Befragten, die mit einer Aussage einverstanden sind, eher mit der anderen übereinstimmen. 67 % derjenigen, die sich einig sind, dass der Krieg in der Ukraine schwerwiegende wirtschaftliche Folgen für ihr Land hat, sind sich auch einig, dass der Krieg ernste persönliche finanzielle Folgen hatte, verglichen mit 32 %, die nicht der Meinung sind, dass der Krieg in der Ukraine schwerwiegende wirtschaftliche Folgen für ihr Land hat.

QD4.2 Wenn Sie über die Folgen des Krieges in der Ukraine nachdenken, teilen Sie bitte mit, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht einverstanden sind. Der Krieg in der Ukraine hat schwerwiegende wirtschaftliche Folgen für (Unsere Länder) (% – EU)

	Gesamt „Zustimmung“	Insgesamt „nicht einverstanden“	Ich weiß nicht
EU-27	83	14	3
<b>Geschlecht</b>			
Mann	82	16	2
Frau	83	13	4
<b>Alter</b>			
15-24	79	15	6
25-39	83	15	2
40-54	84	14	2
55	83	13	4
<b>Bildung (Ende)</b>			
-15	83	12	5
16-19	85	12	3
20	81	17	2
Studieren noch	80	15	5
<b>Sozio-professionelle Kategorie</b>			
Selbstständige	84	15	1
Führungskräfte	81	18	1
Andere weiße Kragen	84	14	2
Handwerkliche Mitarbeiter	83	14	3
Hauspersonen	80	14	6
Arbeitslose	84	12	4
Rentner	84	12	4
Studenten	80	15	5
<b>Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen</b>			
Die meiste Zeit	85	11	4
Von Zeit zu Zeit	82	15	3
Fast nie/nie	83	14	3
<b>Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu</b>			
Die Arbeiterklasse	84	11	5
Die untere Mittelschicht	83	15	2
Die Mittelschicht	84	14	2
Die obere Mittelschicht	75	23	2
Die Oberschicht	79	19	2
<b>Bild der EU</b>			
Positiv	84	14	2
Neutral	81	14	5
Negativ	83	15	2





#### **IV. Europäische Sicherheit in Gefahr**

**Mehr als sieben von zehn stimmen darin überein, dass die Invasion der Ukraine eine Bedrohung sowohl für die nationale als auch für die Sicherheit der EU darstellt.**

Mehr als drei Viertel der Befragten (78 %, -1 Prozentpunkte seit Mai-Juni 2023) stimmen zu, dass Russlands Invasion in die Ukraine eine Bedrohung für die Sicherheit der EU darstellt, wobei 39 % (-2 Prozentpunkte) sagen, dass sie „völlig zustimmen“. <sup>15</sup> Fast jeder fünfte (18 %, + 1 pp) stimmt nicht zu.

Fast drei Viertel (73 %, -2 Prozentpunkte) stimmen zu, dass Russlands Invasion in die Ukraine eine Bedrohung für die Sicherheit ihres Landes darstellt, darunter 34 % (-3 PP), die sagen, dass sie „total zustimmen“. Mehr als jeder Fünfte (23 %, + 3 pp) stimmt nicht zu.

QD3. Bitte teilen Sie mit, in welchem Umfang Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden sind oder nicht. (EU27) (%)

Russlands Invasion in die Ukraine ist eine Bedrohung für die Sicherheit der EU



Russlands Invasion in die Ukraine ist eine Bedrohung für die Sicherheit unseres Landes.



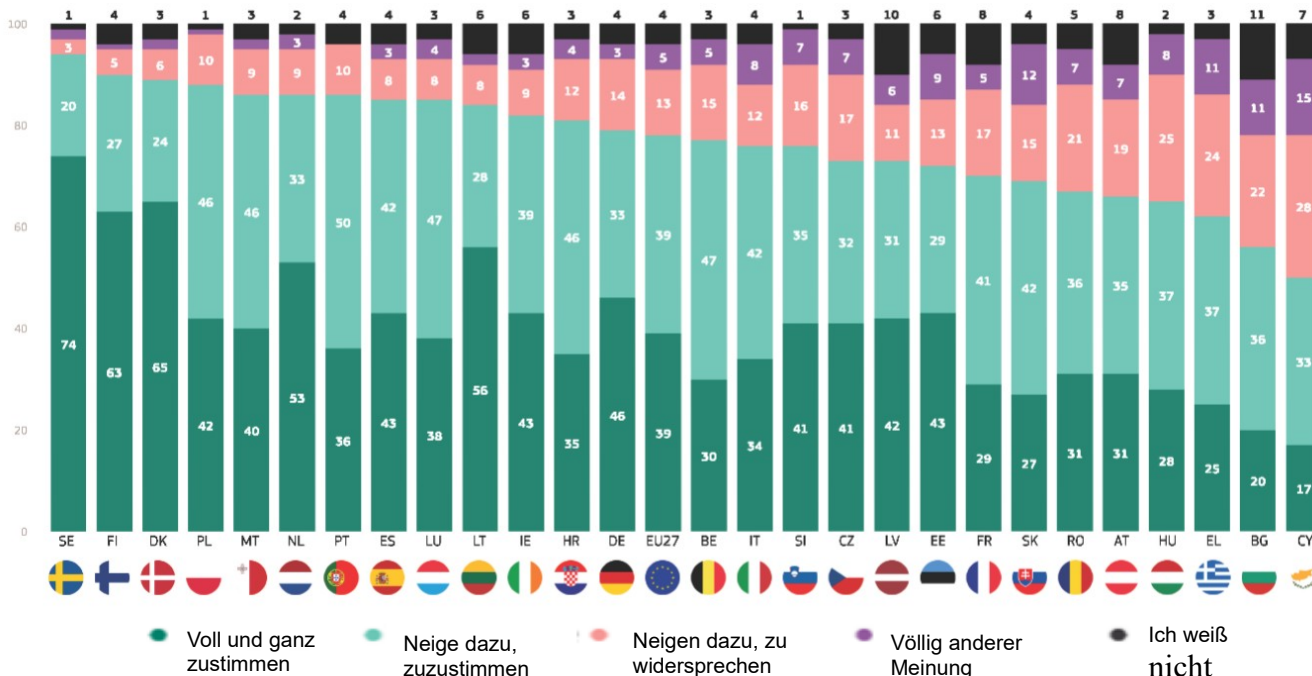
● Voll und ganz zustimmen    
 ● Neige dazu, zuzustimmen    
 ● Neigen dazu, zu widersprechen    
 ● Völlig anderer Meinung    
 ● Ich weiß nicht

<sup>15</sup> QD3. Bitte teilen Sie mit, in welchem Umfang Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden sind oder nicht. 3.1 Russlands Invasion in die Ukraine stellt eine Bedrohung für die Sicherheit der EU dar; 3.2 Russlands Invasion in die Ukraine ist eine Bedrohung für die Sicherheit unseres Landes.

Mindestens die Hälfte aller Befragten in jedem Mitgliedstaat stimmt zu, dass die Invasion Russlands in die Ukraine eine Bedrohung für die Sicherheit der EU darstellt. Das Abkommen ist am weitesten verbreitet in Schweden (94 %), Finnland (90 %) und Dänemark (89 %); 50 % in Zypern, 56 % in Bulgarien und 62 % in Griechenland stimmen ebenfalls zu.

In 26 Mitgliedstaaten stimmt mindestens jeder fünfte „vollständig“ zu, und in fünf Ländern tun mindestens die Hälfte dies: Schweden (74 %), Dänemark (65 %), Finnland (63 %), Litauen (56 %), die Niederlande (53 %). Dies entspricht 17 % in Zypern, die „völlig zustimmen“.

QD3.1. Bitte teilen Sie mit, in welchem Umfang Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden sind oder nicht. Russlands Invasion in die Ukraine ist eine Bedrohung für die Sicherheit der EU (%)



Seit Mai/Juni 2023 ist die Invasion Russlands in der Ukraine eine Bedrohung für die Sicherheit der EU in 16 Ländern zurückgegangen, wobei der größte Anteil der Befragten in Ungarn (65 %, -9 Prozentpunkte), Zypern (50 %, -9 Prozentpunkte) und Portugal (86 %, -7 Prozentpunkte) zu verzeichnen ist.

Das Abkommen hat in sechs Ländern zugenommen, aber nicht mehr als drei Prozentpunkte. Die Stellungnahme ist in Dänemark, Luxemburg, Polen, Rumänien und Schweden stabil geblieben.

QD3.1 Bitte teilen Sie mit, inwieweit Sie mit den folgenden Aussagen einverstanden sind oder nicht einverstanden sind. Russlands Invasion in die Ukraine ist eine Bedrohung für die Sicherheit der EU (%)

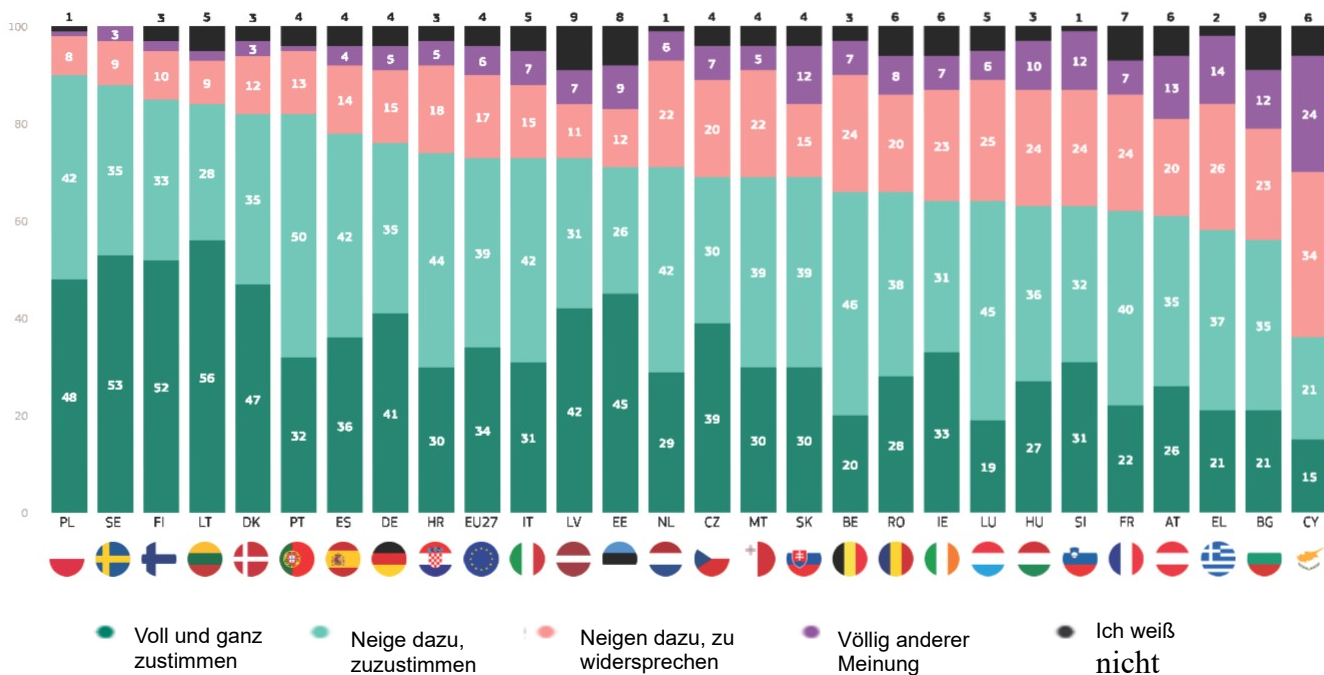
		EU-27	SE	FI	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	PE	RS	ON	AL	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BE	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Gesamt „Zustimmung“	Okt/Nov 2023	78	77	56	73	89	79	72	82	62	85	70	81	76	50	73	84	85	65	86	86	66	88	86	67	76	69	90	94				
	Mai/Juni 2023	-1	-3	-2	-6	0	-3	3	-6	-6	2	-3	-6	-2	-9	-4	-4	0	-9	-6	-1	3	0	-7	0	2	1	2	0				
Insgesamt „nicht einverstanden“	Okt/Nov 2023	18	20	33	24	8	17	22	12	35	11	22	16	20	43	17	10	12	33	11	12	26	11	10	28	23	27	6	5				
	Mai/Juni 2023	1	2	2	7	-1	2	0	5	6	0	4	4	2	11	3	2	1	9	5	0	-6	1	8	-2	0	2	-2	0				
Ich weiß nicht	Okt/Nov 2023	4	3	11	3	3	4	6	6	3	4	8	3	4	7	10	6	3	2	3	2	8	1	4	5	1	4	4	1				
	Mai/Juni 2023	0	1	0	-1	1	1	-3	1	0	-2	-1	2	0	-2	1	2	-1	0	1	1	3	-1	-1	2	-2	-3	0	0				

In allen Mitgliedstaaten ist die Mehrheit der Befragten der Ansicht, dass Russlands Invasion in die Ukraine eine Bedrohung für die Sicherheit ihres Landes darstellt, obwohl die Anteile von 90 % in Polen, 88 % in Schweden und 85 % in Finnland bis 56 % in Bulgarien, 58 % in Griechenland und 61 % in Österreich reichen.

Die Ausnahme ist Zypern, wo 36 % zustimmen und 58 % nicht einverstanden sind.

Es gibt drei Länder, in denen mindestens die Hälfte aller Befragten „völlig einverstanden“ ist: Litauen (56 %), Schweden (53 %) und Finnland (52 %) – dagegen sind 15 % in Zypern „völlig einverstanden“.

QD3.2. Bitte teilen Sie mit, in welchem Umfang Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden sind oder nicht. Russlands Invasion in die Ukraine ist eine Bedrohung für die Sicherheit von (Unser Land) (%)



Seit Mai bis Juni 2023 ist die Einigung, dass Russlands Invasion in die Ukraine eine Bedrohung für die Sicherheit ihres Landes darstellt, bei den Befragten in 18 Ländern rückläufig, insbesondere in Irland (64 %, -13 Prozentpunkte), Malta (69 %, -10 Prozentpunkte), Portugal (82 %, -9 Prozentpunkte) und Kroatien (74 %, -9 Prozentpunkte).

In Spanien hat sich die Meinung nicht geändert.

QD3.2 Bitte teilen Sie mit, inwieweit Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden oder nicht einverstanden sind. Russlands Invasion in die Ukraine ist eine Bedrohung für die Sicherheit von (Unser Land) (%)

		EU-27	SEI N	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	PE RS ON ALA BTE ILU NG	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BEI	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Gesamt „Zustimmung“	Okt/Nov 2023	73	66	56	69	82	76	71	64	58	78	62	74	73	36	73	84	64	63	69	71	61	90	82	66	63	69	85	88
	Mai/Juni 2023	-2	-3	-2	-8	1	-2	3	-13	-6	0	-2	-9	-4	-5	-5	-5	-7	-7	-10	-5	8	2	-9	1	-2	1	3	1
Insgesamt „nicht einverstanden“	Okt/Nov 2023	23	31	35	27	15	20	21	30	40	18	31	23	22	58	18	11	31	34	27	28	33	9	14	28	36	27	12	12
	Mai/Juni 2023	3	2	2	8	-1	1	-2	12	7	2	4	8	3	6	4	3	6	6	9	5	-8	-1	10	-3	4	1	-2	-1
Ich weiß nicht	Okt/Nov 2023	4	3	9	4	3	4	8	6	2	4	7	3	5	6	9	5	5	3	4	1	6	1	4	6	1	4	3	0
	Mai/Juni 2023	-1	1	0	0	0	1	-1	1	-1	-2	-2	1	1	-1	1	2	1	1	1	0	0	-1	-1	2	-2	-2	-1	0

Die soziodemografische Analyse zeigt, dass mehr als sechs von zehn Befragten in jeder Gruppe mit jeder Aussage einverstanden sind. Es gibt wenig Meinungsverschiedenheiten zwischen den Geschlechtern oder basierend auf dem Bildungsniveau, aber es gibt andere bemerkenswerte Unterschiede.

Die Befragten im Alter von 15 bis 24 Jahren (67 %) stimmen weniger zu, dass die Invasion eine Bedrohung für die Sicherheit ihres Landes darstellt als ältere Befragten und insbesondere diejenigen im Alter von 55 Jahren oder älter (75 %). Arbeitslose sind weniger wahrscheinlich als andere sozioökonomische Gruppen, sich sowohl in der EU (71 %) als auch in ihrem Land (66 %) zu einigen.

Die Ergebnisse zeigen auch, dass je weniger Schwierigkeiten ein Befragter mit der Zahlung von Rechnungen konfrontiert ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass er mit jeder Aussage übereinstimmt. Zum Beispiel stimmen 80 %, die nie oder fast nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, ein, dass die Invasion eine Bedrohung für die Sicherheit der EU darstellt, verglichen mit 71 %, die meiste Zeit Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen.

Schließlich stimmen die Befragten, die sich der Oberschicht anschließen, am ehesten sowohl in der EU (84 %) als auch in ihrem Land (79 %) zu. Diejenigen, die sich als Zugehörigkeit zur unteren Mittelschicht betrachten, sind am wenigsten mit jeder Aussage einverstanden.

QD3.1-2 Bitte teilen Sie mit, inwieweit Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden sind oder nicht. „Zustimmung“ insgesamt (% – EU)

	Russlands Invasion in die Ukraine ist eine Bedrohung für die Sicherheit der EU	Russlands Invasion in die Ukraine ist eine Bedrohung für die Sicherheit unseres Landes.
EU-27	78	73
<b>Geschlecht</b>		
Mann	77	71
Frau	79	74
<b>Alter</b>		
15-24	75	67
25-39	76	72
40-54	77	73
55	80	75
<b>Bildung (Ende)</b>		
-15	77	72
16-19	76	73
20	81	74
Studieren noch	79	70
<b>Sozio-professionelle Kategorie</b>		
Selbstständige	80	75
Führungskräfte	80	74
Andere weiße Kragen	77	73
Handwerkliche Mitarbeiter	75	71
Hauspersonen	74	73
Arbeitslose	71	66
Rentner	80	76
Studenten	79	70
<b>Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen</b>		
Die meiste Zeit	71	67
Von Zeit zu Zeit	73	70
Fast nie/nie	80	75
<b>Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu</b>		
Die Arbeiterklasse	75	73
Die untere Mittelschicht	74	69
Die Mittelschicht	79	75
Die obere Mittelschicht	82	72
Die Oberschicht	84	79
<b>Bild der EU</b>		
Positiv	85	79
Neutral	76	72
Negativ	64	61



## **V. Zukunftsaktion der EU im Gefolge des Krieges**

# 1. Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich in der EU

**Die Unterstützung für die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich und die Erhöhung der Ausgaben sind nach wie vor stark.**

Die Befragten wurden gefragt, inwieweit sie vier Aussagen zur Verteidigungszusammenarbeit in der EU zustimmen oder nicht einverstanden sind.<sup>16</sup> Die Einigung mit jeder Erklärung ist seit Mai bis Juni 2023 relativ stabil geblieben.

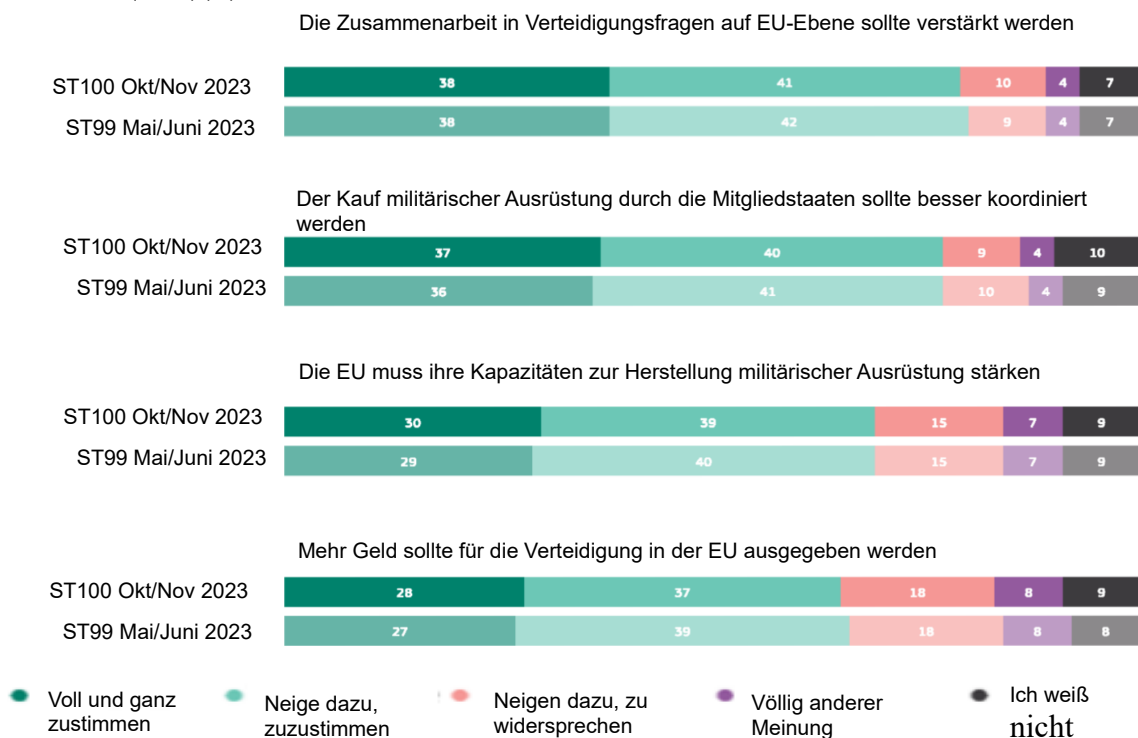
Fast acht von zehn Befragten (79 %, -1 Prozentpunkte seit Mai-Juni 2023) stimmen zu, dass die Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen auf EU-Ebene ausgeweitet werden sollte, wobei 38 % (keine Änderung) sagten, dass sie „vollständig zustimmen“. Etwas mehr als jeder zehnte (14 %, + 1 pp) stimmt nicht zu.

Mehr als drei Viertel (77 %, unverändert) stimmen darin überein, dass der Kauf militärischer Ausrüstung durch die Mitgliedstaaten besser koordiniert werden sollte, darunter 37 % (+ 1 S.), die „völlig zustimmen“. Im Gegensatz dazu stimmen 13 % (-1 pp) dieser Aussage nicht zu.

Fast sieben von zehn Befragten (69 %, unverändert) stimmen zu, dass die EU ihre Kapazitäten zur Herstellung militärischer Ausrüstung ausbauen muss, wobei 30 % (+ 1 S.) sagen, dass sie „völlig zustimmen“. Etwas mehr als jeder Fünfte (22 %, keine Änderung) sagen, dass sie nicht einverstanden sind.

Knapp zwei Drittel der Befragten (65 %, -1 PP) sind sich darin einig, dass mehr Geld für die Verteidigung in der EU ausgegeben werden sollte, darunter 28 % (+ 1 Prozentpunkte), die voll und ganz zustimmen. Etwas mehr als ein Viertel (26 %, keine Änderung) sagen, dass sie nicht einverstanden sind.

QD3. Bitte teilen Sie mit, in welchem Umfang Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden sind oder nicht. (EU27) (%)



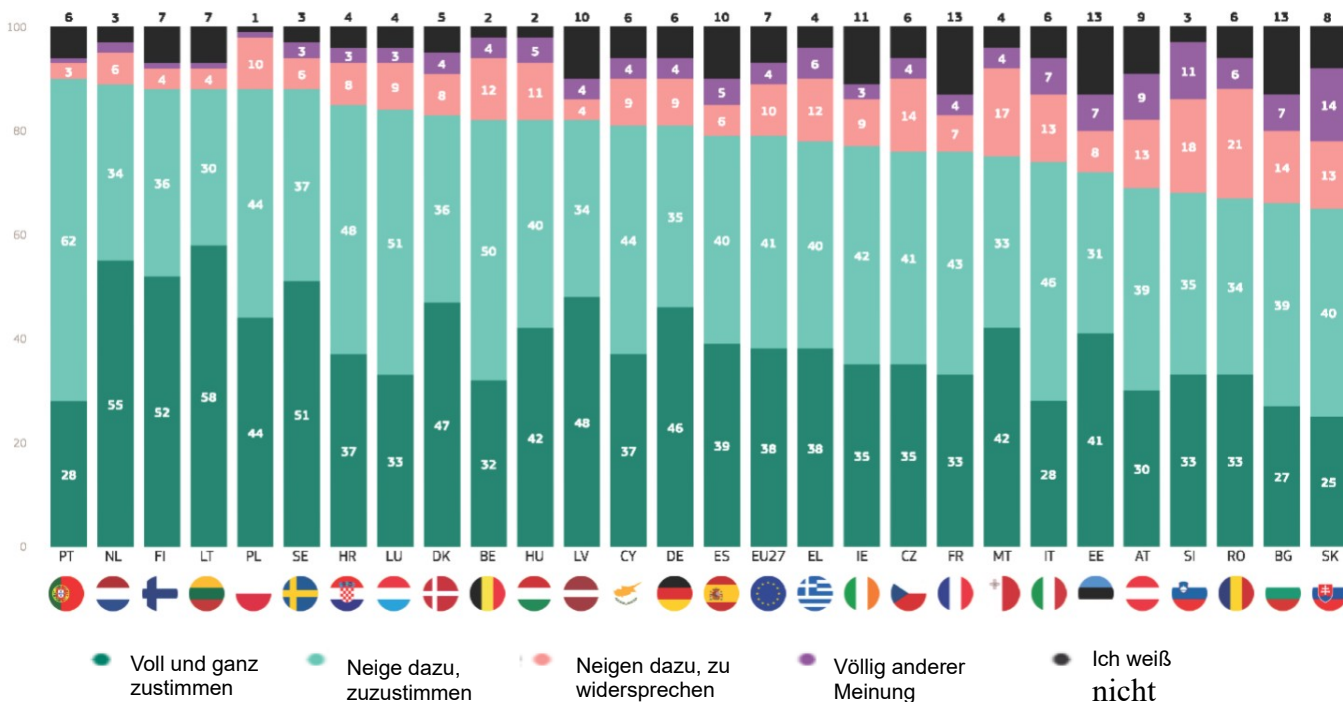
<sup>16</sup> QD3. Bitte teilen Sie mit, in welchem Umfang Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden sind oder nicht. 3.4 Die Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen auf EU-Ebene sollte verstärkt werden; 3.5 Mehr Geld sollte für die Verteidigung in der EU ausgegeben werden; 3.6 Der Kauf militärischer Ausrüstung durch die Mitgliedstaaten sollte besser koordiniert werden; 3.7 Die EU muss ihre Kapazitäten zur Herstellung militärischer Ausrüstung ausbauen

Mehr als sechs von zehn Befragten in jedem EU-Mitgliedstaat sind sich darin einig, dass die Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen auf EU-Ebene erhöht werden sollte, wobei der Anteil von 90 % in Portugal, 89 % in den Niederlanden und 88 % in Litauen, Polen, Finnland und Schweden bis 65 % in der Slowakei, 66 % in Bulgarien und 67 % in Rumänien reicht.

Es gibt sieben Länder, in denen mindestens ein Fünftel der Meinung ist, dass sie nicht einverstanden sind: Slowenien (29 %), Rumänien und die Slowakei (je 27 %), Österreich (22 %), Bulgarien und Malta (je 21 %) und Italien (20 %).

In jedem Land sind mindestens ein Viertel „total einverstanden“, in Litauen (58 %), den Niederlanden (55 %), Finnland (52 %) und Schweden (51 %) mindestens die Hälfte. Dies entspricht 25 % in der Slowakei, 27 % in Bulgarien und 28 % in Italien und Portugal, die ebenfalls „völlig zustimmen“.

QD3.4. Bitte teilen Sie mit, in welchem Umfang Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden sind oder nicht. Die Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen auf EU-Ebene sollte verstärkt werden (%)



In 18 EU-Mitgliedstaaten stimmen die Befragten nun weniger wahrscheinlich darin überein, dass die Zusammenarbeit in Verteidigungsangelegenheiten auf EU-Ebene verstärkt werden sollte als im Mai/Juni 2023, wobei die größten Rückgänge in Malta (75 %, -13 Prozentpunkte) und Irland (77 %, -8 Prozentpunkte) zu verzeichnen sind.

In sechs Ländern, darunter Österreich (69 %, + 5 Prozentpunkte), ist eine Begierde zugenommen und in France stabil geblieben.

QD3.4 Bitte teilen Sie mit, inwieweit Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden oder nicht einverstanden sind. Die Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen auf EU-Ebene sollte verstärkt werden (%)

		EU-27	SEI N	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	PE RS ON ALA BTE ILU NG	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BEI	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Gesamt „Zustimmung“	Okt/Nov 2023	79	82	66	76	83	81	72	77	78	79	76	85	74	81	82	88	84	82	75	89	69	88	90	67	68	65	88	88
	Mai/Juni 2023	-1	-1	-2	-3	2	-2	2	-8	-5	3	0	-5	-1	-2	-1	-2	-5	-3	-13	0	5	0	-2	-5	-1	-1	3	2
Insgesamt „nicht einverstanden“	Okt/Nov 2023	14	16	21	18	12	13	15	12	18	11	11	11	20	13	8	5	12	16	21	8	22	11	4	27	29	27	5	9
	Mai/Juni 2023	1	2	2	3	-2	0	-3	5	4	-1	0	4	1	4	-1	0	4	2	12	0	-5	0	3	3	2	1	-3	-2
Ich weiß nicht	Okt/Nov 2023	7	2	13	6	5	6	13	11	4	10	13	4	6	6	10	7	4	2	4	3	9	1	6	6	3	8	7	3
	Mai/Juni 2023	0	-1	0	0	0	2	1	3	1	-2	0	1	0	-2	2	2	1	1	1	0	0	0	-1	2	-1	0	0	0

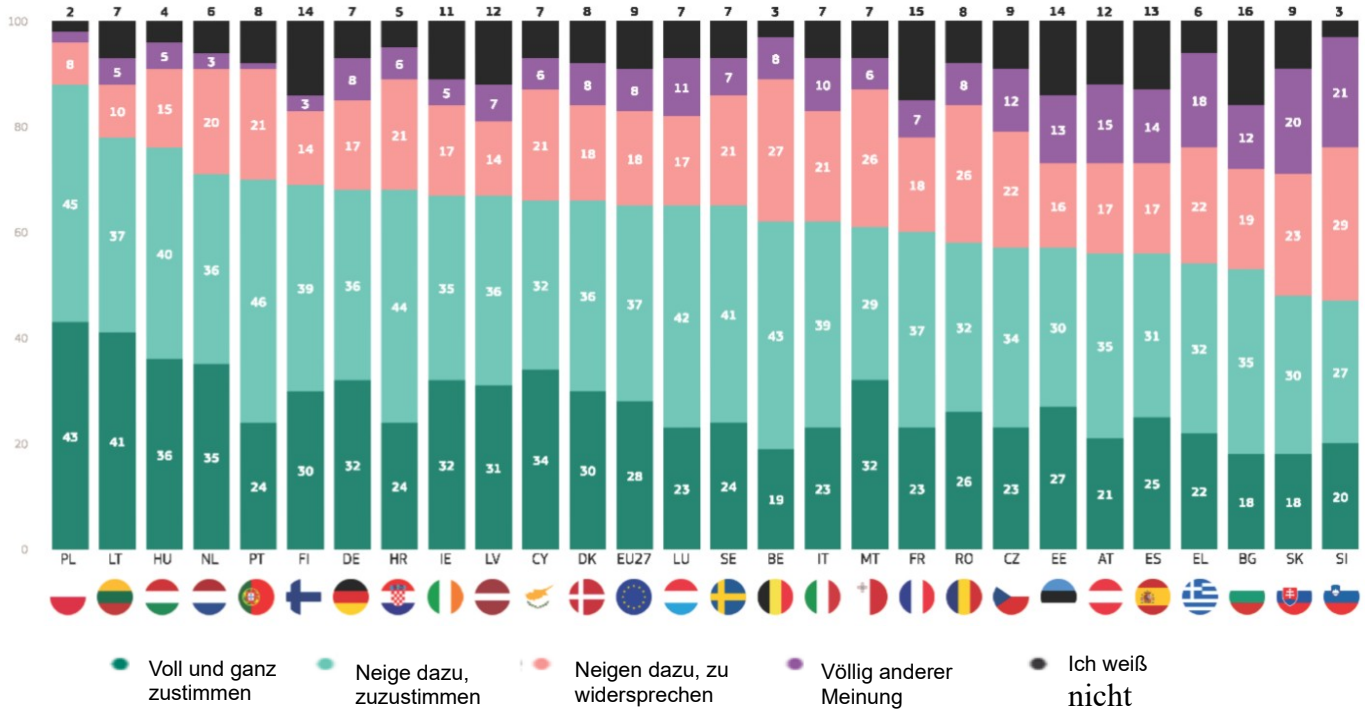




In 26 EU-Mitgliedstaaten stimmt die Mehrheit der Befragten darin überein, dass mehr Geld für die Verteidigung in der EU ausgegeben werden sollte. Das Abkommen ist am weitesten verbreitet in Polen (88 %), Litauen (78 %) und Ungarn (76 %), während die niedrigsten Werte in Slowenien (47 % gegenüber 50 % nicht übereinstimmen), in der Slowakei (48 % vs. 43 %) und in Bulgarien (53 %) zu verzeichnen sind.

In 12 Ländern stimmt mindestens ein Viertel der Befragten dieser Aussage „völlig“ zu, wobei die größten Anteile in Polen (43 %), Litauen (41 %) und Ungarn (36 %) zu verzeichnen sind. In Slowenien (21 %) und der Slowakei (20 %) dagegen ist mindestens jeder fünfte „total nicht einverstanden“.

QD3.5. Bitte teilen Sie mit, in welchem Umfang Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden sind oder nicht. Mehr Geld sollte für die Verteidigung in der EU ausgegeben werden (%)



Es gibt 20 Länder, in denen vereinbart wurde, dass seit Mai bis Juni 2023 mehr Geld für die Verteidigung in der EU ausgegeben werden sollte, und der Rückgang in Portugal (70 %, -19 Prozentpunkte) und Malta (61 %, -17 PP) ist erheblich größer als in den anderen 18 Ländern.

Das Abkommen hat in fünf Ländern zugenommen, wobei der Anstieg in Österreich (56 %, + 13 Prozentpunkte) deutlich größer ist als in den anderen Ländern. In Spanien und Belgien ist die Meinung unverändert geblieben.

Im Vergleich zur vorherigen Erhebung im Frühjahr 2023 (ST99) ist die Einigung nun die Mehrheitsmeinung in Österreich, während Meinungsverschiedenheiten nun die Ansicht der Mehrheit in Slowenien sind.

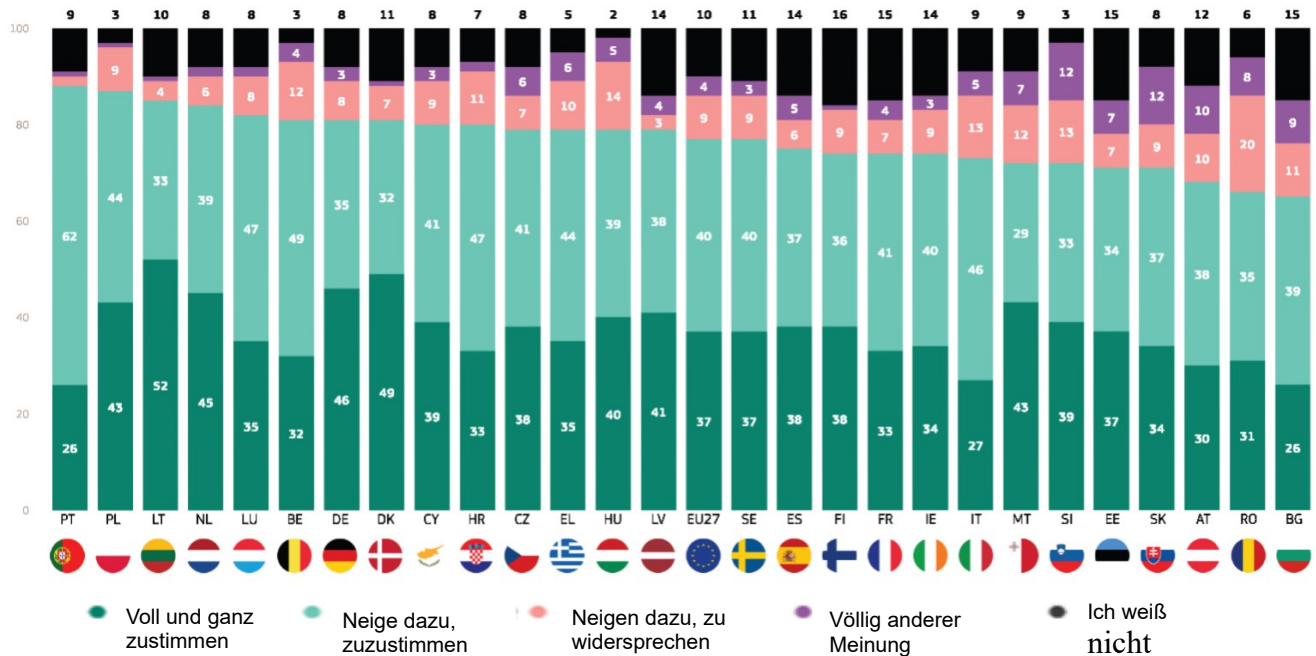
QD3.5 Bitte teilen Sie mit, inwieweit Sie mit den folgenden Aussagen einverstanden oder nicht einverstanden sind. Mehr Geld sollte für die Verteidigung in der EU ausgegeben werden (%)

		EU-27	SEI N	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	FR	PE RS ON ALA BTE ILU NG	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BEI	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Gesamt „Zustimmung“	Okt/Nov 2023	79	82	66	76	83	81	72	77	78	79	76	85	74	81	82	88	84	82	75	89	69	88	90	67	68	65	88	88	
	Mai/Juni 2023	-1	-1	-2	-3	2	-2	2	-8	-5	3	0	-5	-1	-2	-1	-2	-5	-3	-13	0	5	0	-2	-5	-1	-1	3	2	
Insgesamt „nicht einverstanden“	Okt/Nov 2023	14	16	21	18	12	13	15	12	18	11	11	11	20	13	8	5	12	16	21	8	22	11	4	27	29	27	5	9	
	Mai/Juni 2023	1	2	2	3	-2	0	-3	5	4	-1	0	4	1	4	-1	0	4	2	12	0	-5	0	3	3	2	1	-3	-2	
Ich weiß nicht	Okt/Nov 2023	7	2	13	6	5	6	13	11	4	10	13	4	6	6	10	7	4	2	4	3	9	1	6	6	3	8	7	3	
	Mai/Juni 2023	0	-1	0	0	0	2	1	3	1	-2	0	1	0	-2	2	2	1	1	1	0	0	0	-1	2	-1	0	0	0	

Mehr als sechs von zehn Befragten in jedem Land sind sich einig, dass der Kauf militärischer Ausrüstung durch die Mitgliedstaaten besser koordiniert werden sollte. Das Abkommen ist am weitesten verbreitet in Portugal (88 %), Polen (87 %) und Litauen (85 %), obwohl auch 65 % in Bulgarien, 66 % in Rumänien und 68 % in Österreich zustimmen.

In Litauen stimmen mehr als die Hälfte aller Befragten (52 %) dieser Aussage „völlig“ zu, ebenso 49 % in Dänemark. Dies entspricht 25 % in Portugal und Bulgarien.

QD3.6. Bitte teilen Sie mit, inwieweit Sie ead1 der folgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen: Der Kauf militärischer Ausrüstung durch die Mitgliedstaaten sollte besser koordiniert werden (%)



Die Entwicklungen seit Mai bis Juni 2023 sind gemischt. Das Abkommen ist in 13 Ländern zurückgegangen, wobei Malta (72 %, -14 Prozentpunkte) deutlich größer ist als in den anderen Ländern und mit den nächstgrößten in Irland (74 %, -7 Prozentpunkte).

Im Gegensatz dazu ist die Vereinbarung in sieben Ländern einschließlich Österreich gestiegen (68 %, +8 Prozentpunkte). Die Stellungnahme ist in Tschechien, Frankreich, Italien, Polen, der Slowakei, Schweden und Finnland unverändert.

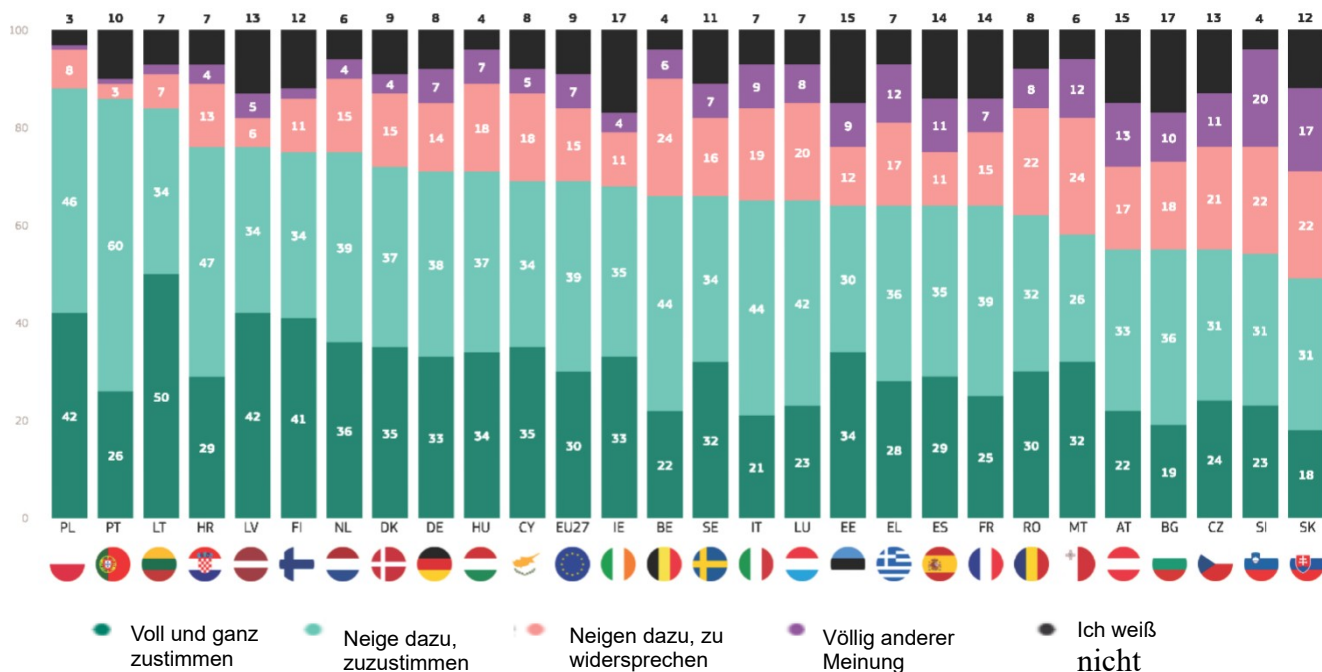
QD3.6 Bitte teilen Sie mit, inwieweit Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden oder nicht einverstanden sind. Der Kauf militärischer Ausrüstung durch die Mitgliedstaaten sollte besser koordiniert werden (%)

		EU-27	SEI N	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	PE RS ON ALA BTE ILU NG	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BEI	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Gesamt „Zustimmung“	Okt/Nov 2023	77	81	65	79	81	81	71	74	79	75	74	80	73	80	79	85	82	79	72	84	68	87	88	66	72	71	74	77
	Mai/Juni 2023	0	-2	-1	0	-2	-1	-2	-7	-4	2	0	-4	0	1	2	-4	-3	1	-14	-1	8	0	-1	2	2	0	0	0
Insgesamt „nicht einverstanden“	Okt/Nov 2023	13	16	20	13	8	11	14	12	16	11	11	13	18	12	7	5	10	19	19	8	20	10	3	28	25	21	10	12
	Mai/Juni 2023	-1	2	0	0	-2	-1	0	4	4	-2	0	2	-1	-1	-4	0	0	-1	10	0	-8	1	1	-3	0	-1	0	-2
Ich weiß nicht	Okt/Nov 2023	10	3	15	8	11	8	15	14	5	14	15	7	9	8	14	10	8	2	9	8	12	3	9	6	3	8	16	11
	Mai/Juni 2023	1	0	1	0	4	2	2	3	0	0	0	2	1	0	2	4	3	0	4	1	0	-1	0	1	-2	1	0	2

Eine Mehrheit der Befragten in jedem EU-Mitgliedstaat ist sich einig, dass die EU ihre Kapazitäten zur Herstellung militärischer Ausrüstung ausbauen muss, was jedoch erhebliche nationale Unterschiede verdeckt. Die Abkommen reichen von 88 % in Polen, 86 % in Portugal und 84 % in Litauen bis 49 % in der Slowakei (gegen 39 % sind nicht einverstanden), 54 % in Slowenien und 55 % in Österreich, Tschechien und Bulgarien.

In 16 Ländern stimmen die Befragten weniger wahrscheinlich darin überein, dass die EU ihre Kapazitäten zur Herstellung militärischer Ausrüstung ausbauen muss als im Mai-Juni 2023. Der Rückgang in Malta (58 %, -18 Prozentpunkte) ist deutlich höher als in anderen Ländern, wobei der nächst größte Rückgang in Luxemburg (65 %, -9 Prozentpunkte) und Griechenland (64 %, -9 Prozentpunkte) zu verzeichnen ist.

QD3.7. Bitte teilen Sie mit, in welchem Umfang Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden sind oder nicht. Die EU muss ihre Kapazitäten zur Herstellung militärischer Ausrüstung stärken (%)



Mindestens vier von zehn Befragten in Litauen (50 %), Polen und Lettland (je 42 %) und Finnland (41 %) stimmen dieser Erklärung völlig zu, verglichen mit 18 % in der Slowakei, 19 % in Bulgarien und 21 % in Italien.

In acht Ländern hingegen ist das Abkommen gestiegen, mit dem größten in Österreich (55 %, + 6 Prozentpunkte). Es gab keine Veränderung in Rumänien, Dänemark oder Frankreich.

QD3.7. Bitte teilen Sie mit, in welchem Umfang Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden sind oder nicht. Die EU muss ihre Kapazitäten zur Herstellung militärischer Ausrüstung stärken (%)

		EU-27	SEI N	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	FR ON ALA BTE ILU NG	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BEI	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Gesamt „Zustimmung“	Okt/Nov 2023	69	66	55	55	72	71	64	68	64	64	64	76	65	69	76	84	65	71	58	75	55	88	86	62	54	49	75	66
	Mai/Juni 2023	0	-5	-2	-6	0	2	4	-7	-9	1	0	-1	-4	-2	-1	-5	-9	3	-18	-3	6	1	-2	0	-2	-3	2	1
Insgesamt „nicht einverstanden“	Okt/Nov 2023	22	30	28	32	19	21	21	15	29	22	22	17	28	23	11	9	28	25	36	19	30	9	4	30	42	39	13	23
	Mai/Juni 2023	0	4	1	5	0	-4	-3	2	8	-1	1	-2	4	3	-2	4	7	-4	17	2	-11	-1	1	-3	3	3	1	-3
Ich weiß nicht	Okt/Nov 2023	9	4	17	13	9	8	15	17	7	14	14	7	7	8	13	7	7	4	6	6	15	3	10	8	4	12	12	11
	Mai/Juni 2023	0	1	1	1	0	2	-1	5	1	0	-1	3	0	-1	3	1	2	1	1	1	5	0	1	3	-1	0	-3	2

Die soziodemografische Analyse veranschaulicht keine nennenswerten Meinungsunterschiede zwischen Altersgruppen. Es zeigt jedoch, dass Männer mit größerer Wahrscheinlichkeit mit jeder Erklärung einverstanden sind als Frauen, und insbesondere, dass mehr Geld für die Verteidigung in der EU ausgegeben werden sollte (69 % gegenüber 61 %).

Die Analyse zeigt auch ein konsistentes Muster auf der Grundlage des Bildungsniveaus: je länger ein Befragter in der Ausbildung blieb, desto wahrscheinlicher ist es, dass er mit jeder Aussage übereinstimmt. So sollten beispielsweise 83 %, die eine Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter abgeschlossen haben, die Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen auf EU-Ebene vereinbaren, verglichen mit 73 %, die im Alter von 15 Jahren oder jünger abgeschlossen sind. Für die anderen drei Aussagen ist der größte Unterschied zwischen denjenigen, die im Alter von 15 Jahren oder jünger abgeschlossen haben, und denjenigen, die die Ausbildung im Alter von 16 oder älter abgeschlossen haben, zu beobachten.

In sozial-professionellen Gruppen stimmen Manager am ehesten mit jeder Aussage überein, während Arbeitslose und Hausangestellte dies im Allgemeinen am wenigsten tun. 73 % der Führungskräfte sind sich einig, dass die EU ihre Kapazitäten zur Herstellung militärischer Ausrüstung ausbauen muss, verglichen mit 59 % der Arbeitslosen und 61 % der Hausangestellten.

Die Analyse zeigt auch, dass je weniger Schwierigkeiten ein Befragter mit der Zahlung von Rechnungen konfrontiert ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass er mit jeder Aussage übereinstimmt. Zum Beispiel, für die Erklärung „Die Mitgliedstaaten sollten besser koordiniert werden“ 70 %, die nie oder fast nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, stimmen zu, verglichen mit 61 % derjenigen, die die meiste Zeit Schwierigkeiten haben.

Die Übereinstimmungsebenen variieren auch je nach subjektiver sozialer Klasse. Die Befragten, die sich für die Oberschicht halten, stimmen mit jeder Aussage eher überein als diejenigen, die sich anderen Klassen angehörten, insbesondere der unteren Mittelschicht oder der Arbeiterklasse. So sollten beispielsweise 74 % derjenigen, die sich der Oberschicht anschließen, mehr Geld für die Verteidigung in der EU ausgeben, verglichen mit 61 % der Befragten, die sich der Arbeiterklasse anschließen.

Schließlich stimmen diejenigen, die ein positives Bild von der EU haben, mit jeder Aussage viel eher überein als diejenigen mit einer negativen Sichtweise. So stimmen beispielsweise 89 % mit positiver Einschätzung darin überein, dass die Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen auf EU-Ebene ausgeweitet werden sollte, verglichen mit 62 % derjenigen mit negativer Einschätzung.

QD3.4-7 Bitte teilen Sie mit, inwieweit Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden oder nicht einverstanden sind. „Zustimmung“ insgesamt (% – EU)

	Die Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen auf EU-Ebene sollte verstärkt werden	Der Kauf militärischer Ausrüstung durch die Mitgliedstaaten sollte besser koordiniert werden	Die EU will ihre Kapazitäten zur Herstellung militärischer Ausrüstung ausbauen	Mehr Geld sollte für die Verteidigung in der EU ausgegeben werden
EU-27	79	77	69	65
<b>Geschlecht</b>				
Mann	81	80	72	69
Frau	78	74	65	61
<b>Alter</b>				
15-24	81	78	69	63
25-39	80	78	67	63
40-54	80	79	70	67
55	78	76	68	64
<b>Bildung (Ende)</b>				
-15	73	70	64	57
16-19	78	76	69	65
20	83	80	71	68
Studieren noch	83	79	66	62
<b>Sozio-professionelle Kategorie</b>				
Selbstständige	82	80	72	69
Führungskräfte	84	82	73	70
Andere weiße Kragen	80	78	69	67
Handwerkliche Mitarbeiter	78	77	70	65
Hauspersonen	72	69	61	57
Arbeitslose	72	68	59	54
Rentner	78	75	68	64
Studenten	83	79	66	62
<b>Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen</b>				
Die meiste Zeit	68	69	61	54
Von Zeit zu Zeit	76	75	67	62
Fast nie/nie	82	79	70	67
<b>Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu</b>				
Die Arbeiterklasse	75	72	65	61
Die untere Mittelschicht	78	76	66	59
Die Mittelschicht	81	80	70	67
Die obere Mittelschicht	85	81	74	70
Die Oberschicht	88	86	81	74
<b>Bild der EU</b>				
Positiv	89	85	78	75
Neutral	77	74	65	61



## 2. Energiesicherheit in der EU

Große Mehrheiten stimmen immer noch mit einer Reihe von energiepolitischen Ausrichtungen der EU überein, wobei sich seit Mai bis Juni 2023 kaum oder gar keine Änderungen ergeben.

Die Befragten wurden gefragt, inwieweit sie einer Reihe potenzieller Richtungen für die EU-Energiepolitik zustimmten oder nicht einverstanden waren.<sup>17</sup> Die Unterstützung bleibt hoch: für jede Aussage stimmen mehr als drei Viertel überein.

Mehr als acht von zehn (83 %, -2 Prozentpunkte seit Mai-Juni 2023) sind sich darin einig, dass die EU massiv in erneuerbare Energien wie Wind- und Solarenergie investieren sollte, wobei fast die Hälfte (47 %, -3 Prozentpunkte) sagt, dass sie „total zustimmen“. Nur mehr als jeder zehnte (12 %, + 1 PP) stimmt nicht zu.

Fast ebenso viele (82 %, keine Änderung) sind sich einig, dass die Erhöhung der Energieeffizienz von Gebäuden, Verkehr und Gütern die EU weniger von Energieerzeugern außerhalb der EU abhängig machen wird, darunter 42 % (+ 1 PP), die „völlig zustimmen“. Im Gegensatz dazu ist etwas mehr als jeder Zehnte (12 %, keine Änderung) nicht einverstanden.

Mehr als acht von zehn (81 %, -1 Prozentpunkte) sind sich auch darin einig, dass die EU ihre Abhängigkeit von russischen Energiequellen so bald wie möglich verringern sollte, darunter fast die Hälfte, die „total einverstanden“ ist (47 %, -1 Prozentpunkte). Etwas mehr als jeder Zehnte (13 %, keine Änderung) stimmt nicht zu.

Etwas mehr als acht von zehn (81 %, keine Änderung) sind sich einig – und 41 % (keine Änderung) „total zustimmen“, dass die Verringerung der Importe von Öl und Gas und Investitionen in erneuerbare Energien wichtig für unsere allgemeine Sicherheit ist. Etwas mehr als jeder zehnte ist nicht einverstanden (13 %, keine Änderung).

Acht von zehn (80 %, keine Änderung) stimmen darin überein, dass die EU-Mitgliedstaaten gemeinsam Energie aus anderen Ländern kaufen sollten, um einen besseren Preis zu erzielen, darunter 40 % (+ 1 PP), die „völlig zustimmen“. Mehr als jeder zehnte (13 %, -1 pp) stimmt nicht zu.

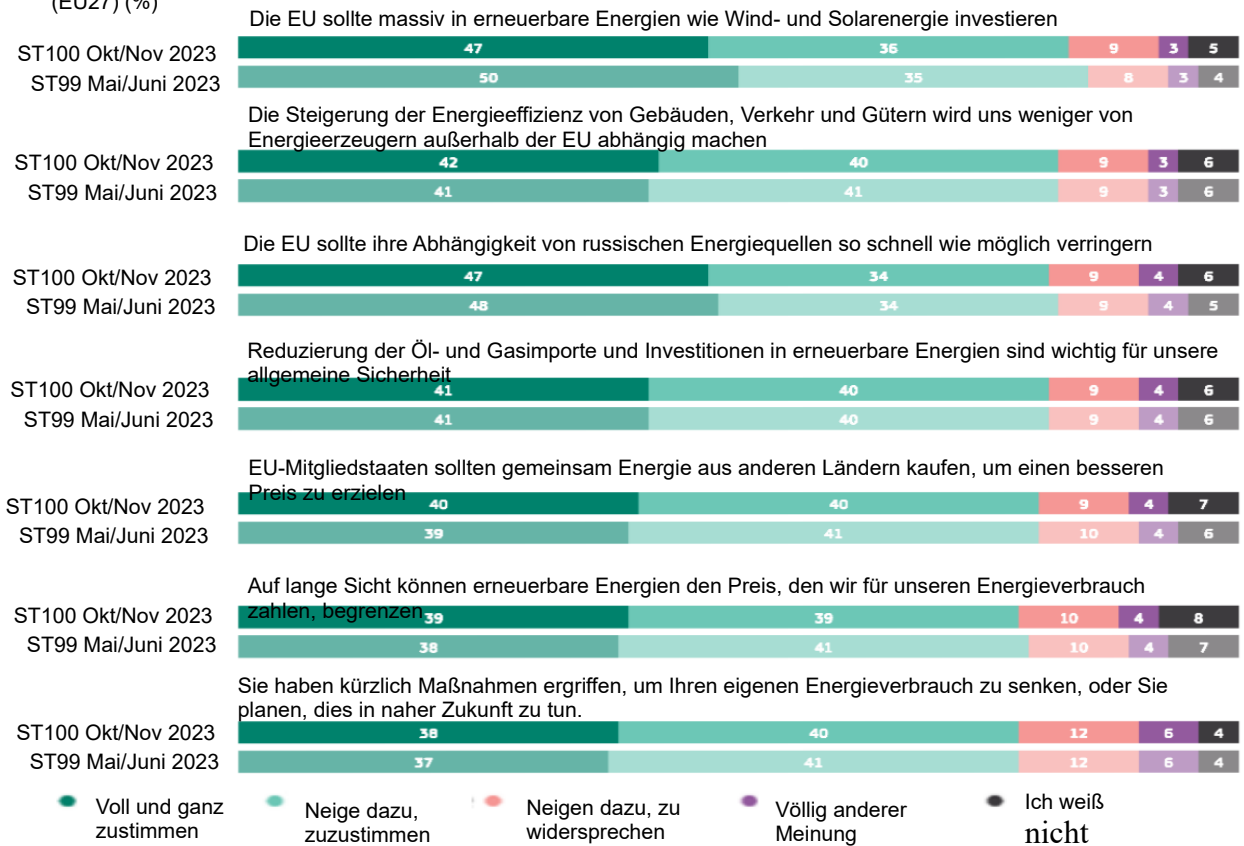
Fast acht von zehn Befragten (78 %, -1 Prozentpunkte) stimmen zu, dass erneuerbare Energien langfristig den Preis, den sie für ihren Energieverbrauch zahlen, begrenzen können, darunter 39 % (+ 1 PP), die „total zustimmen“. Mehr als jeder Zehnte (14 %, keine Änderung) stimmt dieser Aussage nicht zu.

Schließlich haben mehr als drei Viertel der Befragten kürzlich Maßnahmen ergriffen, um ihren eigenen Energieverbrauch zu senken, oder planen, dies in naher Zukunft zu tun (78 %, keine Änderung), wobei 38 % (+ 1 S.) sagen, dass sie dieser Aussage „völlig zustimmen“. Im Gegensatz dazu gibt fast jeder Fünfte (18 %, keine Änderung) an, dass sie nicht einverstanden sind.

---

17 QD3. Bitte teilen Sie mit, in welchem Umfang Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden sind oder nicht. 3.8 Die EU sollte ihre Abhängigkeit von russischen Energiequellen so bald wie möglich verringern; 3.9 Die EU sollte massiv in erneuerbare Energien wie Wind- und Solarenergie investieren; 3.10 Auf lange Sicht können erneuerbare Energien den Preis, den wir für unseren Energieverbrauch zahlen, begrenzen; 3.11 Die Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden, Verkehr und Gütern wird uns weniger von Energieerzeugern außerhalb der EU abhängig machen; 3.12 Die Verringerung der Öl- und Gaseinfuhren und Investitionen in erneuerbare Energien sind wichtig für unsere Gesamtverbriefung; 3.13 Die EU-Mitgliedstaaten sollten gemeinsam Energie aus anderen Ländern kaufen, um einen besseren Preis zu erzielen; 3.14 Sie haben kürzlich Maßnahmen ergriffen, um Ihren eigenen Energieverbrauch zu senken, oder Sie planen, dies in naher Zukunft zu tun.

QD3. Bitte teilen Sie mit, in welchem Umfang Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden sind oder nicht. (EU27) (%)

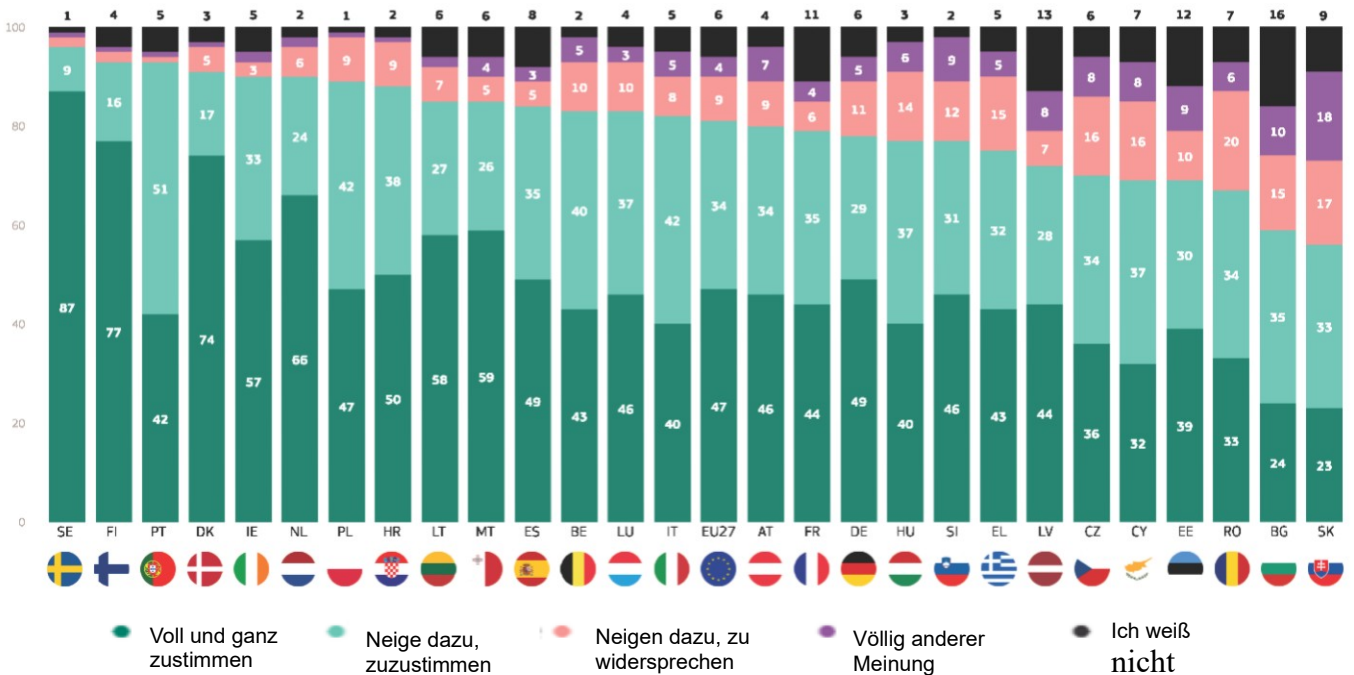




Eine Mehrheit der Befragten in jedem EU-Mitgliedstaat stimmt zu, dass die EU ihre Abhängigkeit von russischen Energiequellen so bald wie möglich verringern sollte, und in 22 Mitgliedstaaten sind mindestens sieben von zehn der Meinung. Die höchsten Vereinbarungen sind in Schweden (96 %) und Portugal und Finnland (je 91 %) zu verzeichnen, während 56 % in der Slowakei, 59 % in Bulgarien und 67 % in Rumänien der Meinung sind.

In sieben Ländern stimmt mindestens die Hälfte aller Befragten „total“ zu, wobei die höchsten Werte in Schweden (87 %), Finnland (77 %) und Dänemark (74 %) zu verzeichnen sind. Dagegen sind 23 % in der Slowakei, 24 % in Bulgarien und 32 % in Zypern „total einverstanden“.

QD3.8. Bitte teilen Sie mit, in welchem Umfang Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden sind oder nicht. Die EU sollte ihre Abhängigkeit von russischen Energiequellen so schnell wie möglich verringern (%)



In 19 EU-Mitgliedstaaten sind die Befragten nun weniger wahrscheinlich, dass die EU ihre Abhängigkeit von russischen Energiequellen so bald wie möglich verringern sollte, wobei die größten Rückgänge in Ungarn (77 %, -6 Prozentpunkte), Luxemburg (83 %, -5 Prozentpunkte) und Lettland (72 %, -5 Prozentpunkte) zu verzeichnen sind.

Im Gegensatz dazu ist die Vereinbarung in drei Ländern einschließlich Österreich (80 %, + 6 Prozentpunkte) gestiegen und ist in Spanien, Polen, Rumänien, Finnland und Schweden unverändert geblieben.

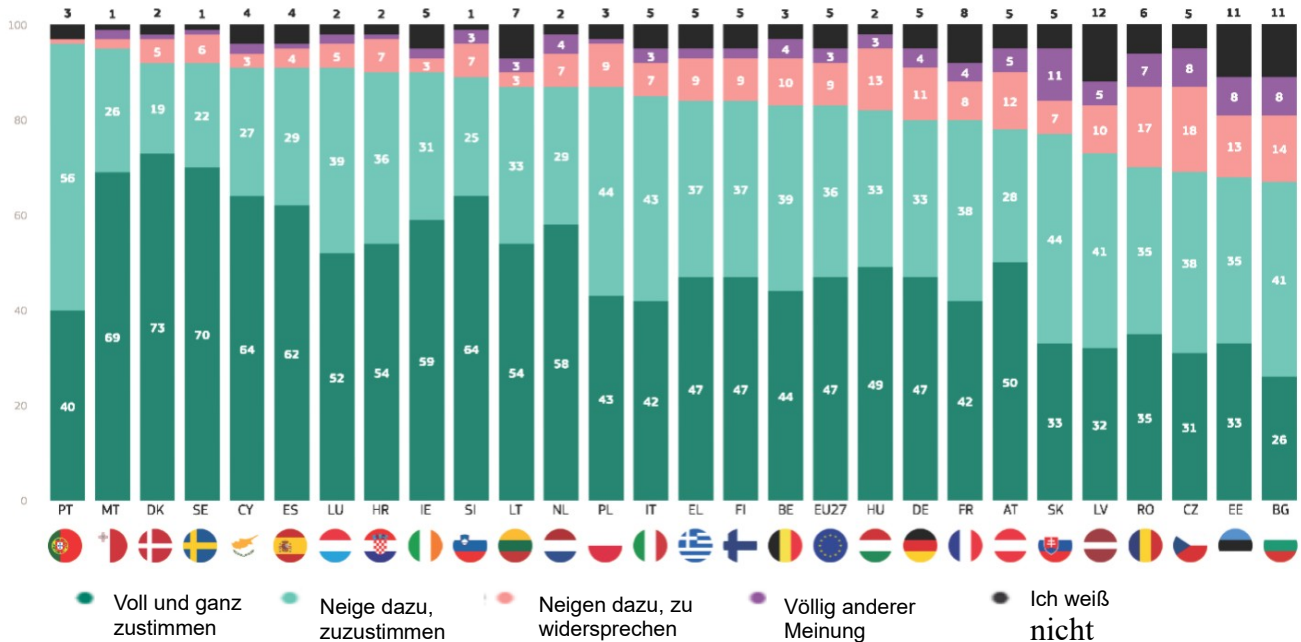
QD3.8 Bitte teilen Sie mit, inwieweit Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden oder nicht einverstanden sind. Die EU sollte ihre Abhängigkeit von russischen Energiequellen so bald wie möglich verringern (%)

		EU-27	SE	FI	PT	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BEI	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE	
Gesamt „Zustimmung“	Okt/Nov 2023	81	83	59	70	91	78	69	90	75	84	79	88	82	69	72	85	83	77	85	90	80	89	93	67	77	56	93	96
	Mai/Juni 2023	-1	-1	-3	-7	-2	-2	-1	-1	-1	0	2	-3	-1	2	-5	-4	-5	-6	-3	-4	6	0	-2	0	-1	-1	0	0
Insgesamt „nicht einverstanden“	Okt/Nov 2023	13	15	25	24	6	16	19	5	20	8	10	10	13	24	15	9	13	20	9	8	16	10	2	26	21	35	3	3
	Mai/Juni 2023	0	1	1	6	1	0	-1	1	1	0	-2	2	0	2	1	2	3	5	1	3	-7	0	2	-3	2	0	0	-1
Ich weiß nicht	Okt/Nov 2023	6	2	16	6	3	6	12	5	5	8	11	2	5	7	13	6	4	3	6	2	4	1	5	7	2	9	4	1
	Mai/Juni 2023	1	0	2	1	1	2	2	0	0	0	0	1	1	-4	4	2	2	1	2	1	1	0	0	3	-1	1	0	1

Mehr als zwei Drittel der Befragten in jedem Mitgliedstaat sind sich darin einig, dass die EU massiv in erneuerbare Energien wie Wind- und Solarenergie investieren sollte. Die Anteile reichen von 96 % in Portugal, 95 % in Malta und 92 % in Dänemark und Schweden bis 67 % in Bulgarien, 68 % in Estland und 69 % in Tschechien.

In 12 Ländern stimmt mindestens die Hälfte „total“ zu, mit den größten Anteilen in Dänemark (73 %), Schweden (70 %) und Malta (69 %). Am anderen Ende der Skala sind 26 % in Bulgarien, 31 % in Tschechien und 32 % in Lettland „total einverstanden“.

QD3.9. Bitte teilen Sie mit, in welchem Umfang Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden sind oder nicht. Die EU sollte massiv in erneuerbare Energien wie Wind- und Solarenergie investieren (%)



Seit Mai bis Juni 2023 ist das Abkommen in 17 EU-Mitgliedstaaten zurückgegangen, wobei der größte in den Niederlanden (87 %, -5 Prozentpunkte), Finnland (84 %, -5 Prozentpunkte), Ungarn (82 %, -5 Prozentpunkte) und Bulgarien (67 %, -5 Prozentpunkte) zu verzeichnen ist.

Das Abkommen hat in acht Ländern zugenommen, wobei der größte in Slowenien (89 %, +4 Prozentpunkte) zu verzeichnen ist und in Kroatien und Luxemburg unverändert geblieben ist.

QD3.9 Bitte teilen Sie mit, inwieweit Sie mit den folgenden Aussagen einverstanden sind oder nicht einverstanden sind. Die EU sollte massiv in erneuerbare Energien wie Wind- und Solarenergie investieren (%)

		EU-27	SEI N	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	PE RS ON ALA BTE ILU NG	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BEI	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Gesamt „Zustimmung“	Okt/Nov 2023	83	83	67	69	92	80	68	90	84	91	80	90	85	91	73	87	91	82	95	87	78	87	96	70	89	77	84	92
	Mai/ Juni 2023	-2	-1	-5	-4	-2	-4	-3	-4	-4	2	-1	0	1	1	-4	-4	0	-5	-2	-5	3	-2	1	-1	4	2	-5	2
Insgesamt „nicht einverstanden“	Okt/Nov 2023	12	14	22	26	6	15	21	5	11	5	12	8	10	5	15	6	7	16	4	11	17	10	1	24	10	18	11	7
	Mai/ Juni 2023	1	-1	4	4	2	2	4	2	2	0	1	-1	-2	1	0	1	0	4	3	4	-3	1	1	0	-3	0	5	-2
Ich weiß nicht	Okt/Nov 2023	5	3	11	5	2	5	11	5	5	4	8	2	5	4	12	7	2	2	1	2	5	3	3	6	1	5	5	1
	Mai/ Juni 2023	1	2	1	0	0	2	-1	2	2	-2	0	1	1	-2	4	3	0	1	-1	1	0	1	-2	1	-1	-2	0	0

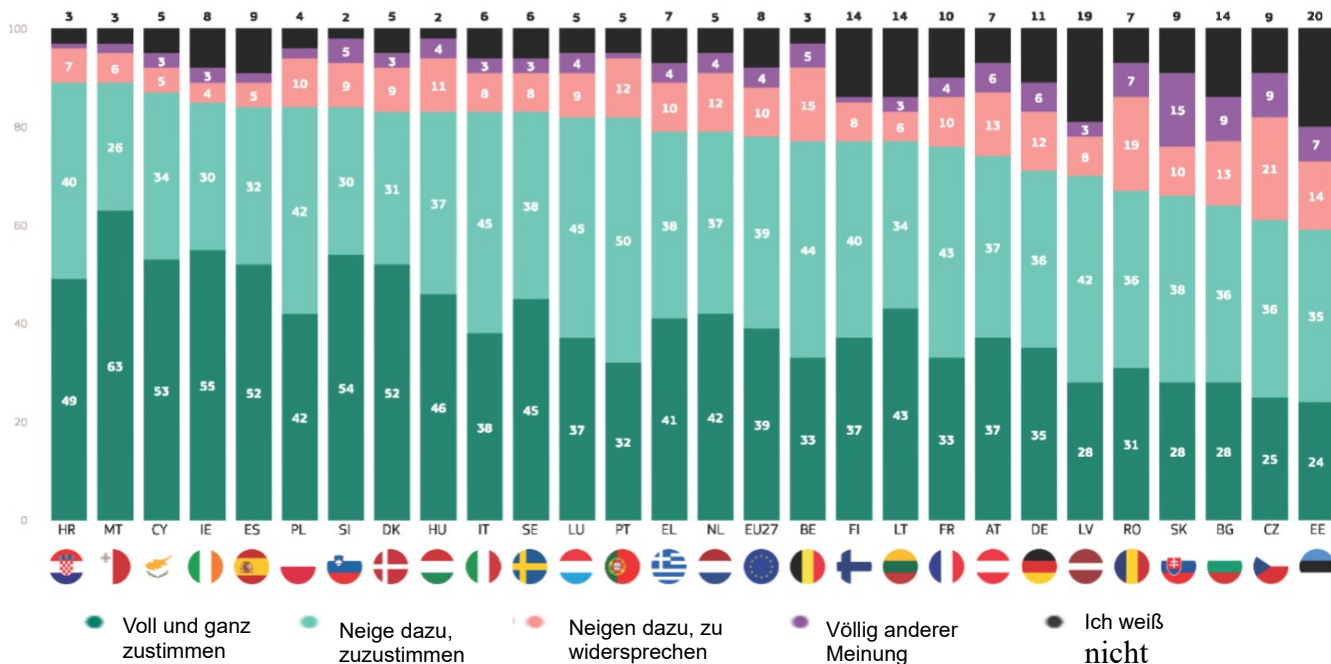
Die Mehrheit der Befragten in jedem Land ist sich einig, dass erneuerbare Energien langfristig den Preis, den wir für unseren Energieverbrauch zahlen, begrenzen können. Diese Ansicht ist bei den Befragten in Kroatien und Malta (jeweils 89 %) und Zypern (87 %) am weitesten verbreitet, in Estland jedoch auch 61 % in Tschechien und 64 % in Bulgarien.

Es gibt sechs Länder, in denen mindestens die Hälfte aller Befragten „vollständig“ mit dieser Aussage einverstanden ist: Malta (63 %), Irland (55 %), Slowenien (54 %), Zypern (53 %) und Spanien und Dänemark (je 52 %).

Dagegen stimmen in Estland 24 %, in Tschechien 25 % und in Bulgarien, der Slowakei und Lettland 28 % zu.

Es ist erwähnenswert, dass jeder fünfte Befragte in Estland (20 %) sagt, dass er es nicht weiß.

QD3.10. Bitte teilen Sie mit, inwieweit Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden oder nicht einverstanden sind: In der langen mn, Erneuerbare Energien können den Preis, den wir für unseren Energieverbrauch zahlen (%) begrenzen.



In 19 Ländern ist vereinbart, dass erneuerbare Energien langfristig den Preis, den wir für unseren Energieverbrauch zahlen, seit Mai bis Juni 2023 begrenzen können, und dies gilt insbesondere in Malta (89 %, -7 Prozentpunkte), Portugal (82 %, -7 PP), Litauen (77 %, -7 PP) und Tschechien (61 %, -7 Prozentpunkte).

Im Gegensatz dazu ist die Vereinbarung in vier Ländern einschließlich Österreich (74 %, + 5 Prozentpunkte) gestiegen und ist in Griechenland, Spanien, Frankreich und Italien unverändert geblieben.

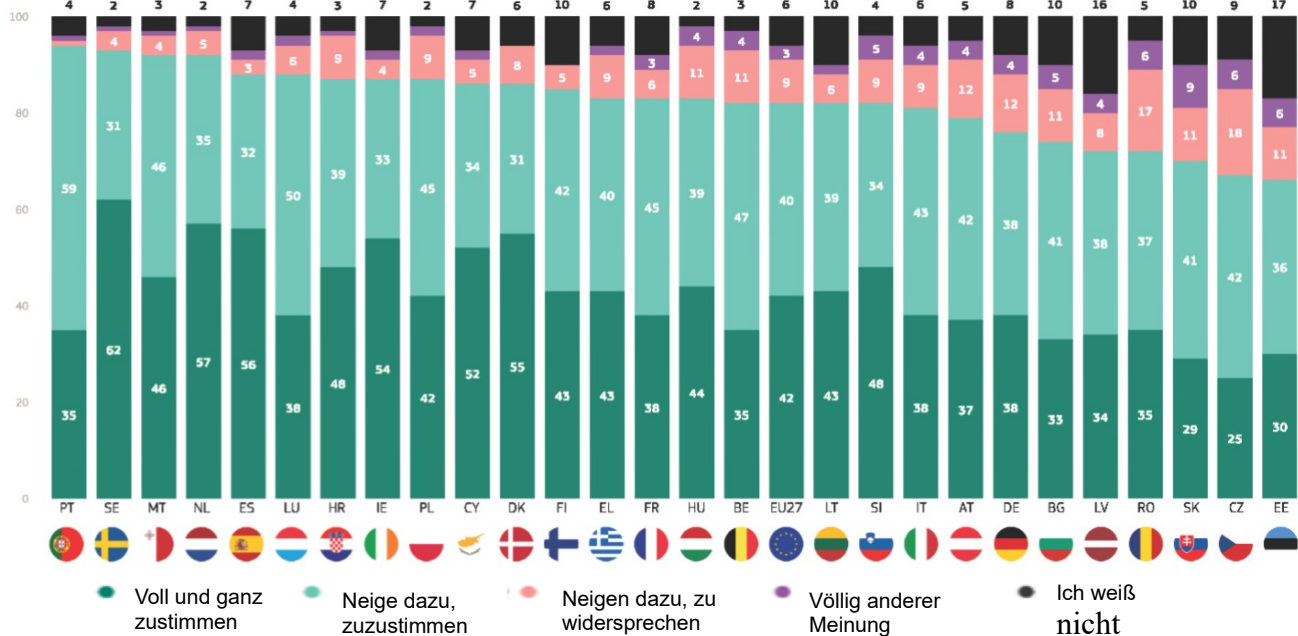
QD3.10 Bitte teilen Sie mit, inwieweit Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden oder nicht einverstanden sind. Auf lange Sicht können erneuerbare Energien den Preis, den wir für unseren Energieverbrauch zahlen, begrenzen (%)

		EU-27	SEI N	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	PE RS ON ALA BTE ILU NG	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BEI	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Gesamt „Zustimmung“	Okt/Nov 2023	78	77	64	61	83	71	59	85	79	84	76	89	83	87	70	77	82	83	89	79	74	84	82	67	84	66	77	83
	Mai/Juni 2023	-1	-2	-4	-7	-4	-3	-3	-2	0	0	0	-2	0	-1	-2	-7	-1	-1	-7	-6	5	-2	-7	-2	4	1	-3	1
Insgesamt „nicht einverstanden“	Okt/Nov 2023	14	20	22	30	12	18	21	7	14	7	14	8	11	8	11	9	13	15	8	16	19	12	13	26	14	25	9	11
	Mai/Juni 2023	0	3	4	5	5	0	2	1	-2	-1	0	0	-1	3	-2	3	1	1	6	5	-4	1	9	0	-3	-1	2	2
Ich weiß nicht	Okt/Nov 2023	8	3	14	9	5	11	20	8	7	9	10	3	6	5	19	14	5	2	3	5	7	4	5	7	2	9	14	6
	Mai/Juni 2023	1	-1	0	2	-1	3	1	1	2	1	0	2	1	-2	4	4	0	0	1	1	-1	1	-2	2	-1	0	1	-3

In jedem EU-Mitgliedstaat sind sich mindestens zwei Drittel der Befragten darin einig, dass die Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden, Transporten und Gütern uns weniger abhängig von Energieerzeugern außerhalb der EU machen wird. Die Abkommen reichen von 94 % in Portugal, 93 % in Schweden und 92 % in Malta und den Niederlanden, die zustimmen, 66 % in Estland, 67 % in Tschechien und 70 % in der Slowakei.

Es gibt sechs Länder, in denen mindestens die Hälfte „total einverstanden“ ist: Schweden (62 %), die Niederlande (57 %), Spanien (56 %), Dänemark (55 %), Irland (54 %) und Zypern (52 %). Dies entspricht 25 % in Tschechien, 29 % in der Slowakei und 30 % in Estland, die ebenfalls „total zustimmen“.

QD3.11. Bitte teilen Sie mit, in welchem Umfang Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden sind oder nicht. Die zunehmende Energieeffizienz von Gebäuden, Verkehr und Gütern wird uns weniger abhängig von Energieerzeugern außerhalb der EU machen (%)



Die Einigung, dass die Erhöhung der Energieeffizienz von Gebäuden, Verkehr und Gütern uns weniger abhängig von Energieerzeugern außerhalb der EU machen wird, ist in 16 Ländern seit Mai bis Juni 2023 zurückgegangen, wobei der größte Anteil in Tschechien (67 %, -7 Prozentpunkte), Estland (66 %, -6 Prozentpunkte) und Irland (87 %, -5 Prozentpunkte) und Litauen (82 %, -5 Prozentpunkte) zu verzeichnen ist.

Im Gegensatz dazu stieg die Vereinbarung in acht Ländern einschließlich Österreich (79 %, + 5 Prozentpunkte) und blieb in Spanien, Luxemburg und Slowenien stabil.

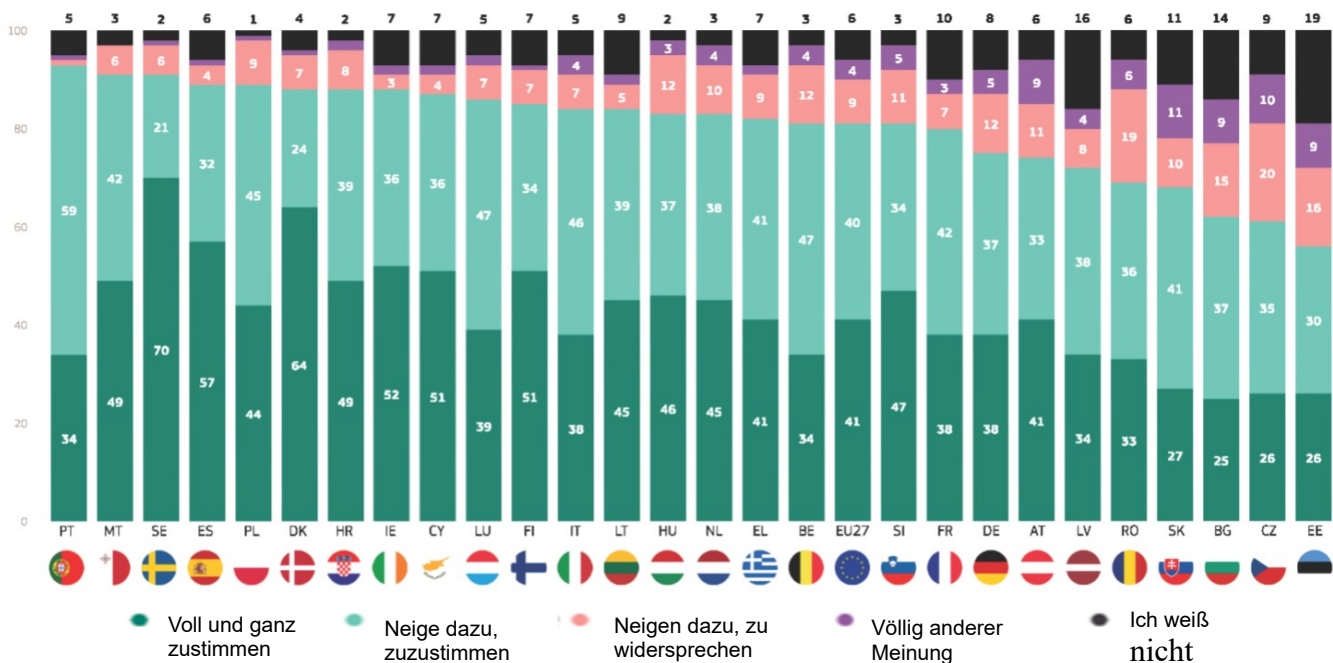
QD3.11 Bitte teilen Sie mit, inwieweit Sie mit den folgenden Aussagen einverstanden oder nicht einverstanden sind. Die Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden, Verkehr und Gütern wird uns weniger abhängig von Energieerzeugern außerhalb der EU machen (%)

		EU-27	SEI N	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	PE RS ON ALA BTE ILU NG	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BEI	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Gesamt „Zustimmung“	Okt/Nov 2023	82	82	74	67	86	76	66	87	83	88	83	87	81	86	72	82	88	83	92	92	79	87	94	72	82	70	85	93
	Mai/Juni 2023	0	-4	-3	-7	-2	2	-6	-5	-4	0	2	-4	-2	3	-4	-5	0	-3	-2	-1	5	-2	1	1	0	-3	1	2
Insgesamt „nicht einverstanden“	Okt/Nov 2023	12	15	16	24	8	16	17	6	11	5	9	10	13	7	12	8	8	15	5	6	16	11	2	23	14	20	5	5
	Mai/Juni 2023	0	3	3	6	1	-3	1	2	3	0	1	2	1	-1	0	1	0	3	2	0	-4	3	1	-2	0	-1	-1	0
Ich weiß nicht	Okt/Nov 2023	6	3	10	9	6	8	17	7	6	7	8	3	6	7	16	10	4	2	3	2	5	2	4	5	4	10	10	2
	Mai/Juni 2023	0	1	0	1	1	1	5	3	1	0	-3	2	1	-2	4	4	0	0	0	1	-1	-1	-2	1	0	4	0	-2

Mehr als die Hälfte aller Befragten in jedem Mitgliedstaat sind sich darin einig, dass die Verringerung der Öl- und Gaseinfuhren und Investitionen in erneuerbare Energien für unsere allgemeine Sicherheit von Bedeutung sind, wobei die höchsten Werte bei den Befragten in Portugal (93 %), Malta und Schweden (je 91 %) zu verzeichnen sind. Dies entspricht 56 % in Estland, 61 % in Tschechien und 62 % in Bulgarien, die das gleiche denken.

Die Befragten in Schweden (70 %) und Dänemark (64 %) sagen häufiger als in anderen Ländern, dass sie „total zustimmen“, insbesondere im Vergleich zu Bulgarien (25 %) und Estland und Tschechien (je 26 %).

QD3.12. Bitte teilen Sie mit, in welchem Umfang Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden sind oder nicht. —Die Reduzierung von Öl- und Gasimporten und Investitionen in erneuerbare Energien sind wichtig für unsere allgemeine Sicherheit (9/0)



Meinungsänderungen seit Mai bis Juni 2023 sind im Allgemeinen geringfügig. In 15 Ländern stimmen die Befragten nun weniger zu, obwohl die Rückgänge gering sind, wobei der größte Rückgang in Kroatien (88 %, -4 Prozentpunkte), Litauen (84 %, -4 Prozentpunkte), Tschechien (61 %, -4 Prozentpunkte) und Estland (56 %, -4 Prozentpunkte) zu verzeichnen ist.

Im Gegensatz dazu gibt es acht Länder, darunter die Slowakei (68 %, +6 Prozentpunkte) und Rumänien (69 %, +5 Prozentpunkte), in denen das Abkommen zugenommen hat. In Portugal, Polen, Italien und Frankreich gab es keine Meinungsänderung.

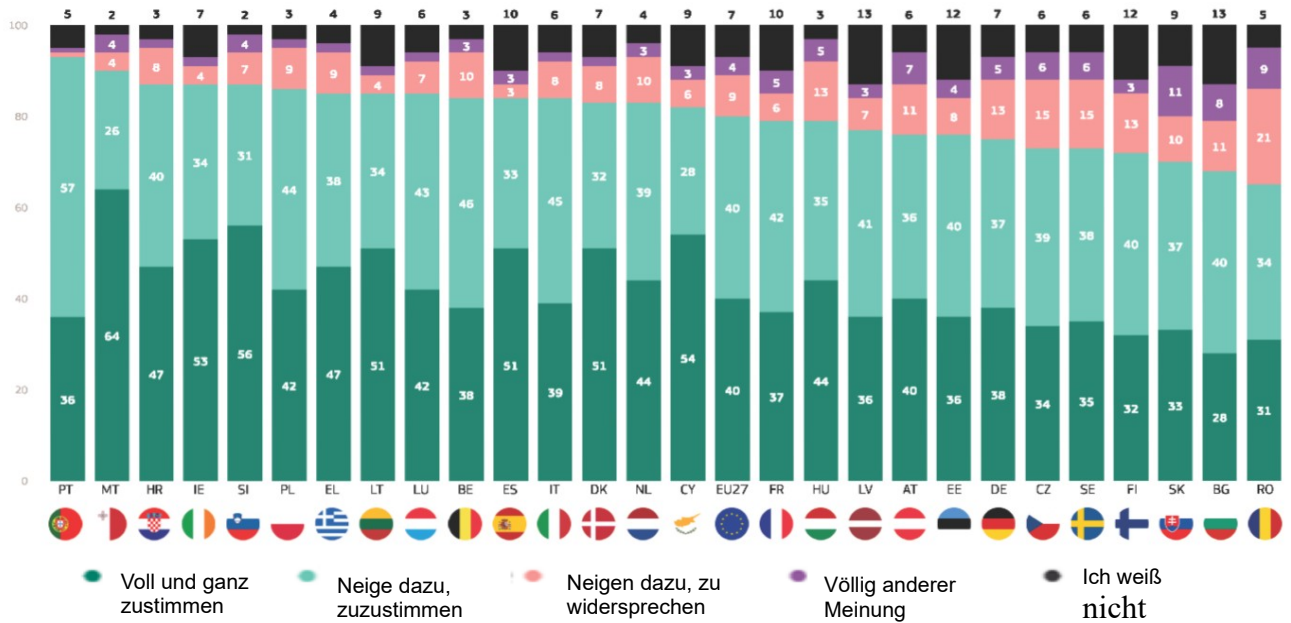
QD3.12 Bitte teilen Sie mit, inwieweit Sie mit den folgenden Aussagen einverstanden sind oder nicht einverstanden sind. Reduzierung der Öl- und Gasimporte und Investitionen in erneuerbare Energien sind wichtig für unsere allgemeine Sicherheit (%)

		EU-27	SEI N	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	PE RS ON ALA BTE ILU NG	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BEI	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Gesamt „Zustimmung“	Okt/Nov 2023	81	81	62	61	88	75	56	88	82	89	80	88	84	87	72	84	86	83	91	83	74	89	93	69	81	68	85	91
	Mai/Juni 2023	0	-1	-1	-4	-1	-2	-4	-2	-1	4	0	-4	0	2	-2	-4	1	-1	-3	-2	2	0	0	5	3	6	1	-2
Insgesamt „nicht einverstanden“	Okt/Nov 2023	13	16	24	30	8	17	25	5	11	5	10	10	11	6	12	7	9	15	6	14	20	10	2	25	16	21	8	7
	Mai/Juni 2023	0	1	3	3	0	-1	0	0	-1	-2	2	3	-1	0	0	2	-1	1	2	2	-3	1	1	-6	-2	-6	1	1
Ich weiß nicht	Okt/Nov 2023	6	3	14	9	4	8	19	7	7	6	10	2	5	7	16	9	5	2	3	3	6	1	5	6	3	11	7	2
	Mai/Juni 2023	0	0	-2	1	1	3	4	2	2	-2	-2	1	1	-2	2	2	0	0	1	0	1	-1	-1	1	-1	0	-2	1

Mehr als sechs von zehn Befragten in jedem Land sind sich einig, dass die EU-Mitgliedstaaten gemeinsam Energie aus anderen Ländern kaufen sollten, um einen besseren Preis zu erzielen. Die Vereinbarungen reichen von 93 % der Befragten in Portugal, 90 % in Malta und 87 % in Irland, Kroatien und Slowenien bis 65 % in Rumänien, 68 % in Bulgarien und 70 % in der Slowakei.

Die Befragten in Malta (64 %) sagen viel häufiger als in anderen Ländern, dass sie „völlig zustimmen“, insbesondere im Vergleich zu denen in Bulgarien (28 %)–

QD3.13. Bitte teilen Sie mit, in welchem Umfang Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden sind oder nicht. EU-Mitgliedstaaten sollten gemeinsam Energie aus anderen Ländern kaufen, um einen besseren Preis zu erzielen (%)



Auf nationaler Ebene sind die Meinungsveränderungen seit Mai bis Juni 2023 im Allgemeinen gering. Das Abkommen ist in 13 Ländern zurückgegangen, wobei die größten in Malta (90 %, -5 Prozentpunkte) und Rumänien (65 %, -5 Prozentpunkte) zu verzeichnen sind.

Im Gegensatz dazu gibt es acht Länder, in denen die Einigung zugenommen hat, wobei die größten in Slowenien zu verzeichnen sind (87 %, + 4 Prozentpunkte). In Tschechien, Estland, Frankreich, Kroatien, Ungarn und Portugal bleibt die Stellungnahme unverändert.

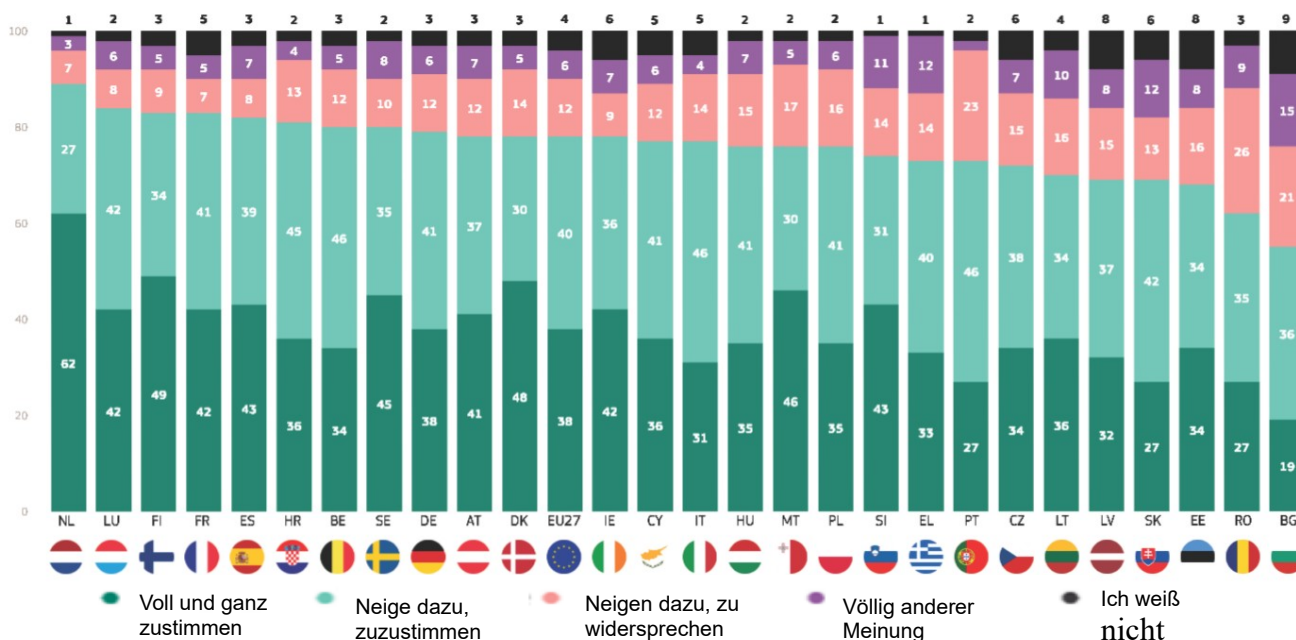
QD3.13 Bitte teilen Sie mit, inwieweit Sie mit den folgenden Aussagen einverstanden oder nicht einverstanden sind. EU-Mitgliedstaaten sollten gemeinsam Energie aus anderen Ländern kaufen, um einen besseren Preis zu erzielen (%)

		EU-27	SEI N	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	ALA BTE ILU NG	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BEI	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Gesamt „Zustimmung“	Okt/Nov 2023	80	84	68	73	83	75	76	87	85	84	79	87	84	82	77	85	85	79	90	83	76	86	93	65	87	70	72	73
	Mai/Juni 2023	0	1	2	0	-2	-1	0	-3	-2	2	0	0	-1	-3	-2	-2	-2	0	-5	-2	3	1	0	-5	4	3	3	-2
Insgesamt „nicht einverstanden“	Okt/Nov 2023	13	13	19	21	10	18	12	6	11	6	11	10	10	9	10	6	9	18	8	13	18	11	2	30	11	21	16	21
	Mai/Juni 2023	-1	-2	0	2	-1	0	-1	2	1	-2	0	-1	-1	4	0	-1	0	-1	5	1	-4	0	1	5	-2	-3	-2	4
Ich weiß nicht	Okt/Nov 2023	7	3	13	6	7	7	12	7	4	10	10	3	6	9	13	9	6	3	2	4	6	3	5	5	2	9	12	6
	Mai/Juni 2023	1	1	-2	-2	3	1	1	1	1	0	0	1	2	-1	2	3	2	1	0	1	1	-1	-1	0	-2	0	-1	-2

Die Mehrheit der Befragten in jedem EU-Mitgliedstaat gibt an, dass sie kürzlich Maßnahmen ergriffen haben, um ihren eigenen Energieverbrauch zu senken, oder planen, dies in naher Zukunft zu tun. Das Abkommen ist am weitesten verbreitet in den Niederlanden (89 %), Luxemburg (84 %) und Frankreich und Finnland (beide 83 %), aber auch 55 % in Bulgarien, 62 % in Rumänien und 68 % in Estland stimmen zu.

Die Befragten in den Niederlanden (62 %) sagen viel wahrscheinlicher als in anderen Ländern, dass sie dieser Aussage „völlig zustimmen“, und dies ist insbesondere der Fall, wenn sie mit denen verglichen werden<sup>1</sup> Bulgarien (19 %)–

QD3.14. Bitte teilen Sie mit, in welchem Umfang Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden sind oder nicht. Sie haben kürzlich Maßnahmen ergriffen, um Ihren eigenen Energieverbrauch zu senken, oder Sie planen, dies in naher Zukunft zu tun (%)



Die nationalen Trends sind gemischt. Im Vergleich zum Mai-Juni 2023 gibt es 12 Länder, in denen die Befragten heute weniger wahrscheinlich zustimmen, und der Rückgang der Einigung ist in Malta (76 %, -17 Prozentpunkte) viel größer als in anderen Ländern, wobei der nächstgrößte in Polen (76 %, -7 Prozentpunkte) und Litauen (70 %, -7 Prozentpunkte) zu verzeichnen ist.

Im Gegensatz dazu ist die Vereinbarung in 12 Ländern einschließlich Österreich gestiegen (78 %, + 5 Prozentpunkte). In Finnland, Portugal oder Luxemburg gab es keine Meinungsänderung.

QD3.14 Bitte teilen Sie mit, inwieweit Sie mit den folgenden Aussagen einverstanden oder nicht einverstanden sind. Sie haben kürzlich Maßnahmen ergriffen, um Ihren eigenen Energieverbrauch zu senken, oder Sie planen, dies in naher Zukunft zu tun (%)

		EU-27	SEI N	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	PE RS ON ALA BTE ILU NG	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BEI	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Gesamt „Zustimmung“	Okt/Nov 2023	78	80	55	72	78	79	68	78	73	82	83	81	77	77	69	70	84	76	76	89	78	76	73	62	74	69	83	80
	Mai/Juni 2023	0	-1	-1	-1	-6	2	1	-6	3	1	2	-6	-1	4	2	-7	0	1	-17	-1	5	-7	0	-4	1	1	0	1
Insgesamt „nicht einverstanden“	Okt/Nov 2023	18	17	36	22	19	18	24	16	26	15	12	17	18	18	23	26	14	22	22	10	19	22	25	35	25	25	14	18
	Mai/Juni 2023	0	0	2	1	5	-2	-2	5	-3	1	-1	6	0	-1	-2	6	0	-1	16	1	-5	7	1	3	2	0	2	-1
Ich weiß nicht	Okt/Nov 2023	4	3	9	6	3	3	8	6	1	3	5	2	5	5	8	4	2	2	2	1	3	2	2	3	1	6	3	2
	Mai/Juni 2023	0	1	-1	0	1	0	1	1	0	-2	-1	0	1	-3	0	1	0	0	1	0	0	0	0	-1	1	-3	-1	-2

Angesichts der starken Unterstützung für jede Aussage ist es vielleicht nicht verwunderlich, dass die soziodemografische Analyse ein hohes Maß an Übereinstimmung zwischen allen soziodemografischen Gruppen veranschaulicht. Es gibt keinen nennenswerten Meinungsunterschied zwischen Männern und Frauen und wenig Unterschiede zwischen den Altersgruppen, obwohl diejenigen im Alter von 15 bis 24 Jahren (71 %) weniger wahrscheinlich als ältere Altersgruppen sagen, dass sie kürzlich Maßnahmen ergriffen haben, um ihren eigenen Energieverbrauch zu senken oder dies in naher Zukunft zu tun.

Es gibt jedoch einige interessante Trends in den Ergebnissen. Je länger ein Befragter in der Ausbildung blieb, desto wahrscheinlicher ist es, dass er mit jeder Aussage übereinstimmt. So sollten 86 %, die eine Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter abgeschlossen haben, der EU zustimmen, ihre Abhängigkeit von russischen Energiequellen so bald wie möglich zu verringern, verglichen mit 76 %, die im Alter von 15 Jahren oder jünger abgeschlossen sind. Die Betrachtung sozio-beruflicher Kategorien zeigt, dass Führungskräfte und Selbstständige konsequent zu den wahrscheinlichsten gehören, während Arbeitslose und Hausangestellte dies konsequent am wenigsten tun.

Auch die finanzielle Situation beeinflusst die Meinung. Je weniger Schwierigkeiten ein Befragter Rechnungen bezahlt, desto wahrscheinlicher ist es, dass er mit jeder Aussage übereinstimmt. Zum Beispiel sind 83 % derjenigen, die nie oder fast nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, sich darauf einig, dass die Reduzierung der Öl- und Gasimporte und Investitionen in erneuerbare Energien für unsere allgemeine Sicherheit wichtig sind, verglichen mit 73 %, die die meiste Zeit Schwierigkeiten haben.

Es gibt nur wenige konsistente Variationen, die auf der sozialen Klasse basieren, obwohl je höher die Klasse, der ein Befragter sagt, er oder sie angehört, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie zustimmen, dass die EU ihre Abhängigkeit von russischen Energiequellen so schnell wie möglich verringern sollte: 91 % der Befragten, die sich der Oberschicht anschließen, fühlen sich so, verglichen mit 76 %, die sich der Arbeiterklasse anschließen.

Schließlich hat auch das Image der EU Einfluss. Die Befragten, die ein positives Bild von der EU haben, stimmen mit größerer Wahrscheinlichkeit mit jeder Aussage überein als diejenigen, die ein negatives Image haben. 90 % derjenigen mit einem positiven Image der EU sind sich beispielsweise darin einig, dass die EU ihre Abhängigkeit von russischen Energiequellen so bald wie möglich verringern sollte, verglichen mit 66 % derjenigen mit negativem Image.



QD3 Bitte teilen Sie mit, inwieweit Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden oder nicht einverstanden sind. „Zustimmung“ insgesamt (% – EU)

	Die EU sollte massiv in erneuerbare Energien wie Wind- und Solarenergie investieren.	Die Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden, Verkehr und Gütern wird uns weniger von Energieerzeugern außerhalb der EU abhängig machen	Die EU sollte ihre Abhängigkeit von russischen Energiequellen so schnell wie möglich verringern	Reduzierung der Öl- und Gasimporte und Investitionen in erneuerbare Energien sind wichtig für unsere allgemeine Sicherheit	EU-Mitgliedstaaten sollten gemeinsam Energie aus anderen Ländern kaufen, um einen besseren Preis zu erhalten	Auf lange Sicht können erneuerbare Energien den Preis, den wir für unseren Energieverbrauch zahlen, begrenzen	Sie haben kürzlich Maßnahmen ergriffen, um Ihren eigenen Energieverbrauch zu senken, oder Sie planen, dies in naher Zukunft zu tun.
EU-27	83	82	81	81	80	78	78
<b>Geschlecht</b>							
Mann	83	83	82	81	81	78	78
Frau	83	81	80	80	79	77	78
<b>Alter</b>							
15-24	86	85	80	81	78	80	71
25-39	84	83	82	81	79	78	79
40-54	82	81	82	80	81	78	80
55	83	81	80	81	80	77	78
<b>Bildung (Ende)</b>							
-15	80	76	76	77	78	73	71
16-19	81	80	79	79	79	76	78
20	86	86	86	85	82	81	83
Studieren noch	89	86	82	84	79	82	76
<b>Sozio-professionelle Kategorie</b>							
Selbstständige	88	87	85	86	82	80	83
Führungskräfte	86	85	86	85	82	82	85
Andere weiße Kragen	84	82	81	82	80	79	78
Handwerkliche Mitarbeiter	81	81	80	80	78	77	77
Hauspersonen	77	75	75	74	76	73	73
Arbeitslose	77	76	73	73	75	69	70
Rentner	82	80	80	80	80	76	77
Studenten	89	86	82	84	79	82	76
<b>Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen</b>							
Die meiste Zeit	76	76	73	73	74	67	72
Von Zeit zu Zeit	80	78	78	78	77	76	73
Fast nie/nie	86	85	84	83	82	80	81
<b>Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu</b>							
Die Arbeiterklasse	80	78	76	77	76	72	72
Die untere Mittelschicht	82	80	80	80	81	76	78
Die Mittelschicht	85	83	83	83	82	81	80
Die obere Mittelschicht	86	86	87	84	80	80	84
Die Oberschicht	88	88	91	86	87	84	83
<b>Bild der EU</b>							
Positiv	92	90	90	90	87	87	84
Neutral	80	78	78	78	78	74	75
Negativ	69	71	66	67	67	63	72



**Schlußfolgerung**

Die Ergebnisse des Eurobarometers 100 vom Oktober bis November 2023 zeigen, dass die Mehrheit der Bürger weiterhin mit der Reaktion der EU und ihrer nationalen Regierung auf die russische Invasion der Ukraine zufrieden ist. Seit Mai-Juni 2023 gab es kaum Veränderungen: tatsächlich ist das Zufriedenheitsniveau seit Juni bis Juli 2022 relativ stabil geblieben.

Wie im Mai-Juni 2023 gibt es auf nationaler Ebene nach wie vor erhebliche Unterschiede bei der Zufriedenheit sowohl mit der Reaktion der EU als auch mit der Reaktion der nationalen Regierung. Die Mehrheit in 23 Mitgliedstaaten ist mit der Reaktion der EU zufrieden, und die Zufriedenheit ist in 13 Ländern gestiegen. In Zypern, Griechenland, Slowenien und Tschechien sind die Befragten jedoch eher unzufrieden als zufrieden. Die Befragten in diesen Ländern (sowie in Bulgarien, Spanien, der Slowakei und Österreich) sind auch eher unzufrieden als zufrieden mit der Reaktion ihrer nationalen Regierung auf die Invasion. Die Zufriedenheit mit der Reaktion der nationalen Regierung ist in 17 Mitgliedstaaten seit Mai bis Juni 2023 zurückgegangen.

In einem Trend, der im Januar bis Februar 2023 erstmals festgestellt wurde, hat die aktuelle Ausgabe der Umfrage gezeigt, dass die Zufriedenheit der Europäer mit einigen Aspekten der Reaktion der EU auf die Invasion der Ukraine weiter zurückgegangen ist. Im Vergleich zu Mai-Juni 2023 sind die Bürger nun weniger wahrscheinlich mit der Finanzierung des Kaufs und der Lieferung von militärischer Ausrüstung an die Ukraine einverstanden, indem sie der Ukraine finanzielle Unterstützung gewähren und der Ukraine den Kandidatenstatus als potenzielles Mitglied der EU gewähren, obwohl in jedem Fall immer noch Mehrheiten zustimmen.

Die stärkste Unterstützung wird für die Bereitstellung humanitärer Hilfe für die vom Krieg betroffenen Menschen und für die Aufnahme von Menschen in der EU gesehen, die vor dem Krieg fliehen, wobei jeweils mehr als acht von zehn zustimmen. Mindestens sieben von zehn stimmen überein, die Ukraine finanziell zu unterstützen und Wirtschaftssanktionen gegen russische Regierung, Unternehmen und Einzelpersonen zu verhängen.

Obwohl mindestens sechs von zehn mit dem Verbot staatlicher Medien wie Sputnik und Russia Today einverstanden sind, ist die EU, die der Ukraine den Kandidatenstatus als potenzielles Mitglied der EU gewährt oder den Kauf und die Lieferung von militärischer Ausrüstung an die Ukraine finanziert, mit jeder Aktion nicht einverstanden. In Finnland, Schweden und Portugal findet sich auf nationaler Ebene konsequent starke Unterstützung für die Maßnahmen der EU, während die Unterstützung in der Slowakei und Bulgarien durchweg gering ist.

Drei Viertel der Europäer sind sich einig, dass die EU, indem sie sich gegen die Invasion Russlands in die Ukraine stellt, europäische Werte verteidigt, und eine Mehrheit in allen Mitgliedstaaten stimmt zu.

Mehr als acht von zehn Europäern sind sich einig, dass der Krieg in der Ukraine schwerwiegende wirtschaftliche Folgen für ihr Land hat, und mehr als zwei Drittel in jedem Mitgliedstaat denken so. Der Anteil, der dem Krieg zustimmt, hat schwerwiegende finanzielle Folgen für sie persönlich gehabt, ist seit der letzten Umfragewelle zurückgegangen, stellt aber immer noch eine Mehrheit dar. Dieses Ergebnis verschleiert jedoch erhebliche Unterschiede auf nationaler Ebene mit Ergebnissen von mehr als neun von zehn in Portugal, die sich auf etwas mehr als drei von zehn in den Niederlanden einigen.

Eine große Mehrheit der Europäer sieht die Invasion der Ukraine weiterhin als Sicherheitsbedrohung. Fast acht von zehn glauben, dass die Invasion eine Bedrohung für die Sicherheit der EU darstellt, während fast drei Viertel der Meinung sind, dass dies eine Bedrohung für die Sicherheit ihres Landes darstellt. Die Befragten in Schweden, Finnland, Dänemark und Polen betrachten die Invasion am ehesten als Bedrohung sowohl für die EU als auch für die nationale Sicherheit.

Da die Bürger nach wie vor eine Sicherheitsbedrohung durch die Invasion wahrnehmen, ist es nicht verwunderlich, dass diese jüngste Umfrage zeigt, dass die Verteidigungszusammenarbeit weiterhin stark unterstützt wird und die Militärausgaben seit Mai bis Juni 2023 fast unverändert bleiben.

Fast acht von zehn sind sich darin einig, dass die Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen auf EU-Ebene verstärkt werden sollte, und mehr als drei Viertel vereinbaren, dass der Kauf von militärischer Ausrüstung durch die Mitgliedstaaten besser koordiniert werden sollte. Fast sieben von zehn Befragten sind sich einig, dass die EU ihre Kapazitäten zur Herstellung militärischer Ausrüstung ausbauen muss, und fast zwei Drittel sind sich einig, dass mehr Geld für die Verteidigung in der EU ausgegeben werden sollte. Die Unterstützung für jede dieser Maßnahmen ist bei den Befragten in Portugal, Polen, Litauen und den Niederlanden konstant hoch, bei den Befragten in Österreich, der Slowakei, Slowenien und Bulgarien jedoch konstant niedrig.

Die Invasion der Ukraine hat nach wie vor erhebliche Auswirkungen auf die Richtung der Energiesicherheit und der Energiepolitik in der EU. Mehr als sieben von zehn stimmen mit einer Reihe von energiepolitischen Richtungen überein, die sich aus den Auswirkungen der Invasion auf die Energieversorgungssicherheit ergeben, und die Unterstützung ist seit Mai bis Juni 2023 stabil geblieben.

Es gibt nach wie vor starke Unterstützung für erneuerbare Energien und Strategien zur Verbesserung der Energieversorgungssicherheit. Mehr als acht von zehn sind sich darin einig, dass die EU massiv in erneuerbare Energien wie Wind- und Solarenergie investieren sollte, während fast acht von zehn sich darin einig sind, dass erneuerbare Energien langfristig den Preis, den sie für ihren Energieverbrauch zahlen, begrenzen können. Auf nationaler Ebene haben diese Maßnahmen die stärkste Unterstützung in Malta und Zypern und die schwächste Unterstützung in Bulgarien, Tschechien, Estland und Rumänien.

In Anbetracht der Energieversorgungssicherheit stimmen mindestens acht von zehn überein, dass die EU ihre Abhängigkeit von russischen Energiequellen so bald wie möglich verringern sollte, dass die Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden, Verkehr und Gütern die EU weniger von Energieerzeugern außerhalb der EU abhängig macht und dass die Verringerung der Öl- und Gaseinfuhren und Investitionen in erneuerbare Energien für die allgemeine

Sicherheit von Bedeutung sind. Acht von zehn sind sich darin einig, dass die EU-Mitgliedstaaten gemeinsam Energie aus anderen Ländern kaufen sollten, um einen besseren Preis zu erzielen. Auf nationaler Ebene werden diese Politiken in Portugal durchweg stark unterstützt, in der Slowakei, Bulgarien, Rumänien und Tschechien jedoch durchweg schwach.

Die Europäer sind auch bereit, auf persönlicher Ebene zu handeln, um Energie zu sparen. Fast acht von zehn haben kürzlich Maßnahmen ergriffen, um ihren eigenen Energieverbrauch zu senken oder in naher Zukunft dies zu tun. Auf nationaler Ebene gibt eine Mehrheit in jedem Land an, dass sie Maßnahmen zur Energieeinsparung ergriffen haben oder planen.

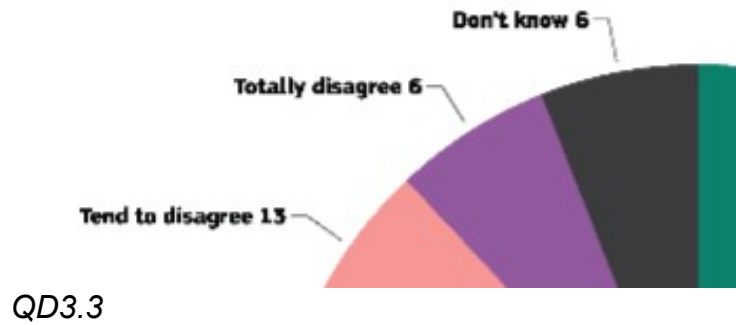
Im Einklang mit der vorherigen Welle zeigt eine Überprüfung der aktuellen sozioökonomischen demografischen Ergebnisse nur wenige bemerkenswerte Meinungsunterschiede auf der Grundlage des Alters oder des Geschlechts. Es zeigt jedoch, dass die finanzielle Situation und das Bildungsniveau einflussreich sind. Befragten, die eine Ausbildung in jüngeren Jahren abgeschlossen haben, und diejenigen, die größere Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, sind weniger wahrscheinlich mit den Reaktionen der EU und der Mitgliedstaaten auf den Krieg zufrieden und berichten eher über schwerwiegende persönliche finanzielle Folgen infolge des Krieges. Diese Gruppen sind auch weniger wahrscheinlich, um eine verstärkte Zusammenarbeit und Ausgaben im Verteidigungsbereich oder die vorgeschlagenen energiepolitischen Richtungen zu unterstützen.

# Kommentare

(Pierre Dieumegard)

Das ursprüngliche Dokument selbst (<https://europa.eu/eurobarometer/api/deliverable/download/file?deliverableId=90583>) ist schwer zu bedienen, da es wenig oder gar keinen „Text“ gibt: es ist unmöglich, nach einem bestimmten Wort zu suchen, es ist unmöglich, Teile des Dokuments zu kopieren/einzufügen.

Die Abbildungen sind ungenau: Text und Zahlen sind schwer zu lesen.



Wir hoffen, dass diese verbesserte Version es einfacher machen wird.